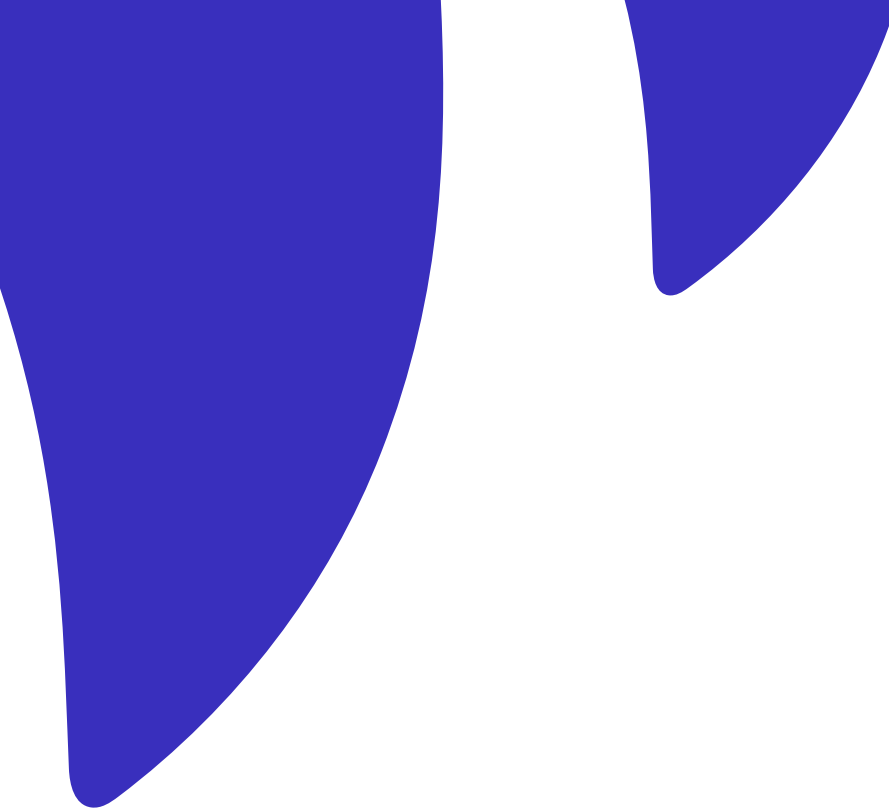




Das autoritäre Playbook verstehen - Demokratie organisieren

Victoria Gulde und Daniel Mullis

Abstract

Das Autoritäre Playbook wurde nicht am Reißbrett entworfen, sondern ist Ergebnis der konkreten Praxis, des Versuchens, Scheiterns und Lernens. Entstanden sind Erfahrungen, die weltweit als autoritäres Wissen zirkulieren. Es ist offensichtlich, dass die extreme Rechte nicht nur auf nationaler Ebene agiert, sondern auch ihre aktuelle Stärke aus internationalen Erfolgen bezieht. Die Wahlsiege von Viktor Orbán in Ungarn, Giorgia Meloni in Italien und Donald Trump in den USA beflügeln rechtsextreme Projekte in anderen Ländern – auch in Deutschland.

In diesem Paper richten wir unseren Blick nach Ungarn, Polen, Italien und in die USA, also auf Orte, wo die extreme Rechte bereits Regierungsmacht erlangt hat und fragen danach, was wir daraus für die Situation in Deutschland lernen können. Dabei orientieren wir uns an den sieben Kategorien, die zentral für aktuelle autoritäre Politiken sind: Die Politisierung unabhängiger Institutionen, Desinformation, Konzentration von Macht in der Exekutive, Unterdrückung von Kritik, Produktion von Sündenböcken und Identitätspolitik, Manipulation von Wahlen sowie Schüren von Gewalt. Wir ziehen acht Schlüsse für die demokratische Zivilgesellschaft und formulieren Empfehlungen, wie mit diesen Prozessen umzugehen ist:

1. Die extreme Rechte meint, was sie sagt. Erhält sie die Gelegenheit zu regieren, setzt sie ihre gut vorbereiteten Programme mit Nachdruck und Tempo durch. Die Angriffe auf Demokratie und Grundwerte sind dann umfassend. Bereits heute sind in vielen Ländern – auch in Deutschland – deutliche Verschiebungen nach rechtsaußen zu beobachten. Wir müssen die extreme Rechte beim Wort nehmen und alles daran setzen, dass sie nicht an die Macht kommt.
2. Die extreme Rechte hat klare Feindbilder. Angriffe richten sich heute primär gegen Migrant*innen, People of Color, die LGBTIQ*-Community, Jüdinnen und Juden sowie Muslime und Muslime, von Armut Betroffene sowie politische Gegner*innen. Doch Attacken können alle treffen: die Zivilgesellschaft, Universitäten, Anwaltskanzleien, Richter*innen, die freie Presse – niemand kann sich sicher sein. Die Attacken führen nicht selten dazu, dass sich diejenigen, die können, konformistisch verhalten – zumal dies oft auch belohnt wird. Wegducken passiert aber immer zum Leidwesen jener, die das nicht können. Das bedeutet: Es braucht Standhaftigkeit, breite Allianzen und Solidarität.
3. Je besser die unabhängigen Institutionen des Staates und die Verwaltung rechtlich geschützt sind, desto eher halten sie gegen die autoritäre Zurichtung stand. Jedoch ist jedes Recht und jedes Regelsystem nur so gut, wie die Angestellten in den Institutionen bereit sind, für dieses Recht auch einzustehen. Die rechtliche und individuelle Ebene muss gestärkt werden – das ist die Aufgabe von Parteien, Gewerkschaften und Berufsverbänden.
4. Der autoritäre Umbau zielt auf die Durchdringung der gesamten Gesellschaft ab. Deshalb ist jede Institution und jeder Ort, der verteidigt wird, wichtig, um diesen Prozess zu verlangsamen und Widerspruch zu organisieren. Die extreme Rechte ist auf vielen Feldern aktiv: im Parlament, vor Ort, im Verein. Das heißt aber auch: Wir alle können genau dort aktiv werden, wo wir uns bewegen – bei der Arbeit, in der Schule, im Sport- oder Faschingsver-

ein, im Stadtteil oder Dorf. Dabei gilt es, auf die eigenen emotionalen Grenzen zu achten – niemand sollte sich übernehmen. Der Kampf gegen die extreme Rechte ist ein Marathon und kein Sprint.

5. Im Kampf gegen die extreme Rechte darf sich eine progressive, demokratische Zivilgesellschaft nicht darauf beschränken, allein den Status Quo zu verteidigen, auch wenn dies immer wieder geboten ist. Es gilt vielmehr, eigene Vorstellungen und Visionen offensiv zu vertreten. Dies betrifft beispielsweise Fragen der demokratischen Teilhabe, der sozialen Gerechtigkeit oder nach ökologischen Zukunftsvorstellungen. Mit eigenen Themen können wir in die Offensive kommen, denn auf dem politischen Feld der extremen Rechten gibt es nichts zu gewinnen!
6. Die demokratische Zivilgesellschaft ist das Rückgrat der Demokratie, aber alleine kann sie den Kampf gegen die extreme Rechte nicht gewinnen. Demokratische Parteien müssen die Mittel des wehrhaften Staates gegen die Angriffe der Autoritären nutzen, solange es noch geht. Es gilt, tragfähige Bündnisse zu schaffen, in denen wir über Differenzen hinweg handeln können.
7. Die demokratische Zivilgesellschaft steht in Deutschland bereits heute unter Druck. Organisationen und Strukturen, die staatliche Förderung erhalten, sollten sich darum darauf vorbereiten, mit weniger öffentlichen Geldern arbeitsfähig zu bleiben. Das heißt konkret: Strukturen sichern, alternative Finanzierungen anstreben und Prioritäten setzen. Für die langfristige Handlungsfähigkeit sind sichere Räume für Treffen und gemeinsame Arbeit zentral. Kontinuierliche Arbeit schafft Potenzial, um dann, wenn sich die Möglichkeit bietet, bereit zu sein und Ereignisse zum Vorteil demokratischer Bewegungen zu nutzen.
8. Erfolge feiern – auch die kleinen. Aufeinander achten. Es braucht Räume für Freude, Tränen und Emotionen, in denen neben den schönen Momenten auch Frust, Angst und Wut bearbeitet werden können. So bleiben wir handlungsfähig.



Inhaltsverzeichnis

Einleitung	5
1. Das autoritäre Playbook	8
2. Das Netzwerk antidemokratischer Kräfte	17
3. Autokraten an der Macht: Wie Fidesz und PiS den Staat umbauen	19
3.1 Der Vorreiter: Ungarns „illiberale Demokratie“	19
3.2 Polen: der steinige Weg zurück	25
4. Mit viel Tempo Opposition überrumpeln: Machtübernahme in Italien und den USA	31
4.1 Die dritte Verschiebungen nach Rechts binnen drei Jahrzehnten - Italien	31
4.2 „Die Demokratie stirbt am helllichten Tag“ - USA 2025	38
5. Was lernen wir daraus?	46
5.1 Das autoritäre Playbook in der Praxis	46
5.2 Wenn Demokraten Wahlen gewinnen	51
6. Acht Vorschläge für eine demokratische Antwort	53
Literaturverzeichnis	56
Liste der verwendeten Interviews	58
Impressum	59

Einleitung

Die extreme Rechte gewinnt international deutlich an Boden. Die Ergebnisse empirischer Studien zum Zustand der Demokratie sind eindeutig und besorgniserregend. Erstmals seit 20 Jahren gibt es weltweit wieder mehr Autokratien als Demokratien (Nord et al. 2025; vgl. Schäfer & Zürn 2021). Mittlerweile sehen sich auch liberale Demokratien erheblichem Druck durch antidemokratische und illiberale Kräfte ausgesetzt. Einen wesentlichen Anteil an dieser Entwicklung hat die extreme Rechte – ihre Parteien und Politiker*innen sind weltweit vielfach verantwortlich für den Rückbau demokratischer Institutionen und bürgerlicher Freiheiten (vgl. Geiselberger 2017; Lewandowsky 2025; Mudde 2020). Auch wenn ihr Aufstieg in den unterschiedlichen nationalen Kontexten nicht ungebrochen ist und rechte Akteur*innen wie die PiS in Polen oder Jair Bolsonaro in Brasilien gar abgewählt wurden, liegt das Momentum derzeit eindeutig Rechtsaußen.

In Deutschland ist es die AfD, der es immer deutlicher gelingt, den politischen Betrieb und die Themensetzung in der Republik vor sich herzutreiben. Seit ihrer Gründung im Jahr 2013 schreibt sie eine zweifelhafte Erfolgsgeschichte des Wachstums bei gleichzeitiger Radikalisierung. Bei den Bundestagswahlen 2025 konnte die Partei mehr als 20 Prozent für sich gewinnen und in aktuellen Umfragen steht sie bei rund 25 Prozent. In ganz Ostdeutschland ist sie bereits heute stärkste Kraft und auch in Westdeutschland kann sie zunehmend punkten, wie die Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen zeigen. Die kommenden Jahre werden für den weiteren Fortgang und den Zustand der Demokratie in Deutschland entscheidend sein. Geht auch die Bundesrepublik den Weg anderer Länder in Richtung Rückbau der Demokratie und autoritärer Transformation? Oder bleiben Grund- und Menschenrechte

zentrale Ankerpunkte – auch für jene, die sie nicht qua Nationalität, Geschlecht, Hautfarbe oder Vermögen garantiert wissen?

aus wird umgekehrt oft der Schluss gezogen, dass nur die Gründe für den Widerspruch beseitigt werden müssten, um die Wähler*innen ins demokratische Lager zurückzuholen.

Die AfD macht keinen Hehl daraus, dass sie Regierungsverantwortung übernehmen will – und ihre Chancen stehen gar nicht schlecht. Ihre Programmatik ist radikal, nach ersten Einschätzungen des Verfassungsschutzes sogar extremistisch, auch wenn die Partei gemäß eines im Sommer 2025 veröffentlichten Strategiepapiers den Pfad der diskursiven Mäßigung gehen will. Programmatisch und praktisch lernt auch die AfD in Deutschland von den Erfolgen der extremen Rechten im Ausland, wie dieses Beispiel zeigt: Ulrich Siegmund, AfD-Spitzenkandidat in Sachsen-Anhalt, nennt seinen Plan für die Landtagswahl im September nächsten Jahres Vision 2026. Die Parallele zu Project 2025, dem Masterplan der einst konservativen und heute ganz auf MAGA-Linie stehenden Heritage Foundation, mit dem Donald Trump in seiner zweiten Amtszeit den Abbau demokratischer Institutionen vorantreibt, ist unüberhörbar und beabsichtigt. Siegmunds Vision ist momentan noch eher Buzzword als Programm – seine trump-inspirierte Wortwahl macht jedoch deutlich: Der Anspruch der AfD ist nicht die Fortführung bisheriger demokratischer Gepflogenheiten und Normen, sondern deren Disruption. Der öffentlich geführte Kulturkampf ist nur eine Seite der Medaille. Hinzu kommen handfeste Angriffe auf demokratische Institutionen und Normen und die zunehmende psychische und physische Bedrohungslage durch Gewalt gegen als Feinde der Rechten markierte Menschen und Gruppen.

In vielen Ländern – von Finnland und Frankreich über Kroatien, die Niederlande und Österreich bis hin zu Schweden, der Schweiz und der Slowakei – ist die extreme Rechte zwar stark, aber entweder nicht an der Macht oder in Koalitionen eingebunden. Deutlich sehen wir hier, dass das Problem für demokratische Ordnungen nicht erst dann beginnt, wenn die extreme Rechte die Macht innehat, sondern bereits dann, wenn sie Diskurse und Stimmungen prägen kann. Im Fahrwasser erstarkender Rechtsaußenparteien werden Grundwerte, demokratische Prozesse oder die Gewaltenteilung sukzessive ausgehöhlt. Das gilt auch für Deutschland – auch ohne Regierungsbezug der AfD sind bereits heute besorgniserregende Entwicklungen zu beobachten: Gerichtsurteile zu Grenzkontrollen und den Rechten von Menschen auf der Flucht werden von der aktuellen Bundesregierung ignoriert. Anwält*innen und angehende Bundesrichter*innen werden aufgrund von Kampagnen, an denen Spitzenpolitiker der Union und selbst Minister der Regierung beteiligt sind, zu Zielscheiben für Angriffe, die bis hin zu Morddrohungen reichen. Plötzlich darf die Regenbogenfahne zum Christopher Street Day nicht mehr auf dem Dach des Reichstags gehisst werden. Demokratische zivilgesellschaftliche Akteur*innen und NGOs werden öffentlich an den Pranger gestellt. Klimaschutz spielt kaum noch eine Rolle, und die Interessen der fossilen Lobby werden gestärkt. Wo die extreme Rechte in den Kommunen erstarkt, werden Mittel für Demokratieprojekte gekürzt oder fallen ganz weg. Rechte Gewalt auf der Straße erreicht neue Höchststände. Die Herausforderung besteht dabei nicht nur im Umgang mit rechtsextremen Parteien, sondern auch mit der Radikalisierung des Konservatismus, die der extremen Rechten immer wieder erlaubt, Brücken in den gesellschaftlichen Mainstream zu schlagen (Strobl 2021). Die Brandmauer ist mehr als instabil, das zeigen die Debatten innerhalb der Union der letzten Monate, konkrete Kooperationen mit der AfD (vgl. Hum-

mel & Taschke 2023) und ein im September 2025 von der Konrad-Adenauer-Stiftung veröffentlichter Report, der zwar die Abgrenzung zur AfD anmahnt (KAS 2025), aber kein Problem der Zusammenarbeit mit anderen extrem rechten Parteien wie den Fratelli d'Italia in Italien sieht (Roßmann 2025). Wir stehen also vor echten Herausforderungen für die Demokratie und die demokratische Zivilgesellschaft.

Wo die extreme Rechte an der Macht ist, verichtet sich ihr Vorgehen zu einem klar umrissenen autoritären Playbook (Protect Democracy 2022), das sich international in wichtigen Bereichen ähnelt. Es besteht im Wesentlichen aus sieben ineinander verschränkten Bereichen: Politisierung unabhängiger Institutionen, Desinformation, Konzentration von Macht in der Exekutive, Unterdrückung von Kritik, Produktion von Sündenböcken und Identitätspolitik, Manipulation von Wahlen und Schüren von Gewalt. Die zentralen Fragen, die wir uns in diesem Paper stellen, lauten: Was passiert aktuell in anderen Ländern, in denen die extreme Rechte bereits regiert? Welche Lehren lassen sich aus dem autoritären Playbook ziehen – sowohl in Bezug auf das Handeln der extremen Rechten als auch in Bezug auf zivilgesellschaftliches Engagement gegen sie und für Demokratie? Zur Beantwortung der Fragen wenden wir unseren Blick nach Ungarn, Polen, Italien und in die USA. An diesen Orten hat die extreme Rechte bereits Regierungsmacht erlangt. Hier lässt sich gut erkennen, wie Autoritäre von rechts den Griff nach der Macht wagen. Unsere Argumentation stützt sich zum einen auf eine intensive Lektüre wissenschaftlicher und journalistischer Beiträge. Zum anderen haben wir insgesamt zwölf Expert*innengespräche (Meuser & Nagel 2009) mit Aktiven der demokratischen Zivilgesellschaft aus Europa und den USA geführt, deren Expertise und Einschätzung ebenfalls einfließen. Die Expert*innen sind zu großen Teilen in den hier genauer betrachteten Ländern aktiv, wir haben ergän-

zend auch Gespräche mit Aktiven aus Österreich, Serbien und der Schweiz geführt. Insbesondere in Österreich und der Schweiz zeigt sich, dass eine extrem rechte Regierung nicht tatsächlich Regierungsverantwortung innehaben muss, um die Gesellschaft nachhaltig zu prägen. Serbien hingegen wird von einer rechten Regierung geführt, ohne dass wir diesen Fall in der vorliegenden Analyse jedoch im Detail betrachten. Da einige unserer Interviewpartner*innen nur anonym zitiert werden wollen, haben wir uns entschieden, ihre Namen zu pseudonymisieren, um alle Erfahrungen aus den Interviews gleichermaßen einfließen lassen zu können.

Die international vergleichende Perspektive auf autoritäre Entwicklungen kann uns dabei helfen, zwei Dinge besser zu verstehen: Einerseits zeigt sich, dass die extreme Rechte trotz ihrer klar nationalistischen Ausrichtung international gut vernetzt ist und ihre Strategien miteinander teilt. Andererseits hilft der Blick über die deutschen Grenzen hinweg dabei, die politischen Vorstöße zu identifizieren, auf die sich die demokratische Zivilgesellschaft und demokratische Parteien in Deutschland vorbereiten müssen, sollte die extreme Rechte in einzelnen Bundesländern oder gar im Bund an die Macht kommen. Der Fokus auf konkrete Länder ist wichtig, weil das autoritäre Playbook nicht am Reißbrett entworfen wurde, sondern das Ergebnis einer konkreten Praxis des Versuchens, Scheiterns und Lernens ist. Daraus sind Erfahrungen entstanden, die auf Reisen gingen und an anderen Orten Handlungen anleiten. Angekommen an den neuen Orten werden sie ausprobiert und wiederum modifiziert. Trotz der teilweise vorhandenen großen Ähnlichkeit der Entwicklungen in den von

uns betrachteten Ländern hat die Übertragbarkeit der dargelegten Beispiele auch ihre klaren Grenzen: Politik folgt stets Pfadabhängigkeiten; Verfassungen und die politische Kultur setzen unterschiedliche Restriktionen; und Protest und Zivilgesellschaft können das Handeln der extremen Rechten entscheidend hemmen, wenn nicht sogar unterbinden.

Zunächst werden wir in wichtige Begriffe klären und das autoritäre Playbook vorstellen. Dazu gehört auch eine Einordnung des Kulturkampfes als einem zentralen Mittel extrem rechter Praxis. Anschließend stellen wir die Orte des internationalen Austausches vor. Drittens zeigen wir anhand der Entwicklungen in Ungarn und Polen, wie Demokratien über Jahre hinweg von autoritären Regierungen umgebaut wurden. Am Beispiel der Dynamiken in Italien und insbesondere den USA legen wir viertens dar, wie schnell die extreme Rechte nach ihrem Wahlsieg mit dem autoritären Umbau von Institutionen und gesellschaftlichen Normen voranschreitet. In allen Fällen ist klar zu sehen, dass Demokratieabbau nicht über Nacht passiert, sondern sie schrittweise erodiert wird (vgl. Brockschmidt 2024; Levitsky & Ziblatt 2019): Amtsträger*innen erlangen „legal die Macht und untergraben dann schrittweise, aber erheblich, demokratische Normen, ohne wichtige demokratische Institutionen abzuschaffen“ (Lührmann & Lindberg 2019: 1105, eigene Übersetzung). Abschließend bündeln wir die Debatten, ziehen zentrale Schlüsse entlang der Kategorien des autoritären Playbooks und formulieren – mit Sicherheit nicht abschließend – Vorschläge für eine demokratische Reaktion auf diese Entwicklungen.

1. Das autoritäre Playbook

Bevor wir die Entwicklungen in Ungarn, Polen, Italien und den USA analysieren, müssen wir die für unsere Argumentation zentralen Begriffe Rechtsextremismus und autoritäres Playbook bestimmen. So stellen wir sicher, dass wir über einen begrifflichen Werkzeugkasten verfügen, mit dem wir die mitunter recht unterschiedlichen Entwicklungen erfassen und beschreiben können. Im Anschluss an die begriffliche Einordnung ordnen wir Kulturkampf von rechts als zentrales Bindeglied der rechtsextremen Projekte ein. Abschließend betrachten wir in diesem ersten Kapitel auch die Rolle des Faschismusbegriffs, da sich insbesondere in der demokratischen Zivilgesellschaft und von progressiver Seite die Frage stellt, ob die Entwicklungen in den einzelnen Ländern bereits als Faschismus zu verstehen sind.

Rechtsextremismus

In unserem Verständnis von Rechtsextremismus folgen wir Wilhelm Heitmeyer und Kolleg*innen. Ihre Definition stammt aus den frühen 1990er Jahren, also aus Zeiten, als in Deutschland aufgrund der eskalierten rechten Gewalt (Kössler & Steuer 2023) verstärkt auf die neue Aktualität des Phänomens geblickt wurde. Sie bestimmen den Rechtsextremismus über zwei zentrale Elemente (Heitmeyer et al. 1992: 13f.): Zum einen über die „Ideologie der Ungleichheit“, in der die „Ungleichwertigkeit“ von Menschen betont und praktisch umgesetzt wird. Zum anderen über die Gewaltakzeptanz, die nicht erst dann beginnt, wenn selbst zugeschlagen wird, sondern schon bei der aktiven Befürwortung von Gewalt gegen andere und dem damit verbundenen Glauben, dass gesellschaftliche Entwicklung primär über Kampf vollzogen wird. Im deutschen Kontext wurden für die empirische Untersuchung des politischen Phäno-

menbereichs sechs Merkmale herausgestellt, die insgesamt eine Aussage über rechtsextreme Einstellungen treffen lassen (Decker & Brähler 2006: 20). Diese sind: Nähe zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistische Einstellungen, Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus sowie antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen. Zunehmend wurde in den letzten Jahren auch Antifeminismus als wichtiger Bestandteil betont (Kalkstein et al. 2022). Verschiedene Studien wie die „Deutschen Zustände“ sowie die „Mitte-Studie“ oder die „Leipziger Autoritarismus-Studie“ haben in Langzeituntersuchungen seit den 2000er Jahren immer wieder verdeutlicht, dass Rechtsextremismus in Deutschland in Ost und West nie abwesend war und Aspekte rechtsextremer Einstellungen bis weit in die Mitte verfangen. Dies galt bereits lange bevor die AfD in Deutschland dazu angesetzt hat, diese Einstellungen politisch zu mobilisieren (Heitmeyer 2018).

Radikalisierter Konservatismus

Wir gehen davon aus, dass sich Rechtsextremismus nicht trennscharf von der gesellschaftlichen Mitte abgrenzen lässt. Es handelt sich daher nicht um ein gesellschaftliches Randphänomen, das isoliert adressiert und von einer demokratisch gesicherten Mehrheitsgesellschaft abgesondert werden kann. Rechtsextremismus wurzelt in den Tiefenstrukturen der Gesellschaft und den damit verbundenen tradierten exkludierenden und autoritären Einstellungsmustern (vgl. Adorno 2017 [1950]; Amlinger & Nachtwey 2022; 2025; Henkelmann et al. 2020; Jaeggi 2023; Mullis 2024; Quent 2019). So stehen wir mit Blick auf die aktuellen politischen Entwicklungen vor einem weit verzweigten Zusammenspiel unterschiedlicher rechter Akteur*innen, die ge-

meinsam „rechte Bedrohungsallianzen“ (Heitmeyer et al. 2020) bilden. Diese Allianzen sind personeller Art, indem Menschen miteinander über die politischen Spektren hinweg kooperieren, sie sind über die Ideologie der Ungleichheit und der Gewaltakzeptanz aber auch ideologischer Natur. Nicht alle Akteur*innen, die in diesen verzweigten Netzwerken und Kooperationen zusammenfinden, sind rechtsextrem im Sinne, dass sie die freiheitlich-demokratische Grundordnung überwinden wollen. Sie vertreten mitunter Positionen, über die man in einer Demokratie durchaus streiten kann. Dennoch kommt man heute nicht mehr umhin festzustellen, dass der „radikalisierte Konservatismus“ (Strobl 2021) Teil des autoritären Problems und des Angriffs auf die Demokratie ist, da die Abgrenzung nach Rechtsaußen erodiert. Dies gilt selbst dann, wenn die Brandmauer formal erhalten bleibt (Mudde 2020: 170–177).

Mit „radikalisiertem Konservatismus“ meint Strobl zwei Aspekte: Zum einen geht es implizit um das soziologische Phänomen der „Rohen Bürgerlichkeit“, mit dem Heitmeyer (2018: 293–314) verdeutlicht, dass die Ideologie der Ungleichheit eine wichtige Scharnierfunktion zwischen Konservativen und Rechtsextremen einnimmt und Teile des etablierten Bürgertums eine Offenheit für extrem rechte Narrative aufweisen (Strobl 2021: 27). Zum anderen geht es explizit um eine „Transformation bestehender konservativer Großparteien“ (ebd.: 30), die sich sowohl inhaltlich als auch im politischen Stil an der Programmatik und dem Vorgehen rechtsextremer Parteien orientieren bzw. diese zum Vorbild nehmen. Damit vollziehen so manch konservative Parteien zwar einen Bruch mit ihrer jüngeren Geschichte; zugleich spiegelt ihre Radikalisierung aber auch Kontinuitäten wider, da extrem rechte Strömungen diesen Parteien nie gänzlich fremd waren (ebd.: 33 f.; vgl. Brockschmidt 2024; Wolkenstein 2022).

Im Folgenden unterscheiden wir zwischen Rechtsextremismus und dem Adjektiv extrem rechts (vgl. Livi 2024): Als rechtsextrem bezeichnen wir Gruppen und Strukturen, die eindeutig dem politisch organisierten Bereich zuzuordnen sind und deren ideologisches Fundament gut zu verorten ist. Mit extrem rechts beschreiben wir dagegen Tendenzen und Strömungen von Parteien und Organisationen, die rechtsextrem sein können, aber nicht müssen. Wenn wir von Rechts ohne Zusatz sprechen, dann adressieren wir das breite und eher diffuse politische Feld, von dem die extreme Rechte in radikaliserter Weise ein Teil ist. Wichtig ist aber: Soll Demokratie geschützt werden, gilt es, auch Teile der demokratischen, konservativen Rechten anzusprechen. Ihre Haltung zum demokratischen und pluralistischen Konsens der Nachkriegszeit wird dafür entscheidend sein, ob die Demokratie stirbt oder nicht (vgl. Levitsky & Ziblatt 2019; Biebricher 2023).

Kompetitiver Autoritarismus

Nehmen wir die Praxis der extremen Rechten international in den Blick, kristallisiert sich ein autoritäres Playbook heraus. Der Begriff ‚autoritär‘ ist hier zentral, weil er auf eine wesentliche Verschiebung innerhalb des Rechtsextremismus hindeutet, wie sie sich seit 2015 vollzogen hat. In den 1990er und 2000er Jahren dominierten rechtsaußen populistische Parteien (Mudde 2020), die Demokratien vor wesentliche Herausforderungen stellten (vgl. Abts & Rummens 2007; Canovan 2002; Zaslave & Meijers 2024), die aber die Spielregeln der liberalen Ordnungen mehr oder weniger achteten. Heute hingegen ist der autoritäre Griff nach der Macht und der Wille zum Staatsumbau für die eigenen Ziele deutlich ausgeprägter. Damit soll die populistische extreme Rechte vor 2015 nicht verharmlost werden. Sie legte wichtige Grundsteine für die heutigen Parteien, trieb die gesellschaftliche Entsolidarisierung voran, förderte Rassismus

und Xenophobie, vertiefte die Spaltungen in der Gesellschaft und leistete Verschwörungserzählungen Vorschub.

Was den Begriff des Autoritären angeht, so wurde und wird dieser im Anschluss an Adornos Studien zum Autoritären Charakter (Adorno 2017 [1950]) gerade in der Soziologie intensiv diskutiert und zuletzt auch einer Aktualisierung unterzogen (vgl. Amlinger & Nachtwey 2022; 2025; Decker 2018; Henkelmann et al. 2020). Verhandelt werden hier die gesellschaftlichen Bedingungen und Ursachen, die zur Herausbildung autoritärer Charaktere und Sehnsüchte führen. Wir wenden uns hier dem Begriff stärker von seiner praktischen Seite zu. Autoritär nutzen wir folglich, um Prozesse der Abkehr von liberal-demokratischen Prozessen und Strukturen, der Verminderung von demokratischer Deliberation und Pluralismus zugunsten konzentrierter Macht einer Partei, zumeist zugeschnitten auf eine charismatische Führungsperson, zu benennen. Autoritarismus bezeichnet hier also eine Regierungspraxis, die von Rechtsextremen sowie den weiter gefassten extrem rechten Strömungen angewendet werden kann.

Wichtige Hinweise darauf, wie dieser Autoritarismus heute funktioniert, geben die Beiträge von Steven Levitsky und Lucan A. Way (2010; 2025) zum „kompetitiven Autoritarismus“. Im Unterschied zu einem voll ausgeprägten Autoritarismus, in dem es keine „gangbaren Wege für die Opposition [gibt], um rechtmäßig um die Exekutivgewalt zu kämpfen“ (ebd.: 6f., eigene Übersetzung), gibt es in seiner kompetitiven Ausprägung durchaus eine etablierte Opposition in der Gestalt von Zivilgesellschaft und Parteien. Behörden, Gewaltenteilung und der politische Wettbewerb funktionieren formal nach demokratischen Prinzipien und Wahlen (ebd.: 7f.). Jedoch manipulieren die autoritären Amtsinhaber*innen die Auseinandersetzung gezielt, indem sie die Regierungsapparate dazu benutzen, „die Opposi-

tion anzugreifen und Kritiker zu kooptieren“ (Levitsky & Way 2025: 48). Der Staat wird als Mittel und Ressource angeeignet, wofür sogar Verfassungen verändert werden. Bei Wahlen werden beispielsweise einzelne Kandidat*innen verboten, Parteispenden für die Opposition erschwert, Wahlkreise zum eigenen Vorteil neu gezogen oder Menschen über bürokratische Hürden an der Teilnahme gehindert. In manchen Fällen werden Wahlen sogar aktiv manipuliert (Levitsky & Way 2010: 7). Gerade Wahlen erweisen sich im kompetitiven Autoritarismus immer wieder als „heftig umkämpfte Schlachten“ (Levitsky & Way 2025: 48), die für die Machthabenden keine Selbstläufer sind. In Malaysia 2018, Brasilien 2022 oder Polen 2023, vermochte etwa die Opposition, autoritäre Parteien auch wieder zu verdrängen.

Eigentlich verfügen Demokratien „über ausgefeilte Gesetze, Regeln und Normen“ (Levitsky & Way 2025: 49), die sicherstellen, dass der Staat nicht „als Waffe“ gegen sie selbst eingesetzt wird. Diese sind aber immer nur so funktional, wie die Menschen, die sie verteidigen sollen und müssen, bereit und auch in der Lage sind, dies zu tun. Heute sehen wir, dass diese Mechanismen weit weniger stabil sind als erwartet und allzu oft versagen. Gerade Staatsbedienstete spielen „oft eine entscheidende Rolle“, wenn es darum geht, zu verhindern, dass Behörden politisiert werden. Genau aus diesem Grund ist die Politisierung von Behörden und Verwaltung ein zentrales Feld der autoritären Übernahme.

Insgesamt bleibt im kompetitiven Autoritarismus auch heute die „formale Architektur der Demokratie bestehen“ (ebd.: 48), jedoch konzentriert sich die Macht auf Seiten der Autoritären. Die Rückabwicklung ihrer Abbrucharbeit erweist sich selbst dann, wenn Wahlen gegen sie gewonnen werden, als enorm schwierig, insbesondere weil die gewählten demokratischen Regierungen sich ihrerseits an die Regeln der Demokratie halten müssen,

um glaubwürdig zu sein. In einem weiteren Text betonen Levitsky und Kollegen (2025: 47), dass „Autoritarismus heute schwerer zu erkennen ist als früher“ und „das Abgleiten in den kompetitiven Autoritarismus [...] nicht immer Alarm“ auslöst. Um abzuschätzen, ob ein System bereits die Schwelle zum Autoritarismus überschritten hat, schlagen sie vor, „die Kosten für den Widerstand gegen die Regierung“ (ebd.) als Maßstab zu nehmen. In funktionierenden Demokratien können sich Menschen frei und ohne Angst politisch engagieren und die Regierung vehement kritisieren. In der Regel gilt: Je autoritärer ein System ist, desto weniger ist dies möglich und desto höher werden die individuellen und kollektiven Kosten, wenn man es dennoch tut.

Das autoritäre Playbook

Auf Basis des aktuellen Forschungsstands zu autoritären Prozessen in vielen Ländern weltweit hat die amerikanische überparteiliche non-profit Organisation Protect Democracy sieben verbindende Elemente ausgemacht, die zeigen, wie autoritäre Regierungen heute agieren (Protect Democracy 2022: 9–17):

Politisierung unabhängiger Institutionen: Moderne Demokratien basieren auf einer überparteilichen Verwaltung und unabhängigen Justiz. Sie garantieren Gewaltenteilung und das Funktionieren des Gemeinwesens. Doch wenn diese Institutionen durch autoritäre Akteur*innen eingenommen und ideologisch durchdrungen werden, wird der Staat zur Waffe gegen politische Gegner*innen. Manipulation, Repression und Korruption gehören dann zu den prägenden Mitteln von Staatlichkeit.

Desinformation: Das Verbreiten von Desinformation erfüllt zwei Funktionen: Einerseits sollen politische Gegner*innen gelähmt und die eigene Klientel mobilisiert werden, andererseits dient sie als Nebelkerze, um Machtmissbrauch oder gar eine Machtübernahme

zu kaschieren. Um effektiv mit Desinformationen zu arbeiten, sind eigene Kommunikationskanäle zentral. Deshalb schaffen sich Autoritäre weltweit eigene Medien – primär online, aber auch als TV-Formate – und attackieren die unabhängige Presse.

Ausweitung der Macht der Exekutive: Die Gewaltenteilung und damit die demokratische Absicherung von Entscheidungen durch die parlamentarischen Prozesse (Legislative) wird untergraben, ebenso die Prüfung von Entscheidungen durch Gerichte (Justiz). Macht wird einseitig auf der Seite der Regierung (Exekutive) gebündelt. Dies geschieht indes oftmals im Einklang mit einer Legislative, die sich bereitwillig selbst entmachtet.

Unterdrückung von Kritik und Widerspruch:

Die Opposition wird mithilfe staatlicher Verwaltung, Justiz und Sicherheitsapparaten geschwächt sowie die kritische Presse eingeschüchtert oder gar ganz beseitigt. Auch die kritische Zivilgesellschaft wird attackiert, indem ihr rechtlicher Status geschwächt und ihre Finanzierung erschwert wird. Angriffe erfolgen heute oftmals nicht durch unmittelbare Gewalt, sondern durch die Androhung von Klagen, Steuerprüfungen, Strafverfolgung oder Shitstorms gegen Einzelpersonen.

Produktion von Sündenböcken und Identitätspolitik:

Autoritäre Akteur*innen brauchen Feinde im Inneren sowie im Äußeren, um ihre Macht zu festigen. Gezielt werden daher marginalisierte Gruppen zu Sündenböcken gemacht, wobei die Abgrenzung zur eigenen Identität stets zentral ist. Dabei wird die liberale Demokratie in ihren Grundfesten angegriffen, denn der ihr innewohnende Schutz der Minderheiten wird im Namen eines vermeintlichen Volkswillens ausgehebelt. Betroffen sind etwa Migrant*innen, Menschen auf der Flucht, queere Personen, Frauen, Armutsbetroffene sowie Menschen mit psychischen Erkrankungen. Diese Produktion der Anderen ist eng verknüpft mit der Markierung des eigenen

Wirs – einer im westlichen Kontext weißen, patriarchalen und christlichen Gesellschaft – und somit identitätspolitisch aufgeladen.

Manipulation von Wahlen: Oppositionelle Politiker*innen werden von Wahlen ausgeschlossen, Wahlbezirke neu gezogen, das Wahlrecht angepasst, Wähler*innen die Registrierung erschwert oder Wahlen gar in Gänze manipuliert. So wird die politische Macht auch jenseits gegebener Mehrheiten und im Zweifel auch über verfassungsmäßige Grenzen hinaus gesichert.

Schüren von Gewalt: Die Gesellschaft wird im Inneren durch die Ausweitung staatlicher Gewalt sowie die Legitimierung politischer Gewalt im Allgemeinen und im Äußeren durch militärische Interventionen brutalisiert.

Kulturkampf in rechter Einigkeit

In einem Interview mit der New York Times gab sich die AfD-Bundestagsabgeordnete Beatrix von Storch (zit. nach Munk 2025) erstaunlich offen: „Es findet ein Kulturkampf in den Ländern der westlichen Welt statt [...] und wir werden ihn gewinnen“. Damit weist sie auf ein übergeordnetes Bindeglied extrem rechter Praxis hin, das Akteur*innen von Brasilien über Ungarn und die USA bis hin nach Deutschland verbindet und sich als Mobilisierungsmaschinerie erweist: Der Kulturkampf von Rechts. Bereits 2019 schrieb Matthias Quent (2019: 64), dass die extreme Rechte „in erster Linie einen Kulturkampf“ führt, der sich gegen den Verlust der „männlich-weißen Vorherrschaft in westlichen Gesellschaften“ (ebd. 62) richtet. Seither sind in Deutschland wie auch in anderen Ländern weltweit Parteien der konservativen Rechten auf den Zug der Rechtsextremen aufgesprungen und bestärken damit den politischen Trend nach Rechtsaußen (vgl. Daub 2022; Mullis 2024; Strobl 2021).

Das Kulturkampf-Prinzip der extremen Rech-

ten folgt dabei international ähnlichen Mustern: Die Welt wird zunächst als ein Ort dargestellt, an dem Gut gegen Böse steht. Behauptet wird dann ein heftiger Kampf darum, wer die Oberhand gewinnt. Die Menschen müssten sich bekennen, so der Appell der extremen Rechten. Die Teilung in ein Wir gegen die Anderen entspricht einer „moralischen Aufladung“. Geführt werde ein Kampf gegen das Böse, so Strobl (2021: 54), was affektiv und emotional dabei helfe, die gezogenen Konfliktlinien zu legitimieren. Politische Konflikte um Gesellschaft werden daher von den extremen Rechten so formuliert, dass sie nicht inhaltlich, sondern als Frage der Identität verhandelt werden.

Über die Kopplung der politischen Konflikte an die je eigene Identität werden die Konflikte unmittelbar personalisiert und moralisch derart aufgeladen, dass sie existenziell erscheinen. Ein Thema wie das Geschlecht anderer Menschen wird dann für Männer unmittelbar zur Frage der eigenen Maskulinität. Über dieses Durchschlagen von politischen Fragen ins Individuelle ist die enorme Emotionalisierung von politischen Konflikten möglich, die wir heute sehen. Die kulturkämpferische Fokussierung auf Fragen der Identität wird von Rechts aufgeladen, insofern sie fast immer um die Kategorien Klasse, Race und Geschlecht sowie Religion drehen. Fast alle unserer Gesprächspartner*innen aus der Zivilgesellschaft beschreiben diese Mechanismen als zentral für die autoritäre Entwicklung in ihrem Land, wobei besonders Migrant*innen und queere Personen angegriffen werden. Diese identitätspolitische Zuspitzung sozialer, politischer und ideeller Fragen birgt insgesamt ein erhebliches Gewaltpotential, wie Wilhelm Heitmeyer im Interview ausführt:

„Die als Chaos wahrgenommene globalisierte Gegenwart soll beseitigt und eine ursprüngliche Ordnung wiederhergestellt werden. Es geht hier immer um ein ‚take back control‘. [...]

Es geht nicht um Verhandlungslösungen, sondern um ein autoritäres, gewaltanfälliges ‚Entweder-Oder‘ Prinzip.“ (Heitmeyer 2023)

Annika Brockschmidt (2023) stellt heraus, dass all das nicht neu ist und die Gefahr für die Demokratie steigt, wenn sich Konservative solche Strategien gemeinsam mit der extremen Rechten zu eigen machen. Die konservative Rechte droht dabei, zum Steigbügelhalter der Rechtsextremen zu verkommen. Für uns ist dabei wichtig zu betonen (Mullis 2024: 121): „Es gibt keinen Kulturkampf light“, er richtet sich immer gegen die Gleichheit und demokratische Pluralität in der Gesellschaft und hebt die normativen Ordnungen aus, ohne die die Demokratie auch als politisches System nicht funktioniert.

Dass diese Strategie aufgeht, führt Thomas Greven (2024a) auf die aktuelle globale Situation zurück, in der sich Menschen von zunehmender Globalisierung, kultureller Modernisierung und sich überlagernden globalen Krisen überfordert fühlen. Kulturkämpfer*innen versprechen in dieser Situation Abhilfe: Neben der Rückgewinnung von Kontrolle machen sie ein Identitätsangebot, das die eigene Stellung relativ zu anderen Gruppen erhöht. In ihrer großangelegten Studie zu gesellschaftlicher Polarisierung zeigen Steffen Mau und Kollegen (2023: 244–272), an welchen gesellschaftlichen Befindlichkeiten diese Zugehörigkeitsangebote andocken: Erstens einer Ungleichbehandlung, in der Minderheiten gefühlt gegenüber der eigenen Mehrheitsgruppe bevorzugt werden. Zweitens an Verstößen gegen das, was als ‚normal‘ gilt. Drittens an Ängsten vor einem Kontrollverlust, bei dem mehr Rechte für eine bestimmte marginalisierte Gruppe vermeintlich zu immer neuen Forderungen nach weiteren Rechten und Privilegien führen. Und schlussendlich das Gefühl, etwas zugemutet zu bekommen und von oben oder von gefühlten Minderheiten bevormundet zu werden. Wichtig ist uns aber,

dass die Strategie des Kulturkampfes auch deshalb aufgeht, weil die extreme Rechte viel Geld und Energie in ihn pumpt: Das European Parliamentary Forum for Reproductive and Sexual Rights (EPF) hat in einem Bericht dargelegt, dass alleine Ungarn in den Jahren 2019 bis 2023 172 Millionen US-Dollar in Anti-Gender-Politik investiert hat, 700 Millionen waren es zusammengenommen in allen EU-Ländern und weltweit gar 1,18 Milliarden (Datta 2025).

Die Narrative des Kulturkampfes vermengen sich Rechtsaußen oft schnell mit Verschwörungserzählungen und Desinformation. Die Historikerin Marci Shore (2025) sieht darin ein zentrales Merkmal aktueller autoritärer Entwicklungen sei. So beruht der Autoritarismus von Rechtsaußen heute kaum noch auf einer fixen Ideologie, weshalb man sich der „post-modernen, ‚Post-Wahrheit‘-Versionen“ (ebd.) des Autoritarismus in seiner digitalen Gestalt vergegenwärtigen muss. „Trump ändert seine Geschichten, Meinungen usw. jeden Tag“, sagt sie. Im Gegensatz etwa zum historischen Faschismus geht es den heutigen Autoritären von Rechts weit weniger darum, Ideologien zu kontrollieren, als vielmehr Gewissheiten, Normen und Überzeugungen zu verunsichern und zu zerstören, sodass niemand mehr wirklich weiß, was stimmt und was nicht (vgl. Kasparow & Applebaum 2025).

Die Folgen der strategischen Nutzung von Kulturkämpfen sollten nicht unterschätzt werden. Die Macht der extremen Rechten drückt sich eben nicht nur darin aus, welche Gesetze erlassen, was verboten, wer entlassen und wie Einfluss verteilt wird. Es geht immer auch um gesellschaftliche Stimmungslagen, um die Frage, was als Wahr gilt und was nicht, ja mehr noch, wie insgesamt über Wahr und Falsch verhandelt wird. Die extreme Rechte hat erkannt, dass der vorpolitische Raum der Kultur, der Identität, der Gesellschaft zentral ist für den Griff nach der Macht sowie deren Festigung. Entsprechend betonen mehrere

unserer Gesprächspartner*innen die Bedeutung von Symbolen für autoritäre Regierungen: Über symbolpolitische Handlungen wird nationale Identität dargestellt. Die Disruption, der Streit, das Unterlaufen von Gewissheiten sind Programm. Zwar scheinen manche der Entwicklungen, die international beobachtet werden können, in Deutschland noch unwahrscheinlich (Mau 2023: 17f.), nichtsdestotrotz muss auch hier einer Erosion demokratischer Diskurskultur und zunehmenden Legitimation autoritärer ‚Lösungen‘ entschieden entgegen-gesteuert werden.

Faschismus?

In sozialen Medien, im politischen Feuilleton und im Kreise von Kolleg*innen wird mitunter heftig diskutiert, ob die soeben skizzierten Dynamiken autoritärer staatlicher Praxis nicht bereits als Faschismus zu verstehen sind. Auch wenn wir in dieser Arbeit auf die Begriffe Rechtsextrem und Autoritär setzen, ist eine kurze Einordnung des Faschismusbegriffs hilfreich, um Begriffsverwirrungen und -vermischungen zu vermeiden und Schnittstellen zwischen dem Faschismus- und Rechtsextremismuskurs aufzuzeigen. In den letzten Jahrzehnten wurde in der Wissenschaft intensiv über Faschismus diskutiert, insbesondere darüber, ob es sich dabei um eine historische Phase im 20. Jahrhundert oder eher um eine politische Programmatik handelt, die wiederkehren kann (Wörsching 2020). Wichtige Vertreter*innen dieser Debatte haben dabei immer wieder betont, dass es ein Fehler wäre, Faschismus in die Vergangenheit zu verbannen, und dass es auch heute gute Gründe geben kann, autoritäre Prozesse als Faschismus zu beschreiben – selbst wenn ein faschistisches Regime im 21. Jahrhundert mit Sicherheit anders aussähe als zu Zeiten von Mussolini, Franco oder Hitler. So mehren sich heute die Stimmen selbst von renommierten wissenschaftlichen Persönlichkeiten, dass wir uns an einem kritischen Punkt befinden.

Es gibt durchaus gute Gründe, den kompetitiven Autoritarismus als Faschismus des 21. Jahrhunderts zu verstehen. Die Wesensmerkmale des Faschismus wollen wir im Folgenden exemplarisch entlang der Definitionen von Umberto Eco und Natascha Strobl zeigen und damit sowohl eine ausführlichere, als auch eine knappe, spezifisch auf den aktuellen Kontext zugeschnittene Perspektive anbieten.

In einem 1995 in New York gehaltenen Vortrag mit dem Titel „Der ewige Faschismus“ skizzierte Umberto Eco vierzehn Merkmale, die faschistische Bewegungen auch jenseits ihrer historischen Verortung ausmachten, was er als Ur-Faschismus bezeichnet. Für Eco (2020 [1995]: 19) ist dabei klar, dass der historische Faschismus mit seinen Schwarz- bzw. Braunhemden und der totalen Diktatur „unter den veränderten historischen Bedingungen schwerlich in derselben Form wiederkehren“ wird. Wichtig sei aber, dass der Faschismus nicht als monolithische Ideologie verstanden werden dürfe, sondern als widersprüchliche Zusammenstellung unterschiedlicher philosophischer Überlegungen und politischer Ideen (ebd.: 24). Insofern müsse, um von Faschismus zu sprechen, ein Regime nicht alle vierzehn Merkmale erfüllen, damit es sich als faschistisch erweise. Gerade historisch betrachtet, waren die Regime etwa in Italien, Spanien, Portugal oder Deutschland auch nicht gleichförmig und auch heute kann sich der Faschismus, so Eco, um unterschiedliche Keimzellen formieren (ebd.: 29f.).

Im Versuch, diese unterschiedlichen Merkmale zu fassen, beginnt Eco erstens damit, dass er den dem Faschismus eingeschriebenen „Kult der Überlieferung“ herausstellt. Er betont, dass es hier nicht um Konservatismus gehe, der stets auf das Bewahren von Ordnung setze, sondern um den Glauben daran, dass sich alles in der Welt um eine ewige Ordnung herum organisiert (ebd. 30). Folg-

lich wird die Moderne abgelehnt, Aufklärung und demokratische Errungenschaften negiert, weshalb Irrationalität stets im Kern des Faschismus liegt (ebd. 32). In diesem Sinne kultiviert der Faschismus drittens die Aktion um der Aktion willen. Sie müsse ohne jede Form der Reflektion verständlich sein, womit auch ein tiefes Misstrauen gegenüber der „intellektuellen Welt“ (ebd. 33) zum Vorschein komme. Daraus entspringt die Haltung, dass jeder Dissens als Verrat verstanden wird sowie eine „Angst vor dem Andersartigen“ (ebd.). Ein Paragraph, den es aus heutiger Sicht in Gänze zu zitieren lohnt, ist der sechste, der die Verankerung des Faschismus in der Mitte der Gesellschaft betont:

„Der Ur-Faschismus entspringt individueller oder gesellschaftlicher Frustration. Darum war eines der typischen Merkmale der historischen Faschismen der Appell an die frustrierten Mittelklassen, die unter einer ökonomischen Krise und/oder einer politischen Demütigung litten und sich vor dem Druck subalternen gesellschaftlicher Gruppen fürchteten. Heute, da die einstigen ‚Proletarier‘ Kleinbürger werden [...], wird der Faschismus sein Publikum in dieser neuen Mehrheit finden.“ (Eco 2020 [1995]: 33f.)

Die Reduktion der eigenen Identität auf eine nationale, die jedem Faschismus immanent sei, zwingt Faschist*innen dazu, permanent die Anderen im Innern sowie im Äußeren zu adressieren, was siebtens in eine „Obsession einer Verschwörung“ sowie zu andauernden „Appellen an die Fremdenfeindlichkeit“ führe (ebd.: 34). Der adressierte Feind wird achtens rhetorisch immer zugleich „zu stark und zu schwach“ sein müssen. Zu stark für den Einzelnen, weshalb man sich als Nation zur Wehr setzen müsse, zu schwach, um dem nationalen Effort zu widerstehen.

In diesem Sinne wird, neuntens, der Kampf zum Selbstzweck, zum einzigen legitimen Mittel politischer Praxis. Faschistische Bewe-

gungen müssen ihre Feindbilder daher immer verstärken, da der Kampf nie abgeschlossen sein kann. Zehntens sind die „Verachtung der Schwachen“ (ebd.: 35) und elftens die Erziehung „zum Heldenmut“ (ebd.: 36) ein Wesenskern des Ur-Faschismus. Diese Überhöhung von Kampf und Heldentum überträgt der Ur-Faschismus zwölftens auf das Feld der Beziehung zwischen den Geschlechtern und etabliert eine patriarchale und machistische Kultur als Normalität (ebd.: 37). Der vorletzte Punkt adressiert das Verhältnis von Individuum und Masse. Während in Demokratien die Einzelnen, wenn sie sich zusammenschließen, politische Macht entwickeln, liegt die Macht im Ur-Faschismus bei einem sich selbst gewissen Volk. Da es dieses Volk aber nicht gibt, muss es permanent inszeniert werden. Hier liegt der populistische Kern des Faschismus. Bei Demonstrationen oder online wird der Mob zur „Stimme des Volkes“ stilisiert. In diesem Sinne richtet sich der Ur-Faschismus stets „gegen die ‚verrotteten‘ parlamentarischen Regime“ (ebd.: 37f.). Der vierzehnte Punkt betrifft abschließend die Sprache und betont im Anschluss an Georg Orwells berühmten Roman: „Der Ur-Faschismus spricht Newspeak“ (ebd.: 38). Es handelt sich um eine verarmte Sprache, in der Sätze vereinfacht und Begriffe vom Inhalt entleert werden.

Neben Ecos grundlegendem und umfangreichen Definitionsversuch bietet Natascha Strobl (2023) für die heutige Zeit eine knappere Einordnung an. Sie betont zunächst, dass Faschismus, ob historisch oder aktuell, zu allererst eine Krisenbearbeitungsstrategie darstellt, dem ein Ordnungsversprechen zu Grunde liegt. Um zu verstehen, was Faschismus genau ist, bezieht sich Strobl zum einen auf den bereits zitierten Roger Griffin sowie Robert Paxton. Mit Verweis auf ersteren versteht sie Faschismus als „palingenetischen Ultranationalismus“, also als eine Ideologie, die auf die „Wiedergeburt eines ‚Volkes‘, einer ‚Nation‘, einer ‚Kultur‘“ setze. Darin liegt, so

Strobl (2023), dann auch der zentrale Unterschied zum Konservatismus, der zwar bewahren will, für den die Vorstellungen einer Wiedergeburt aber nicht von Bedeutung sind. Mit Bezug auf Paxton, der darauf verweist, dass Faschismus vor allem auch eine politische Praxis sei, betont Strobl, dass im Kern der faschistischen Praxis die „erlösende Gewalt ohne ethische oder rechtliche Begrenzung“ (ebd.) liegt.

Aktuell arbeitet Strobl an einem Buch, das Ende des Jahres erscheinen soll (Strobl 2025a). Im Dissens-Podcast gab sie bereits erste Einblicke (Strobl 2025b: 8:30–12:40). Im Gespräch betont sie, dass man mit dem Begriff „Faschismus“ vorsichtig umgehen müsse, da er zugleich zu oft und zu selten zum Einsatz komme. Einerseits wird er zu oft pauschalisierend als politischer Vorwurf verwendet, andererseits wird er selbst dann, wenn er seriös begründbar wäre, nicht benutzt. Dies führe zu einer Verharmlosung politischer Strategien als populistisch, konservativ oder rechts. Um den Begriff heute nutzbar zu machen, hebt Strobl zwei Dimensionen hervor, anhand derer sich faschistische Politiken von konservativen klar unterscheiden lassen. Sie greift die beiden oben genannten Punkte erneut auf und betont, dass Gewalt nicht nur Selbstzweck ist, sondern dass eine regelrechte „Lust an der Gewalt“ zu beobachten ist. Dieses Bedürfnis nach Zerstörung und gewaltvoller Disruption beobachten auch Amlinger und Nachtwey (2025) und folgern daraus die Zunahme von destruktiven Tendenzen und Rachegefühlen für vermeintlich erlittene Erniedrigungen. Strobl argumentiert zusätzlich, dass wir heute

in eine Phase eintreten, in der sich der Mob zu bündeln beginnt und politische Form annimmt. Dies gelte insbesondere, wenn man auch die digitale Gewalt berücksichtige, die ein erschreckendes Ausmaß erreicht habe.

Für die vorliegende Arbeit wird der Faschismusbegriff nicht verwendet – zwar sind klare Begrifflichkeiten wichtig, ob ein Akteur jedoch ‚nur‘ autoritär agiert oder sogar Wesensmerkmale des Faschismus erfüllt, ist für die zivilgesellschaftliche Praxis nicht unmittelbar relevant. Mit diesem kurzen Überblick hoffen wir jedoch, zivilgesellschaftlichen Praktiker*innen eine Einschätzung zu ermöglichen, wie sie in ihrer Arbeit mit dem Faschismusbegriff umgehen können.

Wichtig ist aber, dass die heute beobachtbaren Verschiebungen nach rechts Erosionsprozesse in Gang setzen, die ideelle Parallelen zu dem aufweisen, was wir schon einmal als Faschismus erlebt haben. Die politischen Tendenzen und Konfliktlinien reichen heute weit über eine autoritäre Reaktion auf aktuelle Krisenerfahrungen hinaus und bergen die Gefahr, die Gesellschaft fundamental umzubauen. Wir schließen daraus, dass die Präsenz der extremen Rechten in den kommenden Jahren eine Realität bleiben wird, der wir uns als demokratische Gesellschaft mit aller Kraft entgegenstellen müssen. Es gibt keinen sanften Autoritarismus. Einmal an der Macht entfaltet er stets seine volle Gewalt und tendiert zum Faschismus. Die Kreise derer, deren Freiheiten und Rechte eingeschränkt werden, werden immer größer. Für ‚Wehret den Anfängen‘ ist es zwar zu spät, doch der Griff nach der Macht kann noch gestoppt werden.

2. Das Netzwerk antidemokratischer Kräfte

Der Aufstieg von Parteien wie der AfD und ihre strategische Ausrichtung können nicht losgelöst von internationalen Entwicklungen im europäischen und internationalen Umfeld betrachtet werden. Die Parteien agieren nicht isoliert, sondern profitieren und lernen von weltweiten Verbindungen zu anderen extrem rechten Akteur*innen. Deutlich formuliert diese Verbindung etwa der argentinische Präsident Javier Milei (World Economic Forum Annual Meeting 2025, eigene Übersetzung):

„Ich habe in diesem Kampf für die Ideen der Freiheit in allen Teilen der Welt Verbündete gefunden – vom großartigen Elon Musk bis zu dieser kämpferischen Italienerin, meiner lieben Giorgia Meloni; von Bukele in El Salvador bis Viktor Orbán in Ungarn; von Benjamin Netanjahu in Israel bis Donald Trump in den Vereinigten Staaten – langsam hat sich eine internationale Allianz zwischen all den Nationen gebildet, die wie wir frei sein wollen und an die Ideen der Freiheit glauben.“

Der klar nationalistisch ausgerichtete Fokus dieser Akteur*innen hält sie nicht davon ab, sich zu vernetzen und zusammenzuarbeiten. Offensichtlich gibt es Unterschiede und Differenzen beispielsweise in der Positionierung zu Russland und dessen völkerrechtswidrigen Angriffskrieges in der Ukraine; aber sie sind in geeint in ihrer Wut gegenüber einer vermeintlichen liberalen Verschwörung; sie wenden sich vehement gegen Migration, insbesondere aus muslimischen Ländern; stehen ein für eine klare Trennung von Mann und Frau sowie eine tradierte Rollenverteilung zwischen ihnen; und sie lehnen demokratische Institutionen und Prozesse ab, wenn diese im Verdacht stehen, dem vermeintlich wahren Willen des Volkes – den sie selbst bestimmen wollen – im Wege zu stehen. Die extreme Rechte agiert nicht im luftleeren Raum, sondern inspiriert

sich international wechselseitig – rhetorisch, programmatisch und in der tatsächlichen Umsetzung autoritärer Politik.

Knotenpunkte der Kooperation

Will man den Gehalt des autoritären Playbooks in Gänze verstehen, gilt es, die zentralen Knotenpunkte dieser Kooperation zu kennen. Für die europäische Rechte ist das Europaparlament ein wichtiges Forum. Nach der Europawahl im Juni 2024, bei der die AfD mit 15,9 Prozent in Deutschland ihr bis zu diesem Zeitpunkt bestes Ergebnis in einer bundesweiten Wahl erzielte und die extreme Rechte in ganz Europa starke Zugewinne verbuchen konnte (Vogel 2024b), entstanden gleich zwei neue Rechtsaußen-Fraktionen: die „Patrioten für Europa“ (PfE) und das „Europa der souveränen Nationen“ (ENS). Grund dafür, dass gleich zwei Fraktionen gegründet wurden, war, dass die AfD zum Ende der vorhergehenden Wahlperiode aus der inzwischen aufgelösten Fraktion „Identität und Demokratie“ (ID) ausgeschlossen worden war. Die Ursache waren Positionierungen des Spitzenkandidaten der AfD für die Europawahl Maximilian Krah, der sich relativierend zur SS geäußert hatte. Hinzu kamen Spionagevorwürfe gegen einen seiner Mitarbeiter (Vorreiter 2024). In der von der AfD im Juli 2024 mit gegründeten ENS vereinen sich nun vor allem kleinere und neuere Parteien des extrem rechten Spektrums (Liboreiro & Genovese 2024). Viele ehemalige Parteien der ID, wie die österreichische FPÖ, die italienische Lega und das französische Rassemblement National (RN) haben sich hingegen inzwischen der PfE angeschlossen, die vom ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán mitgegründet wurde. Damit scheiterte zwar eine befürchtete Superfraktion der extremen Rechten an inneren Streitigkeiten, in engem Austausch stehen sie dennoch (Greven 2024a).

Eine Schlüsselrolle bei der Vernetzung der internationalen Rechten kommt dem ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán zu. Neben der parlamentarischen Kooperation über die Gründung der PfE finanziert die ungarische Regierung mehrere Stiftungen und Thinktanks, die auf europäischer und internationaler Ebene die ungarische Vision einer illiberalen Demokratie verbreiten sollen. Hierzu zählen das Mathias Corvinus Collegium, das Danube Institute und das Center for Fundamental Rights. Diese Institutionen finanzieren internationale Gastforscher*innen, organisieren Konferenzen und veröffentlichen Publikationen, die europäische Diskurse im Sinne der ungarischen Regierungspartei Fidesz beeinflussen sollen (vgl. Gosling 2025; Fadel et al. 2025). Daneben unterhalten sie Verbindungen zu weiteren einschlägigen internationalen Organisationen, wie der Heritage Foundation und dem Atlas Network in den USA (vgl. Greven 2024b). Zu beobachten ist heute, dass Organisationen aus dem MAGA-Umfeld von Trump zunehmend finanziell gut ausgestattet nach Europa drängen und hier an Einfluss zu gewinnen versuchen. Im Gespräch mit uns benennt der österreichische NGO-Geschäftsführer Wolfgang Pichler (17.9.2025) die Heritage Foundation als eine treibende Kraft hinter dem Aufbau dieser Gegenmacht, die versuche, auf konservative Parteien einzuwirken und diese nach rechts zu rücken.

Stiftungen mit Schlagseite

Gerade die Heritage Foundation steht im Zusammenhang mit der zweiten Amtszeit von Donald Trump und dem Project 2025 im Fokus der Öffentlichkeit. Der Thinktank veröffentlichte 2023 ein umfassendes Manifest zur Umgestaltung der Vereinigten Staaten. Es handelt sich um ein zutiefst antiliberales Projekt, das darauf setzt, Macht in der Exekutive zu bündeln, und das auf christlich-fundamentalistischen Werten sowie der Vorstellung einer „White Supremacy“, also einer Vormacht-

stellung der weißen Gesellschaft, beruht. Donald Trump betonte zwar im Wahlkampf um die Präsidentschaft 2024, mit dem Projekt nichts zu tun zu haben, zentrale Aussagen von ihm deckten sich aber durchaus mit den Plänen des Project 2025 (vgl. Protect Democracy 2024). Nach Amtsantritt von Trump sind in den ersten 100 Tagen bereits Dutzende Präsidialerlasse ergangen, die direkt auf das Programm zurückgehen, und einige Autor*innen haben Ämter in der Regierung erhalten (Graham 2025).

Eine wichtige Rolle spielt auch das Center for Fundamental Rights. Das Zentrum tritt als Organisatorin der ungarischen Conservative Political Action Conference (CPAC) 2025 auf. Die CPAC ist eines der größten internationalen Austauschformate für die extreme Rechte, das Politprominenz wie Orbán oder Meloni mit Akademiker*innen und Aktivist*innen des rechten Randes vereint (GPAHE 2024). Das Format kommt ursprünglich aus den USA. Dort wird die CPAC von der American Conservative Union seit Mitte der 1970er organisiert und bietet, vor allem seitdem die US-Republikaner ganz auf Linie von MAGA sind, zunehmend radikalen Kräften eine Bühne. Internationale CPAC-Ableger existieren neben Ungarn auch in Brasilien, Mexiko, Australien, Japan und Südkorea (Greven 2024a). Ein weiteres wichtiges internationales Konferenzformat ist die National Conservatism Conference (NatCon). Diese wird von der konservativen Edmund Burke Foundation seit 2019 organisiert. Zur Funktion dieser Konferenzen konstatiert Greven:

„Sie sind ‚contact zones‘ zwischen den nationalen und internationalen Ebenen [...] und dienen den politischen Anführer_innen und ‚organischen Intellektuellen‘ der nationalen Parteien und Organisationen dazu, gemeinsame Narrative und Botschaften zu formulieren und auszuprobieren, sich für Wahlerfolge und gelungene Aktionen feiern zu lassen und

insgesamt als geschlossene Bewegung im Aufwind wahrgenommen zu werden.“ (Greven 2024a: 10).

Das Global Project Against Hate and Extremism (GRAPHE) verdeutlicht, dass dieses internationale Netzwerk aus Politiker*innen,

Thinktanks, Stiftungen und Aktivist*innen sehr wohl ideologisch divergent ist und unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt werden – dass diese unterschiedlichen Spektren jedoch zunehmend im Austausch stehen und über Gräben hinweg zusammenarbeiten (GPAHE 2024).

3. Autokraten an der Macht: Wie Fidesz und PiS den Staat umbauen

An dieser Stelle wollen wir nun konkret auf zwei Fälle blicken, in denen die antidemokratische Programmatik und der autoritäre Umbau von Gesellschaft über lange Jahre umgesetzt wurden, beziehungsweise weiter umgesetzt werden: Ungarn und Polen. Innerhalb der EU gibt es auch andere Beispiele extrem rechter Regierungsverantwortung. Etwa in Italien – auf das wir später noch eingehen werden –, Slowakei und Finnland, den Niederlanden oder Kroatien waren jüngst oder sind Rechtsaußen-Parteien in Koalitionen mit Konservativen an Regierungen beteiligt. Es ist aber gerade Viktor Orbán, der mit seiner Fidesz in den letzten 15 Jahren eine wichtige Blaupause für das autoritäre Playbook bietet und damit Vorbild für die aufstrebende autoritäre Rechte geworden ist. In Polen, auf das wir ebenfalls in diesem ersten Teil eingehen werden, ist die Lage eine andere: Hier beschädigte die PiS-Regierung innerhalb von zwei Legislaturperioden die polnische Demokratie nachhaltig. Trotz ihrer Wahlniederlage 2023 prägen die Überbleibsel des PiS-Staatsumbaus die polnische Politik weiterhin und zeigen, dass selbst nach der Abwahl einer extrem rechten Regierung nicht einfach wieder alles läuft wie zuvor.

Beiden politischen Projekten in Ungarn und Polen ist gemein, dass sie den Staat als Waffe nutzen, um die liberale Demokratie mit ihren eigenen Mitteln zu beschädigen: „Orbán hat eine Generation von Konservativen gelehrt,

dass der Staat nicht zerlegt, sondern für rechte Anliegen und gegen politische Gegner eingesetzt werden sollte“ (Levitsky & Way 2025: 56). Damit reagieren sie unter anderem auf die Erfahrungen rechtspopulistischer Regierungsbeteiligung in den späten 1990er Jahren und frühen 2000ern, etwa in Italien oder Österreich. Ein Grund für deren Scheitern war, dass die rechtspopulistischen Parteien staatliche Prozesse und Strukturen, zumindest rückblickend betrachtet, noch geachtet hatten und so zwischen den eigenen Versprechen und dem politisch Machbaren zerrieben wurden (Pallaver & Gärtner 2006: 115f.).

3.1 Der Vorreiter: Ungarns „illiberale Demokratie“

Als das ungarische Parlament Viktor Orbán am 29. April 2010 zum Ministerpräsidenten wählte, war nicht abzusehen, wie destruktiv diese Wahl für die ungarische Demokratie sein würde. Der Vorsitzende und seine Fidesz hatten sich bis dahin als Liberale mit konservativen Tendenzen profiliert; auch während Orbáns erster Amtszeit von 1998 bis 2002 fiel er nicht mit illiberalen oder antidemokratischen Ansichten auf. Danach radikalisierte sich der ungarische Ministerpräsident jedoch deutlich. In den folgenden 15 Jahren wandelte sich Ungarn unter seiner Führung zu einem globalen Vorbild für die autoritäre Rechte. Orbán spricht bei seinem Vorhaben selbst von der

Etablierung einer „illiberalen Demokratie“. Mit diesem scheinbar sanften Begriff, der Demokratie vordergründig noch immer propagiert, fördert Ungarn, so Greven (2024a: 2), „aktiv die Verbreitung eines hypermajoritären, antipluralistischen Regierens ohne ‚checks and balances‘“, was letztlich Grundwerte der Demokratie wie Gewaltentrennung und Minderheitenschutz eindeutig untergräbt. Eine illiberale Demokratie kann folglich nicht mehr als Demokratie im eigentlichen Sinne verstanden werden.

Zentral gestellt wird ein vermeintlich legitimer Volkswille, der in der Gestalt des Staatsoberhauptes unmittelbar umgesetzt wird. So war Orbán in der Lage, seine autoritäre Regierungsstruktur unter dem Deckmantel der Demokratie aufzubauen und sich demokratischer Institutionen, Strukturen und Gesetze zu bedienen, um das Spielfeld zu seinen Gunsten zu verschieben. Das verschleierte zunächst, wohin die Reise gehen sollte. Noch 2013 bilanzierte Kai-Olaf Lang (2013: 3) vom außenpolitischen Thinktank Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP): „Seit 2010 haben die Regierungen Orbán den Charakter der ungarischen Demokratie verändert, ohne sie abzuschaffen. Ungarn ist [...] nicht zu einem autoritären Regime mutiert.“ Nur ein Jahr später gab Orbán bekannt, dass Ungarn sich nicht länger an liberale Werte gebunden sehe (Szelényi, 2024).

Heute ist Orbán laut dem Demokratieindex des Forschungsinstituts V-Dem gemessen an der Reichweite des von ihm eingeleiteten Staatsumbaus der „top autocratizer of the last 25 years“, also ein Spitzenreiter der Autokratisierung. Der Titel kommt nicht von ungefähr: Justiz, Medien, Verwaltung und Zivilgesellschaft sowie die Verfassung und das Wahlsystem wurden seit 2010 grundlegend umgestaltet, um die Macht Orbáns und der Fidesz zu sichern (Nord et al., 2025: 25). Der aktuelle V-Dem-Report zeigt für 2024 unter anderem eine weitere Verschlechterung der Medien-

und Meinungsfreiheit sowie der Freiheit von Bildungs- und Kultureinrichtungen; die Einschränkung freier und fairer Wahlen; fehlende Möglichkeiten, die Regierenden für Fehlverhalten und Korruption zur Verantwortung zu ziehen sowie zunehmende Desinformation und gesellschaftliche Polarisierung (Nord et al. 2025). Damit ist Ungarn ein Musterbeispiel für Demokratieabbau von Rechtsaußen. Doch wie konnte es so weit kommen?

Mit Verfassungsreformen gegen die Demokratie

Der entscheidende Hebel für Orbáns Staatsumbau, der Ungarn auch von anderen Fällen unterscheidet, ist die Zweidrittelmehrheit im Parlament. Im Bündnis mit der Christlich-Demokratischen Volkspartei (KDNP) konnte Fidesz damit schon bald nach Regierungsbildung eine neue ungarische Verfassung durchsetzen. Sie trat 2012 in Kraft und wurde seitdem über ein Dutzend Mal verändert. Die neue Verfassung schwächt das ungarische Verfassungsgericht und erhebt zahlreiche Politikfelder in den Verfassungsrang, sodass sie nur noch mit Zweidrittelmehrheit geändert werden können. Diese Änderungen beförderten etwa die Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit oder die Brutalisierung der Gesellschaft durch beispielsweise die Kriminalisierung von Obdachlosen (Ozsváth 2024). Zeitgleich trieb Fidesz den Umbau der Justiz und Verwaltung voran. Über neu geschaffene Verwaltungsgerichte sicherte sich die Regierung zusätzlichen Einfluss über die Justiz, ebenso wie durch die Neubesetzung von loyalen Richter*innen am Verfassungsgericht. Um für sie Platz zu schaffen, wurde das Rentenalter für Richter*innen von 70 auf 62 Jahre heruntergesetzt – die Folge: hunderte Stellen an Gerichten wurden frei, die Orbán mit Unterstützer*innen besetzen konnte. Direkt danach änderte Orbán den Zuständigkeitsbereich des Verfassungsgerichts, um sicherzustellen, dass für die Regierung wichtige Fälle von den

‚richtigen‘ Richter*innen entschieden würden (vgl. Benson 2024; Beauchamp 2024). Nicht nur im Justizbereich wurden Orbán-Loyalisten in zentrale Funktionen gehievt und mit großzügigen Amtszeitverlängerungen dort langfristig installiert – diese Entwicklung betrifft unter anderem auch die Medienaufsichtsbehörde, die Wettbewerbsbehörde, den staatlichen Rechnungshof und die Staatsanwaltschaften (vgl. Szelényi 2022; Krekó & Zsolt 2018). Diese Neubesetzungen machen es deutlich schwerer, die Regierung für mögliches Fehlverhalten zur Verantwortung zu ziehen. Über die Jahre baute die Orbán-Regierung so ein Patronagesystem für Unterstützer*innen auf, in dem Loyalität mit prestige- und finanzstarken Posten belohnt wird. Wie schnell die Regierung diese Umbauten vorantrieb, beschreibt Daniel Kovács, Geschäftsführer einer ungarischen NGO, im Gespräch mit uns (11.9.2025, eigene Übersetzung): „Im ersten Jahr ihrer Amtszeit haben sie 100 oder 150 Gesetze geändert. Von den Medien bis zum Wahlrecht, wirklich alles. Das ist wie der Kampf gegen Windmühlen, wie bei Don Quijote. Es ist schwierig, in diesem Rahmen zu gewinnen.“

Zentral für die anhaltenden Wahlerfolge von Fidesz ist eine Reihe von weitreichenden Wahlrechtsreformen. Unter anderem wurde der Zugschnitt von Wahlbezirken angepasst, die Anzahl der Abgeordneten im Parlament beinahe halbiert, die Hürden für die Wahlzulassung für kleinere Parteien erhöht und ein „Siegerkompensationsmechanismus“ eingeführt, bei dem ein Teil der Stimmen der unterlegenen Partei dem Sieger zugerechnet wird (vgl. Beauchamp 2024; Benson 2024). Das Ziel der Reformen liegt darin, der Fidesz den Machterhalt zu sichern. Und es funktioniert. 2014 reichten Fidesz 45 Prozent der Wähler*innenstimmen, um 67 Prozent der Sitze im Parlament zu erlangen (Szelényi 2024). Auch bei der folgenden Wahl gewann Fidesz eine Zweidrittelmehrheit der Sitze, ohne auch nur die Hälfte der abgegebenen Stimmen auf sich

zu vereinen. Entsprechend finden in Ungarn weiterhin Wahlen statt, die theoretisch auch von Oppositionsparteien gewonnen werden könnten, das Spielfeld wurde jedoch zugunsten der größten Partei, der Fidesz, manipuliert. Der Wettbewerb findet bei Wahlen also auch hier noch statt, nur frei und fair sind sie bei weitem nicht.

Angriffe auf die freie Presse

Es ist wichtig zu sehen, dass Orbán durchaus loyale Anhänger*innen hat, vor allem in ländlichen Räumen, in denen es Fidesz besser als jeder anderen Partei gelungen ist, die Wähler*innenschaft zu mobilisieren und an sich zu binden. Ein ausschlaggebender Faktor hierfür ist die Kontrolle der Medien. Den Grundstein zur Zentralisierung der ungarischen Medienlandschaft legte die Fidesz-Regierung bereits 2010 mit einem neuen Mediengesetz, das Journalist*innen in ihrer Berichterstattung – wohl bewusst vage – zur „Stärkung der nationalen Identität“ (Oszváth 2024) verpflichtet. Schon sehr früh in seiner Amtszeit räumte Orbán in den Redaktionen auf. 2011 gründete er die staatliche MTVA-Medienholding, unter deren Dach die öffentlich-rechtlichen Medien und die einzige ungarische Nachrichtenagentur MTI zentralisiert wurden. Infolgedessen wurden 1.000 der Regierung missliebige Redakteur*innen entlassen. Mit der nationalen Medienbehörde NMHH verfuhr Orbán ähnlich wie mit Gerichtsbarkeit und Verwaltung: Ihre Spitze wurde mit einer loyalen Führung neu besetzt, deren Amtszeit auf neun Jahre verlängert wurde (ebd.). Auch das ist ein klassischer Schritt des autoritären Playbooks: absolut loyales Personal an die zentralen Hebel der Macht zu setzen.

Der Umbau der Medienlandschaft machte auch vor privaten Medien nicht Halt. 2014 begannen die Regierung und ihr Umfeld damit, Medienhäuser aufzukaufen – wer nicht auf Regierungslinie umschwenkte, wurde finanziell

unter Druck gesetzt. Ein zentrales Mittel dafür war der Entzug von Werbeanzeigen der Regierung, die eine wichtige Einnahmequelle darstellen. Orbán politisierte diese Einnahmequelle, indem er staatliche Werbegelder an loyale Berichterstatte*rinnen verteilte und kritische Medien so lange finanziell austrocknete, bis sie entweder den Betrieb einstellten oder zum Verkauf an Vertraute der Regierung gezwungen wurden. Alleine 2017 nutzte die Regierung Werbeflächen, Flyer und Fernsehwerbung im Gegenwert von 250 Millionen US-Dollar, um die 'Feinde' Ungarns zu attackieren (Krekó & Zsolt 2018). Bis 2017 gelang es Orbán und seinen Gefolgsleuten so, etwa 90 Prozent aller ungarischen Medien direkt oder indirekt unter ihre Kontrolle zu bringen (Beauchamp 2024). Über 400 dieser regierungstreuen Medien schlossen sich 2018 zur Mitteleuropäischen Presse- und Medienstiftung (KESMA) zusammen, was die Zentralisierung der ungarischen Presse weiter konsolidierte.

So entstand ein massiver Medienkomplex mit staatlichem Zugriff, den die Fidesz-Regierung unmittelbar für 'Informationskampagnen' nutzte, um kritische Akteu*rinnen zu diskreditieren. Immer wieder standen und stehen die noch vorhandene demokratische Zivilgesellschaft, die Europäische Union sowie der ungarischstämmige Investor und Philanthrop George Soros im Fokus der Negativ-Kampagnen. Der jüdische Milliardär Soros wurde von der Fidesz-Regierung im letzten Jahrzehnt systematisch und mit beträchtlichen finanziellen Mitteln zum Feindbild aufgebaut (Krekó & Zsolt 2018). Die Attacken sind Teil eines Kulturkampfes, der vor allem auf rassistischer und antisemitischer Desinformation aufbaut. Vorgebracht wird immer wieder der Vorwurf, Soros hege angeblich einen geheimen Plan, Millionen Migrant*innen nach Europa zu schleusen und so die „einheimische Bevölkerung“ zu schwächen und auszutauschen. Diese Verschwörungserzählung des „Great Replacement“ wird in unterschiedli-

chen Varianten auch von anderen Teilen der internationalen extremen Rechten gepflegt (Ayyadi 2017).

Zivilgesellschaft schwächen

Neben der Medienhoheit und dem Bündeln von Macht auf der Ebene der Exekutive nutzt die ungarische Regierung auch weitere Mittel, um kritische Stimmen unter Kontrolle zu bringen. Orbán reagierte auf wiederholte zivilgesellschaftliche Proteste gegen seine Verfassungsreform, seine Bildungspolitik oder die eingeschränkte Pressefreiheit mit Gesetzen, die die Organisator*innen bestrafen. Deutlich wurde das beispielsweise, als er auf landesweite Proteste von Lehrer*innen reagierte, indem er es einfacher machte, ihnen den Beamtenstatus abzusprechen und ein Punkte- und Strafsystem für die Auszahlung ihrer Gehälter einführte. Einen weiteren Aspekt der Transformation von Gesellschaft bildeten die kontinuierlichen Angriffe auf die Zivilgesellschaft, die zum Ziel hatten, die individuellen und kollektiven Kosten für Widerstand in die Höhe zu treiben. Der Mechanismus, den wir oben bereits mit Levitsky und Kolleg*innen (2025) beschrieben haben, wird hier gut sichtbar.

Wie in Russland oder zuletzt in Georgien erschwerte die Regierung mit einem Gesetz, das sich gegen angebliche „ausländische Agenten“ richtet, die Arbeit der organisierten Zivilgesellschaft, insbesondere dann, wenn ihre Organisationen Mittel aus dem Ausland erhalten. Diese Regelung soll jetzt mit einem neuen Gesetz zur „Transparenz im öffentlichen Leben“ (Liboreiro & Genovese 2025) noch weiter verschärft werden. Der Gesetzesentwurf sieht vor, dass Organisationen, die die „ungarische Souveränität bedrohen“, auf eine schwarze Liste des 2023 gegründeten Amtes für den Schutz der Souveränität gesetzt werden. Im Falle von Verstößen gegen das Gesetz droht den Organisationen das Verbot (Tanács 2025). Unser zweiter ungarischer Gesprächspartner,

János Nagy (22.9.2025), der für eine Klimaschutz-Organisation tätig ist, beschreibt, dass dieses Gesetz nicht nur Widerstand weiter erschweren soll, sondern auch ein willkommenes Wahlkampfmanöver für die Regierung sei. Zunehmend wurden auch Universitäten ins Visier genommen und in private Stiftungen überführt, die mittlerweile weitestgehend von Orbán-Loyalist*innen geleitet werden. Besonders hart war das Vorgehen gegen die von Soros gegründete Central European University, die sich komplett aus Ungarn zurückziehen musste (Ozsváth 2024). Parallel dazu betreibt die Regierung aktiv den Aufbau einer Gegen-Zivilgesellschaft aus loyalen Organisationen, die Nagy (29.9.2025) als ‚government-organized NGOs (GONGOs)‘ beschreibt und die mittlerweile eine wichtige Rolle im System Orbán spielen: „Diese GONGOs sind nicht wirklich eine Zivilgesellschaft, sondern tun nur so, als ob sie unabhängig von der Regierung handeln. Und in Ungarn ist diese zweite oder parallele Zivilgesellschaft ziemlich stark. Es gibt sehr viele solche Organisationen, zum Beispiel auf lokaler Ebene.“

Anlässlich des ungarischen Nationalfeiertags am 15. März 2025 zeigte Orbán in seiner Festrede, wohin diese Entwicklung führen soll:

„Die Wanzen haben überwintert. Wir werden die Finanzmaschinerie liquidieren, die mit korrupten Dollars Politiker, Richter, Journalisten und pseudozivile Organisationen und politische Aktivisten gekauft hat. Wir werden die gesamte Schattenarmee liquidieren.“ (Orbán, zit. nach Versec, 2025).

Die Sprache, in der die Opposition als Ungeziefer bezeichnet und deren Liquidierung angekündigt wird, steht in einer langen antisemitischen Tradition und erinnert erschreckend stark an den Jargon der NSDAP, die Menschen jüdischen Glaubens als Parasiten und Ratten diffamierte.

Die martialische Rhetorik macht darüber hinaus deutlich, welche zentrale Stellung die „kulturelle Konterrevolution“ in Orbáns Ungarn einnimmt. In der Schusslinie stehen Akteur*innen, die sich für progressive Positionen engagieren. Die Regierung rechtfertigt ihre Attacken unter Berufung auf ‚traditionelle Werte‘ wie Nation, Familie und Heimat als Verteidigung des christlichen Europas – was sie mit der globalen extremen Rechten eint. Daniel Kovács betont im Gespräch mit uns (11.9.2025, eigene Übersetzung), welche große Rolle Symbole in dieser Konterrevolution spielen: „Schritt für Schritt begannen sie, alle ungarischen Symbole als ihre eigenen zu verwenden. So repräsentieren sie Ungarn und niemanden sonst. Und wer nicht mit ihnen übereinstimmt, ist gegen Ungarn, ist gegen die Nation.“ Dabei wird deutlich, dass diese beschworene Wertegemeinschaft im Wesentlichen auch als Abwehrmechanismus funktioniert. Orbán inszeniert sich als Kämpfer gegen angebliche multikulturelle, liberale EU-Eliten. Aus dem traditionellen, illiberalen Ungarn hingegen hat er, unter Berufung auf ein geeintes Ungarn, das von den boshaften, dekadenten Staaten des Westens angegriffen werde, eine Bastion des Widerstands gegen diese Eliten geformt. Das Bild, das die Regierung von ihren EU-Nachbarn zeichnet, ist entsprechend auch nicht besonders schmeichelhaft:

„Die von der Regierung organisierte ungarische Presse stellt den Westen als apokalyptischen Ort dar, an dem Einwanderer eine ständige Bedrohung darstellen, die Rechtsstaatlichkeit zusammengebrochen ist und eine Atmosphäre der politischen Korrektheit die freie Meinungsäußerung erstickt.“ (Krekó & Zsolt 2018: 47, eigene Übersetzung)

Feindbilder: Migration, Gender und die EU

Als Themen für den Kulturkampf dienen Orbán vor allem Migration, sexuelle und geschlechtliche Vielfalt sowie die EU. Dabei bleibt es nicht

bei polarisierender Rhetorik, sondern die Regierung lässt Taten folgen: So wurden das Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare abgeschafft, „homosexuelle Propaganda“ verboten – und, auch das ein typischer Topos der globalen Rechten, mit vorgeblichem Kinderschutz gerechtfertigt –, ein Zaun gegen Migrant*innen an der serbischen Grenze errichtet und EU-Vorhaben zur Sanktionierung Russlands wegen des Krieges in der Ukraine blockiert. Insbesondere Migration wird von der ungarischen Regierung als Wahlkampfthema ausgeschlachtet, Rassismus richtet sich allerdings auch in hohem Maße gegen Jüdinnen* und Juden* sowie Sinti* und Rom*nja.

Der Kulturkampf von Fidesz bezieht sich indes nicht nur auf die Gegenwart, immer wieder wird die Geschichte in Stellung gebracht und im Sinne der heutigen Propaganda umgedeutet. Während in und vor allem direkt nach der Sowjetzeit eine vorsichtige Aufarbeitung der ungarischen Rolle während der Nazizeit und bei der Ermordung hunderttausender ungarischer Jüdinnen* und Juden* begann, dominiert heute eine nationalistisch-revisionistische Verherrlichung des Ungarntums, die diese Verantwortung externalisiert und Ungarn ausschließlich als ‚doppeltes Opfer‘ von deutscher und sowjetischer Besatzung darstellt (vgl. Pető 2020; Langowski 2020). In diesem Kontext wird auch die ideologische Flexibilität deutlich: Einerseits investiert Orbán Millionen Euro an öffentlichen Geldern in eine antisemitische Kampagne gegen Soros und seine Stiftung, während er andererseits problemlos beste Beziehungen zum israelischen Premier Benjamin Netanyahu unterhält. Antisemitische Anteile der ungarischen Geschichte – etwa während der Herrschaft des Reichsverwesers Miklós Horthy von den 1920er bis in die 1940er Jahre, werden hingegen zunehmend aus der offiziellen Geschichtspolitik verdrängt. „Vielmehr wird der autoritäre Zwischenkriegsherrscher Horthy von Orbán trotz antisemitischer Gesetze als ‚Ausnahmestaatsmann‘ rehabilitiert.“ (Ozsváth 2024)

Bemerkenswert ist, dass sich trotz der anhaltenden Repression und Orbáns wiederholten Drohungen, demokratisches Engagement zu sanktionieren, weiterhin Gegenwehr formiert. So gelang es einer zivilgesellschaftlichen Kampagne 2021, ein Referendum der Regierung zum Schutz von Kindern vor LGBTIQ*-Inhalten zu kippen. Mit einer Website, Social Media-Aktivitäten und physischer Mobilisierung von Freiwilligen riefen zivilgesellschaftliche Organisationen Wähler*innen dazu auf, ihre Stimmzettel ungültig zu machen. Mit Erfolg! Dank 1,7 Millionen ungültiger Stimmen scheiterte das Fidesz-Vorhaben. Die Reaktion der Regierung folgte prompt. Beteiligte NGOs wurden zu einer Geldstrafe verurteilt. Der Aufruf zu zivilem Ungehorsam wurde als Rechtsmissbrauch bewertet, da er die Ausübung der Volkssouveränität durch ein Referendum unterlaufe (Uitz 2022). Zudem blieb das Scheitern des Referendums politisch folgenlos, da die existierende anti-queere Gesetzgebung in Ungarn die zur Abstimmung stehenden Handlungen bereits unter Strafe stellt.

Erfolge sind auch gegen Orbán möglich

Sichtbarer Widerstand zeigte sich zuletzt während der Budapester Pride-Parade im Juni 2025. 200.000 Menschen kamen und machten die Veranstaltung trotz nominellem Verbot durch die Regierung zum größten queeren Fest in der ungarischen Geschichte. Dazu trugen einerseits zahlreiche Unterstützer*innen aus anderen Ländern bei, die nach Ungarn anreisten, um die LGBTIQ*-Community zu unterstützen. Andererseits spielte auch der grüne Budapester Bürgermeister Gergely Karácsony eine wichtige Rolle, indem er die verbotene Veranstaltung kurzerhand als städtisches Fest anmeldete. Das verdeutlicht: Widerstand ist auch aus Institutionen heraus möglich und von zentraler Bedeutung, gerade dann, wenn die Zeichen insgesamt schon stark auf Autoritarismus hindeuten. Im Gespräch mit uns beschreibt Peter Szabó, der für eine

ungarische Bürgerrechtsorganisation tätig ist, zudem eine zunehmende Unzufriedenheit mit der Fidesz-Regierung und aufkeimende Hoffnung auf einen politischen Wandel in immer größeren Teilen der Bevölkerung.

In diesem Sinne war bereits der Wahlerfolg von Karácsony ein Erfolg. 2019 setzte er sich gegen den langjährigen Fidesz-Amtsinhaber durch, was zeigt, dass insbesondere in den Städten Räume für demokratische Politik noch immer geöffnet werden können – und dies, obwohl die Regierung mit finanziellem und legislativem Druck versucht, diese Räume einzuschränken (vgl. Mayer 2025). Orbán bleibt also nicht gänzlich unangefochten und auch Wahlen können ihm durchaus noch gefährlich werden, wie das Beispiel der Europawahl 2024 zeigt (Vogel 2024b: 5): Zwar verbuchte die extreme Rechte in der EU insgesamt einen deutlichen Stimmenzuwachs. Dieser ging jedoch hauptsächlich auf deutliche Zugewinne in bevölkerungsstarken Mitgliedstaaten wie Deutschland, Frankreich oder Italien zurück. In Nordeuropa und – für manche erstaunlich – auch in Osteuropa sah es anders aus, auch weil die politische Opposition Zugewinne verbuchen konnte. In Ungarn verlor Fidesz Stimmen, weil der konservative Herausforderer Péter Magyar aus dem Stand rund 30 Prozent gewann. Und auch in Polen, um das es im nächsten Kapitel gehen wird, vermochte die Bürgerkoalition um Donald Tusk das PiS-Lager erneut zu schlagen. In Schweden und Finnland schrumpfte der Stimmenanteil der extremen Rechten, während Grüne, Linke und Sozialdemokraten an Stimmen gewannen.

3.2 Polen: der steinige Weg zurück

Auch in Polen waren über Jahre hinweg substantielle Prozesse der autoritären Transformation zu beobachten. Bei den Parlamentswahlen 2023 gelang es jedoch einem breiten demokratischen Parteienbündnis, die von großflächiger Mobilisierung auf der Straße

getragen wurde, die voranschreitende Regression vorerst zu stoppen. Jedoch stellt der Umstand, dass der Staatspräsident weiter an extrem rechter Programmatik festhält, die Bürgerkoalition (KO), die die PiS ablöste, weiter vor enorme Herausforderungen mit ungewissem Ausgang.

Doch der Reihe nach. Starten wir in den frühen 2000er Jahren: 2001 gründeten die Zwillingenbrüder Lech und Jarosław Kaczyński die nationalkonservative Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość), kurz PiS, die ein sozialkonservatives Profil mit starken Law and Order-Elementen kombinierte. 2005 wurde die PiS in den Parlamentswahlen erstmals stärkste Kraft und stellte unter Führung von Lech Kaczyński die Regierung in einer Koalition mit der nationalistisch-religiösen Liga Polnischer Familien (Liga Polskich Rodzin) und der Bauernpartei (Samobrona Rzeczpospolitej Polskiej). Nach nur zwei Jahren zerbrach die Koalition jedoch und es kam 2007 zu vorgezogenen Neuwahlen, die die liberale Bürgerplattform (Platforma Obywatelska, PO) deutlich für sich entschied. Schon in dieser frühen Phase entwickelte die PiS zentrale ideologische Elemente, die noch heute den Kern ihres Narrativs bilden. Dazu gehören der Kampf gegen eine angebliche Gender-Ideologie, eine von Verschwörungstheorien geleitete Umdeutung der polnischen Geschichte, der zufolge die postsowjetische Transformation nach 1990 von ehemaligen Kommunist*innen und der politischen Opposition ‚gestohlen‘ worden sei, sowie eine starke populistische Antagonisierung des ‚wahren Volkes‘ gegenüber politischen Eliten und der Fundierung der eigenen Politik in einem konservativen, katholischen Wertekanon (Bernhard 2021; Pytlas 2021).

Regierungsübernahme

2015 gewann die PiS unter ihrem Vorsitzenden Jarosław Kaczyński die Parlamentswahlen mit deutlichem Abstand (37,6 Prozent, plus 6,5 Prozent im Vergleich zu 2011) vor der Bürger-

plattform, die ein regelrechtes Wahldebakel erlebte (24,1 Prozent, minus 15,1 Prozent im Vergleich zu 2011). Die Spitzenkandidatur und das Amt des Präsidenten überließ Kaczyński zwar Andrzej Duda, er blieb jedoch nach dem Tod seines Bruders Lech die prägende Führungspersönlichkeit der PiS (Pytlas 2021). Der neue Präsident Duda blieb zehn Jahre im Amt. Durch die weitreichenden Vetobefugnisse, die das Präsidentenamt in Polen gegenüber Regierung und Parlament genießt, kommt ihm – wie wir noch sehen werden –, eine Schlüsselrolle bei der Verhinderung der Rückabwicklung von PiS-Reformen durch die 2023 neu gewählte Regierung zu. Ihren Wahlsieg verdankte die PiS 2015, wie auch die Fidesz in Ungarn, vor allem konservativen Wähler*innen im ländlichen Raum, die bis heute eine starke Unterstützungsbasis für die Partei bilden. Obwohl sie nur etwas mehr als ein Drittel der Stimmen erhielt, reichte dies der PiS für die absolute Mehrheit im Sejm, dem polnischen Unterhaus. Damit verfügte die Partei über große Gestaltungsspielräume beim autoritären Umbau, den sie in den acht Jahren Regierungszeit – die PiS gewann auch die Wahlen 2019 deutlich – bis zu ihrer Abwahl verfolgte. Im Gegensatz zu Orbáns Fidesz-Regierung reichte es jedoch nie zu einer Zweidrittelmehrheit im Parlament: Damit fehlten der PiS notwendige Stimmen für Verfassungsänderungen, was ein weiteres Abrutschen der polnischen Demokratie bremste.

Mit Sozialpolitik und Nationalismus gegen die Justiz

Nach ihrem Wahlsieg 2015 setzte die PiS auf eine Doppelstrategie: Mit großzügigen und populären Sozialmaßnahmen, besonders für Familien mit Kindern und Rentner*innen, sicherte sie sich zum einen die Sympathien in der Bevölkerung. Zum anderen startete sie ihren autoritären Umbau zentraler Institutionen und Prozesse dort, wo auch Orbán – und wie wir weiter unten noch sehen werden, auch

Donald Trump in den USA – früh ansetzte: bei der Justiz (Lang, 2023: 19-24).

Direkt zu Beginn der ersten PiS-Regierung führten Uneinigkeiten zwischen alter und neuer Regierung bei der Ernennung von Verfassungsrichter*innen zu einer handfesten Verfassungskrise (Krökel 2024). Es folgten weitreichende Reformen, zunächst im Zusammenhang mit der Funktionsweise des Verfassungsgerichts, in den folgenden Jahren aber auch auf anderen Ebenen der Judikative. Hierzu gehörte die schon aus Ungarn bekannte Herabsetzung des Rentenalters für Richter*innen – erst am Obersten Gerichtshof, 2017 dann auch an allen ordentlichen Gerichten –, die es der Regierung ermöglichte, Richter*innenposten mit loyalem Personal zu besetzen. Ebenso wurde der Landesrat für Gerichtswesen (KRS) umgebaut, der eigentlich über die Unabhängigkeit der Justiz wachen soll. Die Mehrzahl seiner Mitglieder wird seit 2017 nicht mehr von den Richter*innen selbst gewählt, sondern von den Abgeordneten des Sejm, der fest in der Hand der PiS war.

Nachdem die erste Reformwelle die Anzahl der PiS-kritischen Richter*innen bereits verkleinert hatte, wurden in einem zweiten Reformschritt die Disziplinarmaßnahmen für die verbleibenden unabhängigen Richter*innen ausgebaut. Am Obersten Gericht wurde eine Disziplinarkammer (seit 2022: Kammer für berufliche Verantwortung) eingerichtet, unliebsame Richter*innen und Staatsanwält*innen wurden zwangsversetzt (Chiopris & Nalepa 2024). Die Reformen lassen ein systematisches Vorgehen erkennen: Zuerst wurde die Kontrolle über das Verfassungsgericht ausgeweitet, dann der Oberste Gerichtshof durch Zwangspensionierungen und neue Strukturen umgestaltet, dann das KRS von einem System der richterlichen Selbstverwaltung zu einem Instrument politischer Kontrolle umgebaut und schließlich wurden Disziplinarmechanismen gegen kritische Richter*innen etabliert.

Dabei untergrub die PiS-Regierung die Trennung zwischen den Gewalten immer wieder in eklatanter Weise. So wurde das Amt des Justizministers mit dem des Generalstaatsanwalts zusammengelegt und damit die Grenze zwischen Exekutive und Judikative verwischt. Eine ähnliche Missachtung der Gewaltenteilung zeigte die Ernennung zweier ehemaliger PiS-Abgeordneter zu Verfassungsrichtern 2019.

Der Justizumbau stieß immer wieder auf heftige Kritik der EU und ihrer Mitgliedstaaten. Schließlich suchte Kaczyński die Eskalation, nachdem das polnische Verfassungsgericht 2020 Abtreibungen faktisch zu verbieten. Da Polen infolge des Urteils EU-Mittel wegen Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit zu verlieren drohte, erklärte das Verfassungsgericht den Vorrang des nationalen Rechts gegenüber dem EU-Recht – ein eklatanter Verstoß gegen die europäische Rechtslage (Krökel 2024). Der Europäische Gerichtshof kritisierte die Aushöhlung der Rechtsstaatlichkeit in mehreren Urteilen und stuft die polnische Justizreform 2023 als Verstoß gegen EU-Recht ein. Infolge dieser Urteile wurden EU-Gelder eingefroren und die polnische Regierung mehrfach zur Zahlung von Zwangsgeldern verurteilt. Die PiS weigerte sich jedoch wiederholt, Urteile des Gerichtshofs anzuerkennen.

Wahlrecht und Medien zum eigenen Vorteil

Während die Aushöhlung der Justiz unter der PiS-Regierung große internationale Aufmerksamkeit auf sich zog, blieben autoritäre Tendenzen zur Zentralisierung des Wahlrechts weitgehend unter dem Radar. Die Mittel, mit denen Kaczyński versuchte, einen elektoralen Vorteil für die PiS zu erhalten, sind subtiler als in Ungarn oder, wie noch zu zeigen ist, in Italien, haben jedoch ebenfalls das Potential, das Spielfeld zu Ungunsten der Oppositionsparteien zu verändern. Dazu gehören die Einrichtung zusätzlicher Wahlkommissionen in

ländlichen Gegenden, in denen die PiS traditionell stark ist, bei gleichzeitiger Erschwerung der Wahlteilnahme für oft eher liberal eingestellte Pol*innen im Ausland. Die nationale Wahlkommission wurde 2017 reformiert, um eine PiS-freundlichere Zusammensetzung sicherzustellen. Ebenso verweigerte die PiS eine überfällige Anpassung der Wahlbezirke an die aktuelle Bevölkerungsverteilung. In manchen Bezirken sind doppelt so viele Wähler*innen nötig, um einen Abgeordneten zu wählen, wie in anderen, was dazu führt, dass Stimmen in kleineren Wahlbezirken – oft ländlichen PiS-Hochburgen – mehr zählen als in den oftmals progressiveren, dicht besiedelten Zentren (Sadurski 2023).

Während die bisher beschriebenen Angriffe auf demokratische Institutionen schon weitreichende Konsequenzen hatten, ging die Regierung bei der Zentralisierung der polnischen Medien noch vehementer vor: Nur zwei Monate nach ihrem Amtsantritt brachte die Regierung Anfang 2016 ein neues Mediengesetz durch das Parlament, mit dem öffentlich-rechtliche Sender und die staatliche Nachrichtenagentur PAP dem Schatzministerium unterstellt wurden. Anschließend ging die Aufsicht an den neu gegründeten Rat für Nationale Medien über, dessen Mitglieder vom polnischen Präsidenten und der Parlamentsmehrheit – also von Andrzej Duda und der PiS – bestimmt wurden (Krökel 2024). Zeitgleich brachte die Regierung die Medienlandschaft mit ähnlichen Mitteln auf Linie, die auch in Ungarn beobachtet werden konnten: kritische Journalist*innen wurden entlassen oder verklagt, Führungspositionen mit PiS-Loyalist*innen besetzt, unabhängigen Medien die Zugänge zu staatlichen Anzeigen verweigert, um sie finanziell unter Druck zu setzen. Hier zeigt sich ein Muster, nach dem Loyalität das ausschlaggebende Kriterium für die Besetzung von Posten ist. Anne Applebaum bilanziert: „Die PiS änderte nicht nur das Beamtengesetz, um die Entlassung von Berufsbeamten und die

Einstellung von Parteifunktionären zu erleichtern, sondern sie hat auch die Leiter von staatlichen Unternehmen entlassen. Führungskräfte mit Erfahrung in Großunternehmen wurden durch Parteimitglieder und deren Freunde und Verwandte ersetzt.“ (Applebaum 2022: 35)

Wie andere Wirtschaftssektoren auch, erlebte der Mediensektor eine Repolonisierung, bei der Unternehmen, die zuvor ausländischen Firmen und Investoren gehört hatten, mit staatlicher Beteiligung zurückgekauft wurden. Beispielsweise kaufte der teilstaatliche Ölkonzern Orlen das Medienunternehmen Polska Press und gewann so auf einen Schlag die Kontrolle über 20 Lokalzeitungen, 120 Wochenzeitungen und 500 Online-Nachrichtenportale (Sieradzka 2023). Diese weitreichende Kontrolle über die polnischen Medien erlaubte es Jarosław Kaczyński, die Narrative und Diskurse prägend zu diktieren. „So steht es ihm frei, bei Bedarf neue Fronten aufzumachen, üblicherweise bei Themen, die derart emotional sind, dass weder Opposition noch Öffentlichkeit sie ignorieren können.“ (Kotarski 2017: 16)

Kulturkampf von Rechts

Die emotionalisierten Themen, die Kaczyński und andere prominente PiS-Politiker*innen medial platzierten, ähnelten dem ungarischen Kulturkampf-Repertoire. Zu beliebten Zielscheiben wurden, wie in unseren Interviews immer wieder betont wurde, Migrant*innen, EU-Eliten, George Soros und LGBTIQ*-Rechte. Auch hier kombinierte die Regierung eine aggressive Rhetorik damit, politische Fakten zu schaffen: So wurde an der Grenze zu Belarus 2021 mit dem Bau eines Grenzzauns aus NATO-Draht begonnen, um Migrant*innen vom Grenzübertritt abzuhalten, während mit nationalistischer Rhetorik Ängste vor einer angeblichen Überfremdung der polnischen Gesellschaft geschürt wurden. Ähnlich wie in Ungarn wurde zudem versucht, die Darstellung gleichgeschlechtlicher Beziehun-

gen unter Strafe zu stellen – politisch blieb der Vorstoß zwar erfolglos, die Deklaration von sogenannten LGBTIQ*-freien Zonen in mehreren PiS-regierten Städten schränkten die Rechte und Sicherheit queerer Menschen faktisch dennoch erheblich ein. Die Rhetorik, wonach queere Menschen krank und eine Bedrohung für die polnische Familie darstellten, ist dabei stark von der traditionell wichtigen katholischen Kirche in Polen geprägt. David Gregosz und Thomas Behrens (2023) führen aus: „Christliche Werte waren stets tief in der Gesellschaft verwurzelt; selbst die Solidarność-Bewegung bezog im Kampf gegen den Kommunismus ihre Stärke und ihr Vertrauen aus dem Glauben und über die Netzwerke der Institution Kirche.“ Attacken auf queere Rechte und eine vermeintliche Gender-Ideologie wurden häufig in Zusammenarbeit von Staat und Kirche ausgeführt. Dazu gehören auch massive Beschränkungen der Freiheit von Frauen. Neben dem bereits erwähnten weitgehenden Abtreibungsverbot setzte die Regierung den Fokus klar auf eine Retraditionalisierung, was darauf hinauslief, Frauen in die Rolle als Ehefrauen, Mütter und Pflegende zurückzudrängen. Aktivist*innen, die sich gegen diese Entwicklung einsetzten, wurden Repressionen und Gewalt ausgesetzt. So berichtet unsere Gesprächspartnerin Julia Nowak (15.9.2025), dass sie und Mitarbeiter*innen der NGO, deren Geschäftsführerin sie zu dieser Zeit war, abgehört wurden. Besonders bei Protesten für Frauen- und queere Rechte seien zudem Demonstrant*innen von ultrarechten gewaltbereiten Gruppen auch physisch angegriffen worden.

Ebenso wie Orbán pflegte die PiS die Erzählung von Polen als souveränem Staat, der seine Werte und sein Ansehen gegen ausländische Eliten verteidigen muss. Auch Kaczyński zeichnete das Bild der Bedrohung durch den Westen für die polnische nationale Identität. Neben dem bereits oben skizzierten Streit mit Brüssel stand vor allem der direkte Nachbar Deutschland im Fokus. Dabei wurde stark

auf geschichtspolitische Narrative zurückgegriffen: immer wieder nutzt die PiS medial prominent platzierte Forderungen nach Reparationszahlungen aus Deutschland für die Verbrechen der Nazis nach dem Überfall auf Polen am 1. September 1939 für nationalistische Stimmungsmache. Dabei rücken der Heroismus und Mut des polnischen Widerstands gegen die deutsche Besatzung ins erinnerungspolitische Zentrum. Auch in Polen waren zur Zeit der Besatzung antisemitische Einstellungen verbreitet und machten zahlreiche Menschen zu Helfer*innen der Judenvernichtung - mit einer Gesetzesänderung schränkte die PiS 2018 jedoch ein, wie über diese Strömungen recherchiert und berichtet werden darf. Diese Verengung der Geschichtsbetrachtung diente der Regierung als Rechtfertigung, um kritische Wissenschaftler*innen und Medien anzugreifen. Zusätzlich wurden Lehrpläne in Schulen und die Museumsplanung so angepasst, dass diese Deutung der polnischen Geschichte eine prominentere Stellung bekommt (Lang 2024: 14–18).

Die PiS-Regierung nutzte diese emotionalisierten Kulturkampf-Themen einerseits, um die eigene Wähler*innenschaft mit starken Feindbildern zu mobilisieren und an die PiS zu binden. Kaczyński sorgte dafür, dass „pausenlos etwas geschieht, durch das die Menschen in einen Zustand der Unruhe, des Aufruhrs und der Mobilisierung versetzt werden“ (Lang, 2023: 33). Andererseits sollte damit auch von innenpolitisch unpopulären Maßnahmen und Vetternwirtschaft abgelenkt werden. Eine zentrale Rolle spielten dabei auch Verschwörungserzählungen. Schon für die Gründung der PiS spielte das Narrativ der von Kommunist*innen behinderten Transformation eine wichtige Rolle (Applebaum 2022: 35f.). Weiteren Auftrieb erhielten Verschwörungserzählungen, nachdem der ehemalige Präsident Lech Kaczyński 2010 bei einem Flugzeugabsturz in Smolensk ums Leben kam. Während alle Fakten für einen tragischen Unfall sprachen,

schürte Jarosław Kaczyński wiederholt Verschwörungserzählungen, nach denen im Dunklen agierende Hintermänner den Tod seines Bruders zu verantworten hätten. Zu den vorgeblichen Drahtziehern hinter dem Unglück zählten etwa der russische Präsident, aber auch die damalige polnische Regierung. Applebaum (2022: 50) schlussfolgert, dass die „Smolensk-Lüge [...] den moralischen Boden für immer neue Lügen“ bereitet und vor allem denjenigen, die sich nicht mehr an das kommunistische Regime erinnern können, ein neues Motiv anbietet, den herrschenden Eliten zu misstrauen. Angesichts dieser starken Präsenz von Verschwörungserzählungen und Kulturkampf-Elementen überrascht es kaum, dass die polnische Gesellschaft zutiefst polariert ist (vgl. Gregosz & Womela 2024; Mattern 2023).

PiS wird abgewählt – kein Zurück

Das System, das die PiS seit 2015 in Polen aufgebaut hatte, geriet 2023 fundamental ins Wanken. Mit dem Abtreibungsverbot und ihrer antifeministischen Agenda schien die Rechtsaußenpartei den Bogen im Kulturkampf überspannt zu haben. Nach Massenprotesten, die sich insbesondere gegen die Abtreibungs- und Frauenpolitik der PiS richteten, unterlag die Partei bei den Parlamentswahlen der Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska), kurz KO, und verlor ihre Mehrheit. Ausschlaggebend hierfür war unter anderem eine historisch hohe Wahlbeteiligung, insbesondere unter Frauen und jungen Wähler*innen (Benson, 2023). Die Wahl zeigte: Auch autoritäre Parteien können in einem System des kompetitiven Autoritarismus noch verlieren – besonders dann, wenn Demokrat*innen ihre Kräfte bündeln. Der KO gelang es, mit ihrem Spitzenkandidaten Donald Tusk ein breites Bündnis quer durch das Parteienspektrum zu schmieden, dem neben gemäßigt-konservativen auch grüne und sozialliberale Kräfte angehörten. Dabei trat Tusk vor allem anderen mit dem Versprechen

an, einen Gegenpol zu acht Jahren PiS-Regierung zu bilden, Abtreibungen wieder zu legalisieren und die Rechtsstaatlichkeit wiederherzustellen.

Die Realität erwies sich dann als komplizierter – und zeigt, dass auch mit der Abwahl einer extrem rechten Partei der Weg zurück in eine liberale, pluralistische Demokratie kein Selbstläufer ist. Dies gilt nicht alleine für Polen, wie etwa die Situation in den USA nach der ersten Amtszeit von Trump und der Wahl von Joe Biden 2020 oder auch der Übergang von Jair Bolsonaro zu Lula da Silva in Brasilien 2022 zeigt, erwies sich aber in Polen als besonders kompliziert. Zu erklären sind die Schwierigkeiten, auf die Tusks Kabinett nach der Wahl stieß, mit der spezifischen politischen Konstellation, in der sich die neue Regierung wiederfand. So reichte es für die liberal-konservative Koalition aus Tusks KO gemeinsam mit dem Dritten Weg (nicht zu verwechseln mit der deutschen Neonazi-Kleinstpartei) und der Neuen Linken zwar zu einer komfortablen Mehrheit. Stärkste Partei im Sejm blieb jedoch die PiS.

Das Problem aus Sicht von Tusk lag darin, dass in Polen der Präsident ein Veto gegen Gesetzesvorhaben von Regierung und Parlament einlegen kann – und Präsident war noch immer der PiS-nahe Andrzej Duda. Dieser kündigte früh an, von seinem Veto Gebrauch zu machen, sollte die neue Regierung versuchen, PiS-Reformen rückgängig zu machen (Gregosz & Womela 2024: 4) – und das tat er dann auch. Zwar kann das Parlament ein Veto des Präsidenten mit einer Drei-Fünftel-Mehrheit überstimmen, diese Mehrheit aber fehlt Tusks Koalition. Eine weitere institutionelle Herausforderung stellen die Gerichte dar, in denen infolge der Justizreformen zahlreiche Schlüsselstellen weiter mit PiS-Loyalist*innen besetzt sind. So wurden die Konsequenzen dieser Konstellation schnell deutlich: die polnische Regierung ist in einer rechtlichen Blockadesituation gefangen, in der ihre Handlungsspiel-

räume bei größeren Reformen stark eingeschränkt sind (Priebus, 2024: 5–7).

Die Hoffnung, dass sich ein Teil dieser Blockade bei der Präsidentschaftswahl 2025 auflösen würde, indem Duda durch einen demokratischen Nachfolger ersetzt wird, der Regierungsvorhaben nicht routinemäßig blockiert, hat sich zerschlagen. Im Juni 2025 wurde der parteilose Karol Nawrocki, der mit Unterstützung der PiS antrat, ins Amt gewählt. Der offen rechtsextreme Nawrocki mit Beziehungen ins gewaltbereite Milieu von Fußball-Hooligans setzte sich gegen den liberalen Kandidaten Rafal Trzaskowski durch (Bazydło 2025). Dass er nicht geneigt ist, mit der Tusk-Regierung zu kooperieren, hat er seither deutlich gemacht – der Rückbau der PiS-Reformen und die versprochene Liberalisierung und Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit stehen somit auf wackeligen Beinen.

Diese Hypothesen werfen, wenn auch vieles national spezifisch ist, grundsätzliche Fragen dazu auf, wie eine autoritäre Transformation wieder zurückgedreht werden kann. Es zeigt sich: Schäden an Institutionen und Prozessen, die über Jahre angerichtet wurden, können nicht schnell repariert werden. Bloom und Hudson (2023) schlussfolgern: „Der demokratische Rückschritt geschieht nicht auf einmal, also sollte man nicht erwarten, dass er plötzlich endet.“ In gewisser Weise dreht sich hier das Dilemma um, mit dem populistische Parteien in den 1990er- und 2000er-Jahren konfrontiert waren, als sie an der Regierung waren. Sie konnten ihre Reformversprechen nur bedingt umsetzen, da die Strukturen dies unter Achtung demokratischer Normen nicht auf die Schnelle zuließen. Dieses Dilemma kostete die frühen rechtspopulistischen Parteien in Österreich und Italien den Rückhalt in der Gesellschaft, was zu deutlichen Wahlniederlagen führte. Dies droht nun auch Koalitionen, die sich gegen die von der PiS geschaffenen Strukturen stellen müssen (Pallaver & Gärtner 2006).

4. Mit viel Tempo Opposition überrumpeln: Machtübernahme in Italien und den USA

Die autoritären Transformationsprozesse in Ungarn und Polen sind gut dokumentiert und dauerten einige Jahre an. Im folgenden Abschnitt betrachten wir die Entwicklungen in Italien und den USA und werden sehen, dass Ungarn auch für diese Länder als wichtiges Vorbild gilt. Orbán hat der extremen Rechten mit seinem Ansatz, Staat und Gesellschaft bis hin zur Verfassungsebene grundlegend umzubauen und tradierte demokratische Prozesse anzugreifen, einen Weg gezeigt, wie die Probleme rechtspopulistischer Parteien an der Regierung in den 1990er und 2000er Jahren überwunden werden können. Insgesamt hat damit im rechten Spektrum eine wesentliche Radikalisierung stattgefunden. In Italien und den USA fokussieren wir auf das unmittelbare Vorgehen der Regierung Meloni sowie der zweiten Regierung Trump. Dies ist aber in beiden Fällen nicht möglich, ohne die jeweils langen Kontinuitäten rechtsextremer bzw. rassistisch-autoritärer Politiken aufzugreifen. Gerade in Italien prägte der Rechtspopulist der ersten Stunde, Silvio Berlusconi, über viele Jahre hinweg die Politik. Unser Fokus liegt darauf, nachzuvollziehen, wie extrem rechte Regierungen in ihren ersten Amtstagen agieren, welche Themen sie angehen und wie sie dabei vorgehen. In Italien betrachten wir die ersten eineinhalb Regierungsjahre der extrem rechten Regierung unter Giorgia Meloni. In den USA beleuchten wir das erste Jahr nach der erneuten Wahl von Donald Trump zum Präsidenten am 5. November 2024.

4.1 Die dritte Verschiebung nach Rechts binnen drei Jahrzehnten – Italien

Im September 2022 wurde in Italien ein neues Parlament gewählt. Obwohl der Erfolg der Brüder Italiens (Fratelli d'Italia), kurz FdI, auf

Grund der Umfragen abzusehen war, kam er dennoch einem Erdrutsch gleich. Insgesamt erzielte der rechte Block rund 43 Prozent, während die linken und liberalen Kräfte auf 49 Prozent kamen. Da das italienische Wahlrecht Blöcke begünstigt und Liberale sowie Linke sich vor der Wahl nicht einigen konnten, reichte dies dem Rechtsaußen-Lager für die Parlamentsmehrheit und zur Regierungsbildung (Vogel 2022: 18). Mit dem Zusammenschluss der FdI mit der ebenfalls extrem rechten Lega von Matteo Salvini und der rechtspopulistischen Vorwärts Italien (Forza Italia) von Silvio Berlusconi wurde die am weitesten rechts stehende Regierung Italiens seit dem Fall des Faschismus gebildet (Brown & Newth 2025: 394). Steffen Vogel (2022: 18) betont in diesem Zusammenhang, dass die Machtübernahme der FdI in Rom „die dritte Rechtsverschiebung binnen drei Jahrzehnten“ bedeutet.

Aktuelle Erfolge – lange Vorgeschichte

In Italien war der Faschismus, wie auch in Deutschland, nach 1945 nie verschwunden. Mit der Italienischen Sozialbewegung (Movimento Sociale Italiano), kurz MSI, existierte bis in die frühen 1990er Jahre gar eine Partei, die den Faschismus offen propagierte. Erst als sie sich mehr oder weniger halbherzig vom historischen Vorbild distanzierte und in Nationale Allianz (Alleanza Nazionale) umbenannte, änderte sich dies. Während das MSI eindeutig außerhalb des historisch aus den Verbrechen des Mussolini-Regimes begründeten antifaschistischen Verfassungsbogens stand und geächtet worden war, vermochte die neu gegründete Allianz Anschluss zu finden. Dies hing auch damit zusammen, dass mit Silvio Berlusconi ein Rechtspopulist der ersten Stunde auf der politischen Bühne erschienen war und mit seiner Forza Italia zum Aufstieg ansetzte (Livi

2024). Berlusconi regierte in unterschiedlichen Konstellationen insgesamt vier Mal: Erstmals 1994 bis 1995 zusammen mit zwei Zentrumsparteien, der Vorläuferpartei der Lega, der Lega Nord und der besagten Nationalen Allianz. 2001 bis 2005 sowie von 2005 bis 2006 regierte er erneut in gleicher Konstellation, wobei gerade die Parteien im Zentrum immer wieder wechselten. Nach einem kurzen Intermezzo, in dem die Demokratische Partei (Partito Democratico, PD) die Regierung bildete, kehrte Berlusconi 2008 zurück ins Amt, diesmal als Anführer der rechten Sammlungsbewegung Das Volk der Freiheit (Popolo della Libertà, PdL), bis 2011 die Koalition angesichts der Unruhen auf den Finanzmärkten während der europäischen Schuldenkrise zerbrach und auch die PdL rasch wieder ein Ende fand. Insgesamt hatte es Berlusconi in den Jahren seiner politischen Karriere dennoch geschafft, die Christdemokraten, die über Jahrzehnte die italienische Politik dominiert hatten, im rechten Lager als stärkste Kraft abzulösen (Biebricher 2023). Dies bedeutete die erste Rechtsverschiebung.

Vorwärts Italien war, wie heutige Parteien der extremen Rechten auch, stark auf ihren Führer ausgerichtet (Pallaver & Gärtner 2006: 111). Der Mailänder Medienunternehmer und Entertainer Berlusconi verband Politik mit Showbusiness, nutzte die politischen Möglichkeiten zu seinem eigenen geschäftlichen Vorteil und zum Schutz gegen juristische Verfolgung. Pallaver und Gärtner (2006: 113) beschreiben sein politisches Handeln als „Antipolitik“, die er mittels Machtakкумуляtion von oben sowie von unten mit einer aktiven Ansprache der Bevölkerung abzusichern versuchte. Er mobilisierte aktiv die im Land verbreitete Politikverdrossenheit und die Skepsis gegenüber den Eliten. Dabei „ließ er immer wieder durchblicken, dass er im Grunde als Partisan in der Regierung gegen die ‚Hydra‘ Staat kämpfe“ (ebd.). Berlusconi agierte mittels andauernder Angriffe auf die vermeintlichen Feinde des

Volkes, die er vor allem im Kreise der Kommunist*innen und der Linken ausmachte. Im Hintergrund blieb indes der Rassismus, der nicht derart offen politisch in Anschlag gebracht wurde, wie dies aktuelle Parteien der extremen Rechten tun. Der scharfe Kritiker Berlusconis in Italien, Andrea Camilleri (zit. nach Vogel 2022: 19), argumentiert, dass der Erfolg des Rechtspopulismus à la Berlusconi nicht zuletzt darin liege, dass dieser von seinen Mitbürger*innen nichts fordere und dabei die Verweigerung von Solidarität und die Abkehr von gesellschaftlichen Normen zum neuen Normal erhebe. Vieles davon ist aus heutiger Sicht bekannt und wird von den extremen Rechten mit gesteigerter Vehemenz und strategischem Können vorangetrieben.

Die zweite Rechtsverschiebung wurde in den frühen 2010er Jahren vollzogen, als die Lega (Nord) Berlusconis Vorwärts Italien als stärkste Kraft im rechten Lager ablöste. Ihr Aufstieg begann mit den Wahlen 2013, setzte sich mit der Neuformierung der Lega im Sinne ihres Führers Matteo Salvini im Jahr 2017 fort und gipfelte im deutlichen Wahlerfolg von 2018. Bereits bei den Wahlen 2013 hatte sich der weitere Niedergang der etablierten rechten und linken Parteien abgezeichnet, 2018 war dieser Trend noch ausgeprägter: Die politisch schwer fassbare, jedoch klar populistische Fünf-Sterne-Bewegung (Movimento Cinque Stelle, M5S) gewann die Wahlen mit 32,7 Prozent, während die Lega um über 13 Prozentpunkte auf 17,4 Prozent zulegte (Donà 2022: 775 f.). Die im Vergleich zu Vorwärts Italien deutlich radikaler und nationalistischer auftretende Lega bildete nach dem Urnengang zusammen mit der M5S gar kurzzeitig die Regierung (Renner 2019). 2019 zerbrach die Koalition und die M5S sortierte sich mit dem demokratischen PD neu.

Es folgten Jahre der politischen Unruhe, bis schließlich 2021 mitten in der Pandemie die Koalition erneut kollabierte. So übernahm in

Italien zum zweiten Mal innerhalb von zehn Jahren eine Technokratenregierung (Vogel 2024a: 14). Das erste Mal war es Berlusconi, der während der europäischen Schuldenkrise so sehr unter Druck geraten war, dass er zurücktreten musste. 2021 traten praktisch alle Parteien in die Regierung der nationalen Einheit unter dem parteilosen ehemaligen Chef der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, ein. Eine gewichtige Ausnahme waren die Brüder Italiens unter Meloni (Donà 2022: 782), womit sie einen Grundstein ihres späteren Erfolges legte. Als einzige Kraft konnte sich Meloni bei den Wahlen 2022 als echte Opposition anbieten – und es sollte sich auszahlen. Der Erfolg der FdI sowie der extremen Rechten insgesamt bei den Wahlen 2022 war durchschlagend, wenngleich sich die Kräfteverhältnisse neu sortierten: Die FdI gewann 26 Prozent (ein Plus von 21,6 Prozentpunkten), die Lega erreichte 8,8 Prozent (ein Minus von 8,6 Prozentpunkten) und Vorwärts Italien kam auf 8,1 Prozent (ein Minus von 5,9 Prozentpunkten). Die Ablösung der Lega durch die FdI als stärkste Kraft bedeutete sodann die dritte Verschiebung nach rechts seit 1994. Rasch fanden sich die drei Parteien, die sich dank taktischem Geschick der Mehrheit im Parlament sicher sein konnten (Vogel 2022: 18).

FdI – ein neuer Faschismus?

Nach der Regierungsbildung im Jahr 2022 entbrannte eine Debatte darüber, wie die FdI einzuordnen ist – insbesondere die Frage, ob es sich bei ihr um eine (post-)faschistische Partei handelt, wurde intensiv diskutiert (vgl. Newell 2024; Vassallo & Vignati 2023). Dabei setzte sich die Meinung durch, dass Meloni zwar nicht als Faschistin im klassischen Sinne zu bewerten ist, da vor allem das Element der offenen Gewalt fehlt, sie aber mit Sicherheit als eine Vertreterin des rechtsextremen Spektrums zu bewerten ist. Dies gilt insbesondere dann, wenn neben den programmatischen Äußerungen auch die Netzwerke, die Geschichte der nun

regierenden Parteien sowie das internationale Umfeld, in dem sich Meloni bewegt, mit einbezogen werden (Brown & Newth 2025; Donà 2022; Newell 2024; 2025). Für unseren Gesprächspartner Francesco Di Matteo, der seit Jahrzehnten an einer Hochschule in Italien tätig ist (29.9.2025) und sich als Aktivist versteht, ist indes klar, dass von Meloni eine politische Gefahr ausgeht, man aber unbedingt auch die Lega im Auge behalten müsse, da diese noch deutlicher als die Brüder Italiens dabei sei, in Richtung Faschismus abzudriften.

Meloni begann ihre politische Karriere in den 1990er Jahren im Milieu der damaligen Faschist*innen zunächst in der Jugendabteilung des MSI und anschließend in der Nationalen Allianz (Donà 2022: 780f.). In ihrer Biografie tauchen immer wieder Personen auf, deren Netzwerke bis weit in militante und terroristische faschistische Strukturen hineinreichen (Seeßlen, 2023). Um die Jahrtausendwende saß sie für die Allianz im Provinzrat von Rom, 2004 wurde sie zur Präsidentin der Jugendorganisation ihrer Partei gewählt und zog schließlich 2006 als Abgeordnete in die italienische Abgeordnetenversammlung ein, wo sie auf Vorschlag des Altfaschisten Gianfranco Fini das Amt einer Vizepräsidentin übernahm. 2008 wiedergewählt, bekleidete sie im vierten Kabinett Berlusconi das Amt der Jugend- und Sportministerin (Donà 2022: 781).

Nach der Gründung der FdI im Jahr 2012 übernahm sie deren Führung. Seither führt sie die Partei mit wenig internem Pluralismus und einem klaren Anspruch auf Kontrolle (Bull & Polverari 2025: 138). Die Brüder Italiens gaben sich nach ihrer Gründung zunächst moderat, radikalisierten sich dann aber sehr schnell. Seit 2017 betonen die FdI in ihren Programmen uneingeschränkt die Bedeutung der nationalen Identität, die sie als Ausdruck einer ungeteilten und homogenen Gemeinschaft verstehen. Ihre Identitätspolitik basiert auf der Behauptung einer einzigen gemeinsamen ita-

lienischen Geschichte, eines kulturellen Erbes und ungeteilter, gemeinsamer Werte. Im Kern geht es den FdI laut Alessia Donà (2022: 785, eigene Übersetzung) darum, ganz im Einklang mit der kontemporären extremen Rechten, den angeblichen „Schäden der progressiven Kultur entgegenzuwirken“, womit die Einschränkung von Migration und Angriffe auf die Rechte von queeren Menschen sowie die Gleichstellung der Geschlechter einhergehen.

Als Meloni 2022 ihr Amt antrat, sahen viele Kommentator*innen, wie etwa Vogel (2022: 18), „einen reaktionären Autoritarismus nach polnischem und ungarischem Vorbild“ am Erstarken. Gerade außenpolitisch kam es jedoch anders. Italien stellte sich im Kontrast zu Ungarn und Polen verlässlich an die Seite der EU-Staaten sowie der G7 (vgl. Fasola & Lucarelli 2024; Hanau et al. 2025; Pirozzi 2025; Tocci & Goretti 2023). Meloni orientierte sich folglich weiterhin an den drei zentralen Säulen der italienischen Außenpolitik: gute transatlantische Beziehungen, Orientierung nach Europa und einen Gestaltungsanspruch im mediterranen Raum auf beiden Seiten des Mittelmeeres (Bull & Polverari 2025: 134). Uns scheint hier zweierlei wichtig: Zum einen erarbeitete sich Meloni mit dieser konstruktiven europäischen Kooperation auf internationaler Bühne eine gewisse Narrenfreiheit, um den Staatsumbau innenpolitisch forcieren zu können. Zum anderen verdeutlicht die Kooperation Melonis mit ihren ‚Partnern‘ den Rechtsruck der konservativen Rechten, die entweder gewillt ist, wegzuschauen, oder tatsächlich keinen Anstoß an Melonis Staatsumbau nimmt. Die angestrebten grundlegenden Verfassungsreformen – auf die wir unten eingehen werden – würden die Demokratie auf jeden Fall in ihren Grundfesten aushebeln, womit der Vergleich mit Ungarn und Polen doch angebracht ist. Die Regierung Meloni leistet der Normalisierung der extremen Rechten in Europa in jedem Fall großen Vorschub.

Die FdI lernt aus der Geschichte

In Italien ist deutlich zu sehen, wie die extreme Rechte aus ihrer eigenen Geschichte, aber auch dem Vorgehen in anderen Ländern lernt. Aus der Regierungszeit Berlusconis lernen sie zum einen, dass ein grundlegender gesellschaftlicher Umbau auch einer Veränderung der demokratischen Prozesse sowie der sie stützenden Normen bedarf. Der Rechtspopulismus der 1990er- und 2000er-Jahre war letztlich daran gescheitert, dass er seine Versprechen innerhalb der gegebenen staatlichen Strukturen nicht umsetzen konnte (Pallaver & Gärtner 2006). Berlusconi war zwar ein lupenreiner Populist, sein Verhalten war misogyn und er förderte mit seiner Antipolitik den Kollaps einer solidarischen Gesellschaft, er nutzte Politik zu seinem Vorteil, aber er blieb letztlich demokratischen Prozessen und Normen treu und agierte auch international verlässlich. Aus dem Vorgehen in Ungarn und mittlerweile auch aus den USA lernt die Meloni-Regierung zum anderen, dass Verfassungen und politische Strukturen tatsächlich veränderbar sind. Folglich passt Vogel (2024a: 16) seine Einschätzung an und warnt etwas mehr als ein Jahr nach der oben zitierten Prognose, dass ein neuer „gefährlicher Prototyp“ extrem rechter Politik zu beobachten sei: „seriös im Auftreten, diplomatisch versierter als ihre oft polternden Vorgänger, aber im Kern nicht weniger nationalistisch und autoritär“.

Meloni erwies sich in ihren ersten eineinhalb Amtsjahren nicht nur als versierte und geschickte Politikerin, die Konflikte innerhalb ihrer Partei gut meisterte, sondern auch als Schmiedin einer erstaunlich stabilen Koalition (vgl. Bull & Polverari 2025: 131; Newell 2023). So konnten die FdI ihr Ergebnis bei den Europawahlen 2024 nicht nur halten, sondern sogar ausbauen, womit sie auch ihren Führungsanspruch in der Koalition zementierten (Vogel 2024b). Auch wenn das Regierungslager bei den Regionalwahlen 2024 nicht so sehr

zulegen konnte wie erhofft, war auch dieser Urnengang keinesfalls ein Rückschlag für die Koalition in Rom. Und auch die Zustimmungswerte für Meloni sind in den Umfragen konstant geblieben (Bull & Polverari 2025: 132f.). Es gibt folglich keine Anzeichen für eine Schwächung des Bündnisses, was mitunter auch als Folge des desolaten Zustands der Opposition und insbesondere der Demokratischen Partei gewertet werden muss, da diese der extremen Rechten weder ideell noch praktisch etwas entgegenzusetzen vermag. Zwar flammen auch in Italien hin und wieder Proteste auf, eine starke, flächendeckende Mobilisierung gegen die autoritäre Wende blieb jedoch bislang aus (Bull & Polverari 2025: 138).

Reformen mit großem Tempo

Da der Eklat in Europa bislang ausgeblieben ist, rückte in der internationalen Wahrnehmung die Innenpolitik in den Hintergrund. Dabei verabschiedete die Regierung deutlich mehr Gesetze in kurzer Zeit als ihre Vorgängerregierungen und legte ein großes Reformtempo an den Tag (Bull & Polverari 2025: 139). Georg Seeßlen beschreibt in seinem Kommentar aus dem Jahr 2023 fünf Bereiche, in denen die Regierung ihre extreme Programmatik verfolgt: Erstens sei ein Prozess der Nationalisierung und Gleichschaltung von Kultur eingeleitet worden, bei dem versucht wird, loyales Personal in Leitungspositionen von Kultureinrichtungen zu platzieren. Diese Übernahmeversuche betreffen auch die öffentlichen Medienanstalten, insbesondere das nach wie vor wichtige Fernsehen. Zweitens werden Menschen auf der Flucht entrechtet. Gerade in diesem Bereich hat die Regierung mit ihrem Vorgehen gegen Seenotrettung sowie dem Versuch, Aufnahmезentren für Geflüchtete im Ausland zu etablieren, ernst gemacht. Drittens erkennt Seeßlen deutliche Versuche der Umdeutung von Geschichte und der Überwindung des antifaschistischen Staatsverständnisses, was auch

mit Attacken auf die mit diesem Verständnis assoziierten linken und liberalen Organisationen und Parteien einhergeht. Viertens beobachtet er die Stärkung konservativer Familien- und Geschlechtervorstellungen. Und fünftens verfolgt die Regierung Meloni ein aktives Vorgehen gegen Arme statt gegen Armut. Über Nacht wurde das Bürgergeld abgeschafft und die Menschen wurden zur Aufnahme von Arbeit aufgefordert. Deutlich ist zudem zu beobachten, dass offen faschistische Akteur*innen – wie der Studentische Block (Blocco Studentesco), die Loyale Aktion (Lealtà Azione) oder die Neue Kraft (Forza Nuova) –, die eindeutig außerhalb der Regierung stehen, mehr Spielraum haben für ihre Aktionen und Propaganda, dass sie offener agieren können und damit rechte Raumnahme um sich greift. Unter Meloni werde, „der (nicht gar so) neue italienische Faschismus von unten her aufgebaut“, so Seeßlen (2023)

Ergänzen möchten wir die Aufzählung um den Aspekt der konstanten Angriffe auf die Justiz, wenn diese sich geplanten Reformen in den Weg stellt. Dies war beispielsweise der Fall, als Italien versuchte, in Albanien extraterritoriale Asylzentren zu errichten. Dieses Vorgehen wurde von nationalen Gerichten unterbunden und vom Europäischen Gerichtshof indirekt erschwert. Letzterer hatte im August 2025 entschieden, dass europäische Länder ihre Einstufung von Staaten als sichere Herkunftsländer einwandfrei belegen müssen, was allzu oft nicht geschehen war. Wie bereits zuvor, als nationale Gerichte gegen das Vorhaben geurteilt hatten, kritisierte die Regierungschefin die Entscheidung als illegitime Einmischung der Justiz in politische Prozesse. Die Justiz maße sich an, Dinge zu entscheiden, „die ihr nicht zustehen, während die Verantwortung bei der Politik liegt“ (Meloni, zit. nach Spiegel 2025). Konkreter wurde bereits früher das FdI-Gründungsmitglied und Verteidigungsminister Guido Crosetto (zit. nach Vogel 2024a: 15f.) als er zu Protokoll gab, dass die „einzige große Gefahr“ für die Regierung

darin bestehe, von der „juristischen Opposition“ gestoppt zu werden.

Für den Staatsumbau im Sinne der extremen Rechten sind drei Großreformen von besonderer Relevanz, die allesamt ins Herz der italienischen Demokratie vordringen (Bull & Polverari 2025: 135). Die drei Projekte entsprechen jeweils einem Herzensanliegen der Koalitionäre: die Direktwahl der Premierministerin bzw. des Premierministers als zentrale Forderung der FdI, die Justizreform von Forza Italia sowie die Föderalismusreform der Lega. Francesco Palermo stellt hierzu klar:

„Es handelt sich [...] um drei sachlich klar voneinander abgegrenzte Vorhaben, die politisch aber eines gemeinsam haben: Alle drei Reformen zielen darauf, die Macht in den Händen der parlamentarischen Mehrheit beziehungsweise der Regierung zu konzentrieren und die Möglichkeiten ihrer Kontrolle einzuschränken, wodurch das bisherige relative Gleichgewicht gestört und eine politische Unwucht entstehen würde.“ (Palermo 2024)

Die erste Reform, die Meloni (zit. nach Palermo 2024) selbst als „Mutter aller Reformen“ bezeichnet, zielt auf die Verfassung und ist mit Blick auf den potenziellen Schaden für die Demokratie wohl die bedeutendste. Geht es nach den Wünschen der Regierung, dann wird das Amt des Premiers künftig nicht mehr durch das Parlament, sondern durch eine Direktwahl besetzt. Zugleich soll die stärkste Partei bei den Parlamentswahlen einen deutlichen Bonus erhalten. Entsprechend eines ersten Vorschlags würde sie unabhängig vom Stimmannteil 55 Prozent der Sitze erhalten. Eine ähnliche Regelung implementierte Berlusconi bereits 2005, ehe große Teile dieser Wahlrechtsreform 2014 vom italienischen Verfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt wurden. Würde dies nun erneut so kommen, gewährte dies einer Koalitionsregierung umfassenden Zugriff auf den gesamten Staatsapparat. Aktuell wird da-

rüber verhandelt, wie ein solcher Bonus genau aussehen könnte, da ein einfacher Zuschlag angesichts der vielen Wahlbündnisse zu unpräzise wäre. Die Reform sieht außerdem vor, dass nur Personen Ministerpräsident*in werden können, die auch Mitglied einer der beiden Parlamentskammern sind. Dies soll künftig Technokratenregierungen von nicht gewählten Personen verhindern. Insgesamt würde die Reform zudem die Befugnisse des Staatspräsidenten, der bislang als wichtiges Korrektiv agieren konnte, deutlich beschneiden (Palermo 2024).

Das Vorhaben wurde 2024 vom Kabinett sowie Senat verabschiedet und anschließend an die Abgeordnetenkommission weitergegeben. Verfassungsreformen müssen von jeder Kammer zweimal beraten werden und unterliegen beim Verfehlen einer Zweidrittelmehrheit in jeweils beiden Kammern einem obligatorischen Referendum (Lupo 2025). Der Erfolg im Falle eines Referendums ist indes nicht selbstverständlich. Ausgeschlossen ist er aber auch nicht, da das Vorhaben real existierende Unzufriedenheit vieler italienischer Bürger*innen mit der Instabilität des Regierungssystems aufgreift. So schreibt Vogel (2024a: 14): „[Meloni] greift [...] eine berechtigte Kritik an Fehlentwicklungen der italienischen Demokratie auf, wendet sie aber in ihrem Sinne – gegen die Demokratie.“ So erweist sich das Vorhaben auch als ideales Feld einer populistischen Inszenierung und zum Binden von Beziehungen zwischen Regierung und Volk. Palermo vermutet (2024), dass die Regierungskoalition es auf ein Referendum anlegen könnte, um die Bevölkerung hinter sich zu versammeln. Dass Meloni mit Referenden umgehen kann, hat sie im Juni 2025 unter Beweis gestellt, als Abstimmungen über die Vereinfachung von Einbürgerungen und die Stärkung von Arbeitnehmer*innenrechten nach dem Aufruf der Regierung, der Urne fernzubleiben, gescheitert sind.

Die zweite Reform, die ebenfalls auf die italienische Verfassung zielt, betrifft die Justiz. Das Vorhaben ist weniger weit vorangeschritten als die erste Reform und stößt insbesondere bei Richter*innen und Staatsanwält*innen auf erbitterten Widerspruch (Bull & Polverari 2025: 137). Das Kernvorhaben besteht darin, die „Einheitlichkeit des Gerichtswesens ab[z]ubauen und die Berufskarrieren zwischen Richter:innen und Staatsanwält:innen [zu] trennen“ (Palermo 2024) – bislang ist ein Wechsel zwischen den Ämtern flexibel möglich. Aus Sicht der Betroffenen ist die Reform schlicht unnötig, sie schränke die Unabhängigkeit der Justiz ein und unterwerfe die Arbeit der Richter*innen unnötig stark der politischen Kontrolle. Zwar stimmte das Parlament dieser Verfassungsreform im Oktober 2025 ein erstes Mal zu, in der Bevölkerung ist sie indes weiterhin unbeliebter als die erste und wird im für das Frühjahr 2026 angesetzten Referendum einen schweren Stand haben. Die dritte Reform zielt auf die Neugestaltung des Föderalismus. Da es sich hierbei um ein einfaches Gesetzesvorhaben handelt, war dieser Prozess schon früh in Melonis Regierungszeit weitgehend abgeschlossen. Der Koalition ging es dabei darum, einen Schritt in Richtung einer „differenzierten Autonomie“ zu gehen, die den italienischen Regionen mehr Kompetenzen und regionale Entscheidungsmacht einräumt. Was auf den ersten Blick plausibel klingt, bedeutet auf den zweiten, dass sich Italien auf den Weg begibt, strukturell Ungleichheit in der Beziehung zwischen Regionen und dem Staat zu zementieren, was in einem historisch gewachsenen Gefüge der sozialen Ungleichheit zwischen Nord- und Süditalien enorme Sprengkraft bietet. Faktisch wurde jedoch ein hochkomplexes Gesetz verabschiedet, das „praktisch nicht umsetzbar“ ist, so Palermo (2024). Gleichzeitig ist die Zukunft des Gesetzes weiter ungewiss, zumal das Verfassungsgericht den Status Italiens als Einheitsstaat bestätigt und festgestellt hat, dass die Beziehung zu den Regionen kooperativer und

nicht komparativer Art sein kann (Bull & Polverari 2025: 136f.).

Abschließend halten wir fest, dass im Vorgehen Melonis wesentliche Aspekte des autoritären Playbooks zum Tragen kommen, wenn auch in Ton und Gestus weit ruhiger und sachlicher als in Ungarn oder Polen. Staatliche Prozesse werden so umgebaut, dass die Macht der extremen Rechten langfristig gesichert wird. Marginalisierte Gruppen, wie etwa von Armut Betroffene, Migrant*innen, Angehörige der LGBTIQ*-Community und Menschen auf der Flucht, werden zu Sündenböcken stilisiert. Konservative Lebensmodelle werden propagiert, im Kulturkampf wird ein aggressiver Nationalismus verfolgt. Anders als beispielsweise Donald Trump in den USA schürt die Regierung Gewalt nicht offen. Es scheint uns jedoch wichtig, dass nicht allein relevant ist, was die Regierung selbst tut, sondern auch, welche Gruppen und Akteur*innen in ihrem Gefolge Raum und Gestaltungsmacht erhalten. Italien hat auch nach 1945 eine kontinuierliche und blutige Geschichte faschistischer Gewalt, insistiert unser Gesprächspartner Herr Di Matteo in Italien (29.9.2025), aber es sei deutlich, dass in den letzten Jahren die organisierte Gewalt auf der Straße wieder deutlich zugenommen hat. Im Fahrwasser des Aufstiegs der rechtsextremen Parteien nimmt auch die rechte Raumnahme zu.

Der Aufstieg Melonis wurzelt in einer langen Geschichte rechter Politik. Zugleich lässt sich am Beispiel Italiens gut erkennen, wie sich extrem rechte Parteien in den letzten Jahren immer weiter radikalisierten, beziehungsweise wie sich zunehmend radikalere Parteien durchsetzten und sich gegenseitig radikalisierten (Livi 2024). Neben den verstärkten gesellschaftlichen Krisenerfahrungen (für Deutschland exemplarisch vgl. Mullis 2024) ist diese Radikalisierung auch das Ergebnis geteilter Lernprozesse, internationaler Verflechtungen sowie des Rückhalts durch andere rechtsautoritäre Regierungsprojekte.

4.2 „Die Demokratie stirbt am helllichten Tag“ – USA 2025

Wie in Italien kam auch der Wahlerfolg von Donald Trump im November 2024 in den USA nicht aus dem Nichts. Damit ist nicht nur gemeint, dass Trump bereits von 2017 bis 2021 Präsident der Vereinigten Staaten gewesen war und dabei erheblichen Schaden an der Demokratie angerichtet hatte (Levitsky & Ziblatt 2018; Strobl 2021). Gemeint ist auch, dass sich in den USA seit den 1980er Jahren, eng verbunden mit der Präsidentschaft von Ronald Reagan, Prozesse demokratischer Erosion beobachten lassen (Brockschmidt 2024: 97–124). Reagan gelang es, bislang getrennte Milieus gemeinsam anzusprechen. Er verband die in den Südstaaten noch in der sozialen Ordnung der Sklaverei und später der Rassentrennung verankerten, rassistisch begründeten weißen Identitätsvorstellungen erfolgreich mit der im Norden stärker verbreiteten Arbeiter*innenidentität sowie mit evangelikalen Kreisen. (Brockschmidt 2024: 97–124; vgl. Levitsky & Ziblatt 2019: 171). Die von Arlie Hochschild (2017) beschriebenen Südstaaten-Normalitätsvorstellungen und das damit einhergehende Gefühl, „fremd in ihrem Land“ zu sein, wurden auf die Nation als Ganzes ausgeweitet. Zugleich verschob sich bereits ab den 1980er Jahren die Achse des rechten Kulturkampfes in den USA weg von einem glühenden Antikommunismus hin zur verstärkten Diskreditierung liberaler Eliten und der als progressiv verschrien Universitäten. Diese Verschiebung war mit etwas zeitlicher Verzögerung auch in Europa zu beobachten, nachdem die Mauer in Berlin gefallen und die Sowjetunion kollabiert war und daher der Kommunismus nicht mehr so sehr als Schreckgespenst nutzbar gemacht werden konnte. Die 1980er Jahre waren der Moment, in der die kulturkämpferische Rede vom ‚dekadenten Liberalismus‘, ‚politischer Korrektheit‘ und später der Anti-Woke-Programmatik in den politischen Mainstream eingeführt wurde (Daub 2022).

Jahre der Polarisierung

In den USA wurde die Konfrontation zwischen den beiden großen Parteien, den Demokraten und den Republikanern, immer deutlicher und bipolarer ausgetragen. Wichtige Wegmarken dieser Entwicklung in den 1990er Jahren waren beispielsweise die Kandidatur von Pat Buchanan bei den republikanischen Vorwahlen 1992 oder die Gründung von Fox News im Jahr 1996. Im neuen Jahrtausend waren die Anschläge vom 11. September 2001, der Krieg gegen den Terror im Inland sowie in Afghanistan und im Irak in den frühen 2000er Jahren und die Wahl von Barack Obamas im Jahr 2008 prägend (Levitsky & Ziblatt 2019: 177–195): Der internationale Kampf gegen den Terrorismus verstärkte im Inland die Ressentiments gegenüber Menschen muslimischen Glaubens und Zuwanderer*innen insgesamt. Dem 2002 gegründeten Ministerium für Innere Sicherheit (Department of Homeland Security) wurden weitreichende Kontrollmechanismen zugestanden. Die Wahl Obamas 2008 und damit die Präsidentschaft einer liberalen Person of Color erschien vielen bis weit in die konservative Mitte hinein als Grenzüberschreitung und als Zeichen dafür, dass die tradierten Machtgarantien für die weiße Noch-Mehrheit nicht mehr sicher waren (Stanley 2020: 27). Dagegen formierte sich massiver Widerstand und Obama wurde gezielt als Hassfigur aufgebaut. Freilich haben auch die Demokraten ihren Beitrag zu den verschärften und medial überspitzt geführten Debatten geleistet. Auch sie führten hoch individualisierte Wahlkämpfe und beteiligten sich an einer zunehmend polarisierenden politischen Kultur. Wie Levitsky und Ziblatt (2019) jedoch zeigen, waren es gerade die Republikaner, darunter auch führende Mitglieder der Partei, die in Opposition zu Obama immer deutlicher die Rhetorik rechter Medien aufgriffen und damit den Präsidenten sowie sein Amt fundamental beschädigten. Unter der Führung von Rechtsaußen-Aktivist*innen der Tea-Party-Bewegung hatten sich selbst repu-

blikanische Spitzenpolitiker*innen, getrieben „von einem politischen Rand, der keiner mehr war, [...] zum ersten Mal seit vielen Jahrzehnten offen von der Norm der gegenseitigen Achtung und Toleranz verabschiedet“ (ebd.: 189).

Die für die rechte Transformation bedeutsame Tea-Party-Bewegung entstand im Jahr 2009 vor dem Hintergrund der weltweiten Finanzkrise und als Oppositionsbewegung gegen die Präsidentschaft Obamas (Brockschmidt 2024: 230–247). Die Finanzkrise hatte ihren Ursprung im US-amerikanischen Immobiliensektor und führte nicht nur zum Zusammenbruch zahlreicher Banken, sondern für Millionen von Menschen auch zur Gefährdung des eigenen Zuhauses. Ähnlich wie die AfD in Deutschland zu Zeiten der europäischen Schuldenkrise richtete sich die Bewegung zunächst gegen staatliche Eingriffe und neue Staatsausgaben, insbesondere wenn es sich um soziale Ausgaben für marginalisierte Gruppen handelte, wie sie Obama etwa mit dem Affordable Care Act geplant hatte. Neben der rassistisch begründeten Abneigung gegenüber Obama und Ablehnung staatlicher Fürsorge entwickelte die Bewegung auch ein stark populistisches Element und wandte sich gegen die damals gewählten Politiker*innen beider Parteien, die sich vom Volk zu weit distanziert hätten. In manchen Gruppen gehörte auch eine „Anti-Einwanderungspolitik“ bereits früh zum „festen Bestandteil“ (Brockschmidt 2024: 241) der eigenen Rhetorik. Aufgrund der Verflechtung mit Akteur*innen innerhalb der Republikaner wurde die Tea-Party-Bewegung rasch zu einem Motor der rechten Übernahme der Partei. Nach eigenen Angaben entwickelten sich, so Brockschmidt (2024: 234), im ganzen Land 1.800 Untergruppen mit insgesamt 15 Millionen Mitgliedern. Die Aushöhlung der gemäßigten Republikaner, die die Tea Party vorbereitete, wurde durch Trump MAGA-Bewegung vollendet. Wie drastisch die Situation ist, betont unser Gesprächspartner Matthew Davis (1.10.2025, eigene Übersetzung), der für eine

US-amerikanische Denkfabrik tätig ist: „Die rechte Mitte wurde vollständig kooptiert. Das ist wahrscheinlich der gefährlichste Aspekt unserer aktuellen Lage. Wir haben keine Mitte-Rechts-Partei, die an die Verfassung glaubt.“

Angriff mit voller Kraft voraus

Wenn wir den Fokus wieder auf die zeitgenössischen USA richten, fällt auf, dass die zweite Trump-Regierung und die sie stützende MAGA-Bewegung alles andere als homogen sind. Im Gegenteil, die Bewegung besteht aus sehr unterschiedlichen Strömungen mit teilweise diametral unterschiedlichen Interessen, die nicht einfach zu vereinen sind. Gebündelt werden müssen die Interessen libertärer Tech-Oligarchen, der radikalisierten Konservativen, der überzeugten Rechtsextremen, der christlichen Fundamentalist*innen sowie der eher im Arbeitermilieu verankerten elektoralen Basis (Bachmann 2025: 3f.). Hier spielen sowohl die Person Trump als auch geteilte Feindbilder, insbesondere die Ablehnung einer „liberalen, republikanisch-demokratischen Ordnung“ und damit von demokratischer Deliberation, Gewaltenteilung und kritischer zivilgesellschaftlicher Beteiligung eine wichtige Rolle (ebd.: 5). Im Versuch, die unterschiedlichen ideologischen Strömungen, die sich in MAGA vereinen, zu benennen, vermag sich Rüdiger Bachmann sodann auch kaum kurz zu fassen:

„Autoritarismus, Postliberalismus, eine reaktionäre Faszination mit dem 19. Jahrhundert, (chauvinistische) Großmachtpolitik, Merkantilismus, Physiokratie sowie überhaupt veraltete ökonomische Theorien und ebensolches Quacksalbertum, Libertarismus im Sinne einer radikalen ‚small government‘-Bewegung, oligarchischer Techno-Neofeudalismus, (christlicher) Nationalismus, Rechtskommunitarismus und Isolationismus, Populismus und Plebejismus, rechte Identitäts- und Opferpolitik, Internetegdelordismus, Machismus und Incelismus, Idiokratie sowie, vor allem in der Familie Trump

selbst, eine mafiöse Kleptokratie.“ (Bachmann 2025: 3)

Seit Trump im Januar 2025 erneut das Weiße Haus übernahm, hat er sich mit enormer Geschwindigkeit daran gemacht, Staat und Gesellschaft zu verändern. Sein Griff nach der Macht und dem Staatsapparat war umfassend. Er und seine Strateg*innen waren sich, wie Giorgia Meloni in Italien, bewusst, dass der autoritäre Umbau der Gesellschaft nur über massive Eingriffe in die demokratische Ordnung möglich sein würde.

Trump setzt seine antidemokratischen Ankündigungen in die Tat um und seine Administration geht dabei gut vorbereitet vor. Am 30. April 2025 titelte die New York Times in großen Lettern „There have never been 100 days like this“ – Nie gab es 100 Tage wie diese. Die Entwicklungen zeichneten sich durch eine umfassende Konzentration der Macht im Büro des Präsidenten aus. Trump erließ in seinen ersten Amtswochen circa 140 Dekrete – niemals zuvor hatte sich ein Präsident derart umfassend exekutiver Macht bedient. Dagegen wurde vielfach und immer wieder erfolgreich geklagt, aber Gerichtsprozesse sind langwierig und am Trump-nahen Supreme Court gibt es oft kein Vorbeikommen (Engel 2025). Das Vorgehen war indes nicht nur schnell, sondern wirkte im scharfen Kontrast zu Italien oftmals auch erratisch, was im Falle von Trump wohl durchaus gewollt war, da es Möglichkeiten zum „Widerstand gegen das Regime von vorneherein“ (Bachmann 2025: 4) erschwert.

Möglich war diese massive Konzentration der Macht auf der Ebene der Exekutive, wie wir das auch in anderen rechts-autoritären Projekten sehen, aus drei Gründen: Erstens hatten sich wesentliche Kräfte innerhalb der Republikanischen Partei für die erneute Amtsübernahme von Trump gut vorbereitet. Mit dem bereits angesprochenen Project 2025 hatte die Heritage Foundation ein Programm für eine au-

toritäre Transformation entworfen, das nun aufgegriffen wurde (Graham 2025). Zweitens setzten Trump und seine Gefolgsleute – insbesondere Russel Vought, Stephen Miller sowie JD Vance – noch stärker als in seiner ersten Amtszeit auf absolute Loyalität. Während 2017 noch Personen des etablierten konservativen Establishments in seinem Kabinett saßen, war dies 2025 nicht mehr der Fall. Loyalität wurde auch von Beamt*innen in wichtigen Behörden verlangt. So machte die neue Administration nach der Amtseinführung des Präsidenten ernst und ersetzte zahlreiche Beamt*innen, entließ andere und kürzte die Mittel für Behörden, die im Verdacht standen, gegen Trump zu agieren. Und drittens, was wohl der wichtigste Faktor ist, kann sich der Präsident der Mehrheiten in beiden Kammern der Legislative – Senat und Repräsentantenhaus – sowie am obersten Gerichtshof sicher sein (Levitsky et al. 2025: 50f.), weshalb er auch ohne Zweidrittelmehrheit mehr oder weniger durchregieren kann. Den Obersten Gerichtshof hatte Trump dank Neubesetzungen in seiner ersten Amtszeit schon nachhaltig beeinflusst. Diese Nähe hinderte Trump nicht daran, Urteile, die gegen seine Politik gefällt wurden, zumindest zeitweise schlicht zu ignorieren (Bachmann 2025: 6). Auch die Republikanische Partei hatte er in langen Auseinandersetzungen seit den Tagen der Tea-Party ganz auf Linie gebracht, womit er sich nicht nur der Mehrheit im Parlament, sondern auch der Gefolgschaft des ganzen Apparates sicher sein konnte. Diese drei Faktoren ermöglichen ihm, Behörden zur Umsetzung antidemokratischer Ziele sehr schnell gegen politische Opposition und Rival*innen als Waffe einzusetzen (Levitsky & Way 2025).

Kosten für Widerstand steigen

Da die Opposition aus Behörden und dem politischen Betrieb heraus faktisch ausgehebelt oder handlungsunfähig ist, bleibt neben den Gerichten noch die Straße als Ort des Widerstands. Dieser formierte sich zunächst

nur langsam, dennoch gab es immer wieder Proteste und auch größere Versammlungen, etwa zum „No Kings Day“, als Trump sich am 14. Juni 2025 mit einer Militärparade in Washington D.C. feiern ließ (Bachmann, 2025: 9). Auch zum zweiten „No Kings“-Protest im Oktober versammelten sich mehrere Millionen Demonstrant*innen in allen Teilen des Landes. Immer wieder kam es auch zu Aktionen und größeren Demonstrationen im Zuge von Protesten gegen die Abschiebung von vermeintlich illegalen Migrant*innen. Dabei ging es häufig darum, Menschen unmittelbar vor dem Zugriff der Einwanderungsbehörden zu schützen – wie etwa im Juni in Los Angeles, als Trump gar Nationalgarde und Armee mobilisierte. Vordergründig ging es darum, den Protest zu bändigen. In Wahrheit war die Mobilisierung der Kampfeinheiten jedoch ein Mittel, um einen demokratisch geführten Bundesstaat und eine liberale Stadt in die Schranken zu weisen und ein Exempel zu statuieren, um zu zeigen, was passiert, wenn man Trump die Gefolgschaft verweigert. Nur wenige Wochen später ließ Trump die Nationalgarde in Washington D.C. aufmarschieren. Diesmal mit der Begründung, die überbordende Kriminalität zu stoppen – was jedoch von den realen Kriminalitätszahlen nicht belegt war –, tatsächlich aber, um seinen Machtapparat in einer liberalen Stadt abzuschirmen. Seither gehört die Androhung des Einsatzes der Nationalgarde in demokratisch regierten Großstädten wie Portland, San Francisco oder Chicago zum Repertoire der Trump-Regierung. Immer wieder spricht Trump hier von Krieg und legitimiert damit den Einsatz der Armee im Innern. Wir beobachten also die Produktion eines innersstaatlichen Feindes in Echtzeit.

Insgesamt ist der Protest größer, breiter, nachhaltiger und politisch diverser als dies während der ersten Trump-Administration der Fall war. Dennoch bleibt die Wirkmacht vorerst eher überschaubar. Die Gründe dafür sind vielfältig: einer dürfte sein, dass die Demokratische

Partei mit wenigen Ausnahmen wie gelähmt wirkte und auch jetzt, wo sie wieder erste Erfolge in Wahlen verbuchen kann, weiterhin gespalten und dysfunktional auftritt. Johanna Roth weist in einem nachdenklichen Beitrag für Die Zeit mit dem vielsagenden Titel „Die Demokratie stirbt am helllichten Tag“ auf einen weiteren Faktor hin:

„Wenn ich den Laptop zuklappe und auf die Straße gehe, ertappe ich mich immer öfter bei dem Gefühl, in einer surrealen Parallelwelt zu leben. Müsste man es nicht irgendwie merken, dass die älteste Demokratie der Welt gerade zusammenbricht? Ich rede nicht von brennenden Mülltonnen oder Bürgerkriegsgemetzel an Straßenecken. Aber die Unbekümmertheit des amerikanischen Alltags, sie wird mit jedem Tag verstörender.“ (Roth 2025)

Offenkundig geht für viele Menschen, gerade der weißen Mittelschicht, das Leben nach wie vor gut weiter, und sie können sich vor den autoritären Umwälzungen (noch) wegducken. Dazu kommt, dass die Regierung die Kosten für Widerstand sehr schnell in die Höhe treibt. Zwar sind die Kosten, so Levitsky und Kollegen (2025), in den USA noch nicht so hoch wie in effektiven Diktaturen, wie etwa in Russland, jedoch sind die USA „mit atemberaubender Geschwindigkeit in eine Welt hinabgestiegen, in der Regierungsgegner strafrechtliche Ermittlungen, Gerichtsverfahren, Steuerprüfungen und andere Strafmaßnahmen fürchten“ (ebd.: 51) müssen. Spender*innen der Demokraten sowie Geldgeber*innen für zivilgesellschaftliche Organisationen wurden geängelt, so dass manche ihre Arbeit bereits einstellen mussten. Matthew Davis (1.10.2025) betont im Gespräch, wie gezielt die Regierung finanziellen Druck einsetzt, um Widerstand zu unterlaufen, etwa durch direkte Angriffe auf zivilgesellschaftliche Geldgeber*innen oder auch gezielte Klagen, die die Angegriffenen zu einer teuren juristischen Verteidigung zwingen. So beobachten im Bereich der

Medien auch Levitsky und Kolleg*innen deutliche „Anzeichen für eine Selbstzensur“ (ebd.), die die Administration mit Klagen forciert. Herr Davis stellt heraus:

„Es ist besorgniserregend, wie Institutionen, einschließlich zivilgesellschaftlicher Institutionen, sich im Voraus gefügt haben. Im Wesentlichen haben sie sich der Regierung unterworfen, ohne sich nennenswert zu wehren. Ich spreche hier insbesondere von Universitäten und Medienunternehmen [...]. Das ist bezeichnend für ein allgemeines Muster, wonach Organisationen und Einrichtungen Angst vor der Regierung haben und daher versuchen, sie zu beschwichtigen. Aus den bisherigen Fällen lassen sich zwei Lehren ziehen: Die erste ist, dass dies in der Regel nicht funktioniert. Die Regierung fordert noch mehr, wenn sie merkt, dass man sich einschüchtern und unterwerfen lässt. Die zweite Lehre ist, dass die vorzeitige Unterwerfung von Organisationen oder Einrichtungen den Widerstand der gesamten Gesellschaft erheblich einschränkt.“ (1.10.2025, eigene Übersetzung)

Bachmann (2025: 8) beschreibt seinerseits handfeste Maßnahmen gegen kritische Stimmen, wie etwa den Entzug von Akkreditierungen zu Regierungsstellen. Im Juli gab die Regierung bekannt, den Haushalt für die nicht kommerzielle Presse deutlich zu kürzen, was vor allem kleinere mediale Angebote in peripheren Räumen sowie internationale Unterstützung hart trifft. Des Weiteren standen die amerikanischen Universitäten im Fokus. Mit großer Wucht wurde gegen prominente Universitäten wie Harvard oder Columbia vorgegangen, mitunter wurden zugesagte Gelder eingefroren und politische Mitsprache bei inneruniversitären Entscheidungen gefordert (NYT 2025b). Das Signal war vor allem auch an kleinere und weniger renommierte Institutionen gerichtet: Niemand ist sicher, es kann jeden treffen. Neben der aktiven Einschüchterung ist, wie es Frau Webber (15.10.2025),

unsere Gesprächspartnerin bei einer US-Klimaschutzorganisation im Interview beschreibt, der Rückzug von kritischen Stimmen aus staatlichen Behörden und Universitäten eine große Herausforderung. Eine weitere Eskalation der politischen Angriffe auf Zivilgesellschaft fand nach der Ermordung des ultrarechten Influencers Charlie Kirk im September 2025 statt. Als direkte Reaktion verkündete Trump per präsidentialen Erlass die ‚Antifa‘ – und zuletzt auch explizit ostdeutsche Antifastrukturen – von nun an als Terrororganisation einzustufen. Es gibt in den USA keine erkennbare Organisation „Antifa“ und das Attentat auf Kirk hatte auch keinen linken Hintergrund. Organisationell betrachtet ist die Antifa eine lose ideelle Bewegung ohne feste Strukturen – indem Trump nun linke oder regierungskritische Gruppen unter diesen vagen Begriff bündeln kann, schafft er die Möglichkeit, Protest umfassend zu kriminalisieren. Die Maßnahme machte auch in Europa Schule und wurde etwa auch in den Niederlanden gefordert und von Orbán in Ungarn tatsächlich übernommen.

Der Staat und seine Institutionen dienen unter Trump nicht mehr dem Funktionieren des Gemeinwesens, sondern werden politisiert und fast schon prototypisch im Sinne von Levitsky und Way (2025: 50) „zur Waffe“ transformiert. In diesem Zusammenhang nahmen die Angriffe auf das Justizsystem, wie auch in Ungarn, Polen und Italien, stark zu. Anders als in den erstgenannten Ländern, wo primär die Gerichte adressiert wurden, richteten sich die Attacken in den USA rasch vehement gegen die großen Anwaltskanzleien (Cohen 2025: 55f.). Aus den Erfahrungen der anderen Länder wurde gelernt, dass Justizreformen, gerade wenn es um die Gerichtsbarkeit geht, lange dauern, der Angriff auf Anwalt*innen jedoch schneller und einfacher umzusetzen ist. Die Maßnahmen zielten darauf ab, die großen Kanzleien auf Linie zu bringen und ihr Engagement für Demokratie und Zivilgesellschaft zu beenden. Wenn es den eigenen

Interessen dienlich war, wurden auch Gerichtsurteile ignoriert oder aufgehoben. So wurden rund 1.500 Menschen begnadigt, die für teils schwere Straftaten beim Sturm auf das Kapitol am 6. Januar 2021 verurteilt worden waren (Engel 2025). Ein weiteres Feld, auf dem der Staat von Trump und seinen Gefolgsleuten instrumentalisiert wurde, ist Korruption. Es wurden Spielräume geschaffen, um die eigene Klientel zu bedienen. Dies betrifft laut Applebaum (2025b) einerseits die hemmungslose Vorteilsnahme und bis hin zur Bereicherung im Amt durch Trump und seine Vertrauten und andererseits die Begünstigung ihm nahestehender Unternehmen und Konzerne. Gesetze zur Unternehmenstransparenz wurden nicht mehr durchgesetzt und der Kampf gegen Geldwäsche und Steuerhinterziehung behindert (vgl. Bachmann 2025).

Autoritäre Transformation konkret

Um die volle Wucht der autoritären Transformation nachvollziehen zu können, ist es wichtig, sich die konkreten Politikfelder zu vergegenwärtigen, auf denen die Trump-Administration ihren Feldzug gegen die Demokratie führte. Wir stützen uns hierfür insbesondere auf ein Dossier der New York Times, das sie anlässlich der ersten hundert Tage Amtszeit veröffentlicht hat (NYT 2025a).

Im Falle der USA als einstige internationale Hegemonialmacht ist ihr außenpolitisches Agieren durchaus wichtig, auf jeden Fall wichtiger als jenes der anderen skizzierten Beispiele. Auch außenpolitisch setzt Trump ein hohes Maß an destruktivem Potential frei. Die regelbasierte internationale Ordnung wurde schlicht negiert und stattdessen das Recht des Stärkeren durchgesetzt: „Rohe Gewalt ist zurück“ (NYT 2025a, eigene Übersetzung), es regiert das Recht des Stärkeren, heißt es einleitend mit Blick auf das Agieren der neuen Administration. Hierzu passen auch die permanenten Drohungen in Richtung Grönland,

Panama und Kanada, die auf die Untergrabung ihrer Souveränität abzielen (Bachmann 2025: 10f.). Dazu gehört weiterhin die von Trump großspurig als „Liberation Day“ ausgerufene rigorose Zollpolitik, mit der nach Trumps Aussage (zit. nach NYT 2025a) „Amerika endlich zuerst gestellt“ wird. Das Mittel der Wahl sind (hohe) Zölle gegen praktisch alle globalen Handelspartner*innen. Dass Regierungen weltweit und die globalen Finanzmärkte so in Unruhe versetzt wurden und die Zölle auch der heimischen Wirtschaft schaden (Bachmann 2025: 12f., 33–42), ist für Trump nicht relevant. Ihm geht es um das schnelle Signal der Härte, das Inszenieren von Handlungsmacht und die Hoffnung auf eine langfristige Umstellung der internationalen Ordnung in seinem Sinn.

Auf innenpolitischer Ebene wird eine Politik der Angst gegenüber Migrant*innen betrieben. Menschen mit Einwanderungsgeschichte sowie Ausländer*innen werden illegalisiert oder für ihr politisches Engagement, insbesondere in den Auseinandersetzungen um den Gaza-Krieg, verfolgt (NYT 2025a). Wie der Migrationsforscher Austin Koch (2025) darlegt, begannen die zumeist maskierten und mit Autos ohne Kennzeichen agierenden Agenten der Einwanderungs- und Zollbehörde (Immigration and Customs Enforcement, ICE) bald nach der Amtseinführung damit, Menschen festzunehmen. Zunächst richteten sich die medialisierten Aktionen gegen Personen, denen kriminelle Handlungen, zumeist Gangaktivitäten, zur Last gelegt wurden – zumindest war dies die offizielle Begründung. Ihre Deportation nach El Salvador, wie dies in einem sehr frühen Fall von Massenverhaftungen der Fall war, brach, so Bachmann (2025: 6), dennoch mit wichtigen Verfassungsgrundsätzen. Etwa wenn die Staatsbürgerschaft der Betroffenen nicht geprüft wurde und die Regierung sich selbst nach Anordnung des Obersten Gerichtshofs über Wochen weigerte, fehlerhaft vollzogene Ausweisungen rückgängig zu machen.

Bald waren von den Festnahmen, die von immer höheren monatlichen Vorgaben getrieben waren (vgl. Camacho 2025), zunehmend Menschen betroffen, denen lediglich Vergehen im Bereich des Zuwanderungsrechts zur Last gelegt wurden, die ansonsten aber ein unbescholtenes Leben führten. Dafür baute ICE die Kapazitäten der Gefangenenlager deutlich aus. Ende Juni 2025 waren 57.861 Menschen durch die Einwanderungs- und Zollbehörde inhaftiert, so viele wie nie zuvor (Koch 2025). In einem umfassenden Bericht kritisierte Human Rights Watch (2025) die humanitären Verhältnisse in den Lagern von ICE, die Jason Stanley (2020: xvii) bereits zu Zeiten der ersten Amtszeit von Trump unmissverständlich mit den Konzentrationslagern der frühen Nazi-Zeit in Deutschland verglichen hat, scharf. Gebaut werden die Lager nicht zuletzt darum, weil Trump – wie auch seine internationalen autoritären Gegenparts – eine Abschiebeoffensive versprochen hatte, diese aber aufgrund mangelnder Kooperation von potenziellen Aufnahmestaaten nicht umsetzen konnte (NYT 2025a). So dienen die Lager als Alternative, um Menschen dennoch verschwinden zu lassen.

In diesem Zusammenhang wurde immer deutlicher, dass ICE eine weit wichtigere Rolle in Trumps Machtarchitektur zugeordnet wird, als lediglich die Kontrolle von Migration. Neben dem Zugriff auf die Nationalgarde zur Durchsetzung von Interessen mittels der Androhung von oder gar faktischer Gewalt kommt ICE die Rolle einer nationalen Polizeieinheit zu. „ICE ist eine Organisation wie die Polizei, aber keine Polizei“, schreibt Stanley (2020: xvii, eigene Übersetzung). Er argumentiert, dass die Organisation von Anfang an von einem undemokratischen Geist durchzogen war, zumal sie quer zur Logik des US-Sicherheitsapparats liegt. Die Polizei in den USA ist historisch stark dezentralisiert und der Bund verfügt über keine Bundespolizei im eigentlichen Sinne. Auf Bundesebene gibt es lediglich einzelne Behörden wie das FBI, die sich ausschließlich

mit schwerer Kriminalität oder der inneren Sicherheit befassen. ICE hingegen operiert als bewaffnete Organisation mit polizeiähnlichen Befugnissen im ganzen Land, vor Ort in den Communities. Stanley betont, dass die „Institution selbst politisch mit dem Staatschef verbunden“ ist (ebd., eigene Übersetzung) und Trump in ihren Reihen großen Rückhalt genießt. Bereits in seiner ersten Amtszeit habe er sich ICE zu eigen gemacht und dabei in Ansätzen erkennen lassen, was er in seiner zweiten Amtszeit nun vollzieht: Die Umgestaltung der Einheit in eine national operierende paramilitärische Organisation mit hohem Loyalitätsgrad. Für den Ausbau der Behörde wurden die Mittel bis 2029 jährlich mehr als verdoppelt: 75 Milliarden Dollar fließen in ICE, womit sie die am besten finanzierte Strafverfolgungsbehörde des Bundes ist (Wolf 2025). Es sollen 10.000 neue Beamt*innen eingestellt und Lagerkapazitäten für 100.000 zusätzliche Personen errichtet werden. Diese zu besetzenden Stellen sind besonders für Angehörige rechtsextremer Gruppen attraktiv, wodurch sich die ICE zunehmend radikalisieren könnte.

Eine weitere zentrale Achse der Agenda von Donald Trump war das Vorgehen der Abteilung für Regierungseffizienz (Department of Government Efficiency, DOGE) unter Leitung des Tech-Milliardärs und X-Eigners Elon Musk (Brockschmidt 2025a). In Deutschland wurde das Vorgehen fälschlicherweise immer wieder als „Bürokratieabbau“ (vgl. Engel 2025) oder als Maßnahmen zur Verschlankung des Staates diskutiert. „Damit übernehmen deutsche Medien einfach den orwellischen Neusprech von Musk und Trump, anstatt die reale Lage klar zu benennen“, so Brockschmidt (2025a: 61). Mittlerweile haben sich Trump und Musk zerstritten und DOGE ist an seinem Ziel, ein bis zwei Billionen Dollar einzusparen, deutlich gescheitert (Bachmann 2025: 15). Rückblickend dürfte die Rede von Effizienz und Entbürokratisierung lediglich ein Vorwand dazu gewesen sein, den Staat und seine Behörden entsprechend

dem autoritären Playbook so rasch wie möglich unter Kontrolle zu bringen (Bachmann 2025: 15). Applebaum (2025c, eigene Übersetzung) argumentiert, dass DOGE darauf abgezielt habe, die demokratische „Kultur und Werte“ des Beamtentums auszuhebeln. Das Ziel sei nicht Bürokratieabbau, sondern ein „Regimewechsel“. In den ersten einhundert Tagen haben infolge der Maßnahmen über 250.000 Menschen ihre Arbeit verloren, eine entsprechende Ankündigung erhalten oder sind ‚freiwillig‘ gegangen (NYT 2025a). Besonders hart traf es USAID, die US-amerikanische Organisation für internationale Entwicklungshilfe, die zum 1. Juli 2025 gänzlich abgewickelt wurde. Für Applebaum (2025c) ist klar, dass auch an ihr ein Exempel statuiert wurde. Zugleich verdeutlicht die deutsche Organisation medico international in ihrem zweiten Rundschreiben 2025, dass diese global zunehmenden Angriffe auf Hilfsorganisationen durch autoritäre Kräfte keinesfalls zufällig sind. Sie seien zum einen das Ergebnis der Gering-schätzung der Schwächsten der Welt, die von globalen Krisen besonders stark betroffen und auf Hilfe angewiesen sind. Zum anderen richteten sie sich bewusst auch gegen Organisationen, die im Globalen Norden den Finger in die Wunde legten und in denen Menschen mit progressiver Einstellung ein Auskommen fänden.

Unter Trump wurde, ähnlich wie in den anderen bisher diskutierten Fällen auch, der rechte Kulturkampf stark forciert. Kulturinstitutionen sollen die Geschichte der USA unter Auslassung der kolonialen Verbrechen neu erzählen. Ganz im Sinne der Vorstellungen einer White Supremacy soll die Geschichte des weißen, patriarchalen und christlichen Amerikas im Fokus stehen. Vom Umbau betroffen war auch die nationale Kultur- und Forschungsförderung, die politisch neu gestaltet und im Umfang reduziert wurde. Eine der ersten Amtshandlungen der neuen Regierung bestand sodann darin, Programme für Vielfalt, Gleichberechtigung und Inklusion (Diversity, Equity

and Inclusion, DEI) für Bundesbehörden sowie für private Unternehmen, die Aufträge vom Staat erhalten, zu verbieten (NYT 2025a). Die Trump-Administration veröffentlichte darüber hinaus eine Liste von Wörtern, die in offiziellen Dokumenten fortan untersagt waren, darunter Begriffe wie „Abtreibung“, „Anti-Rassismus“, „Feminismus“, „evidenzbasiert“, „Wasserqualität“ oder „Windkraft“ (Connelly 2025, eigene Übersetzung). Zudem pflegt die Regierung eine planvolle rhetorische Eskalation in Bezug auf ihre Gegner*innen, wie wir sie auch in Ungarn und Polen beobachten konnten. Politische Opposition wird zu Feindschaft umgedeutet, ihre Akteur*innen werden dadurch entmenslicht. Auch in Bezug auf Trumps Versuche, die Nationalgarde in verschiedene US-Städte zu entsenden, wird der Ton zunehmend martialisch und militarisiert. Der Tenor: Die USA befinden sich in einem Krieg – und die Feinde sind im Innern zu suchen, in Form einer ‘woken’ Linken, die Gewalt und Terrorismus fördere.

Keine Mäßigung in Sicht

Abschließend bleibt zu betonen, dass die Angriffe auf die demokratische Ordnung durch die Regierung Trump in den ersten Wochen umfassend ausfielen. Sie richteten sich gegen Menschen mit Migrationshintergrund mit und ohne US-Staatsbürgerschaft sowie gegen Menschen, die nicht ins binäre Geschlechterbild christlicher Fundamentalist*innen passen. Dabei attackierten sie unverhohlen die Gewaltenteilung, „die Freiheit der Wissenschaft, der Presse und der Kunst“ (Bachmann 2025: 8) und damit Eckpfeiler der Demokratie. Zusammengehalten wird das plurale MAGA-Projekt durch die Person Trump, gemeinsame Feindbilder, autoritäre Gelüste und kleptokratischen Opportunismus (ebd.: 4). Für die Autor*innen der New York Times (2025a) ist beim Versuch, ein Fazit zu ziehen, wichtig, dass all diese Maßnahmen gezielt als Spektakel für die verschiedenen Plattformen der sozialen Medien

inszeniert wurden. Dadurch wurden diese Medien selbst zu einem Teil des Regierungshandelns und so zu weitaus mehr als nur offiziellen Kommunikationskanälen.

Die im pluralen MAGA-Projekt unvermittelt nebeneinander stehenden Positionen führen, wie auch bei früheren rechtspopulistischen Projekten, unweigerlich zu Skandalen und Streit (Bachmann, 2025: 4). Offenkundig destabilisieren sie die Regierung aber nicht und sind mittlerweile als Mittel des Regierens zu bewerten: Wichtig für Trump und seine Erfüllungsgehilf*innen ist die Verwirrung, die Destruktion und das Aushöhlen jeglicher Ge-

wissheit, um anschließend das Vakuum mit der eigenen Macht zu füllen (vgl. Kasparow und Applebaum, 2025; Shore, 2025). Die Anzeichen dafür, dass die Demokratie „zusammenbrechen“ könnte, die Levitsky und Way (2025: 47) schon im März 2025 ausgemacht hatten, leuchten immer noch in hellen Lettern. Die Situation ist zwar nicht abschließend einzuordnen, eine Rückkehr zu stabilen demokratischen Verhältnissen und vertrauenswürdigen internationalen Beziehungen scheint dennoch sehr unwahrscheinlich und dies gilt selbst dann, wie die Erfahrungen aus Polen zeigen, wenn 2028 unter fairen Bedingungen gewählt werden sollte.

5. Was lernen wir daraus?

Wenn man die autoritären Entwicklungen in Ungarn, Polen, Italien und den USA miteinander vergleicht, wird deutlich, wie das autoritäre Playbook in der Praxis funktioniert. Um diese verbindenden Elemente herauszustellen, greifen wir auf die sieben Kategorien zurück, die wir oben eingeführt haben: Politisierung unabhängiger Institutionen, Desinformation, Konzentration von Macht in der Exekutive, Unterdrückung von Kritik, Produktion von Sündenböcken und Identitätspolitik, Manipulation von Wahlen sowie Schüren von Gewalt. Gerade in Polen sehen wir, wie schwer es ist, den autoritären Umbau zurückzudrehen – selbst wenn Wahlen gewonnen werden. Darauf werden wir gesondert eingehen.

5.1 Das autoritäre Playbook in der Praxis

Wir sehen sehr deutlich, dass sich autoritäre Entwicklungen zwar in vielen zentralen Punkten ähneln, aber in ihrer praktischen Umsetzung unterscheiden. Die Ansatzpunkte für autoritäre Transformationsprozesse weisen jeweils nationale Eigenheiten auf und sind in spezifischen gesellschaftlichen und politischen

Gefügen verankert. Bereits vor rund 30 Jahren schrieb Umberto Eco (2000 [1995]: 30), dass sich seine 14 Merkmale für eine faschistische Politik „nicht in ein System ordnen“ lassen, „es aber genügt, dass eines von ihnen präsent ist“, damit die autoritäre Transformation von rechts „einen Kristallisationspunkt hat“. Ähnliches sehen wir heute bei der Umsetzung des autoritären Playbooks. Wichtiger als die wortgetreue Erfüllung aller Merkmale ist, dass die Stoßrichtung und die Intention politischer Praktiken in die gleiche Richtung tendieren.

Die Länderportraits zeigen, dass die extreme Rechte gut vernetzt ist, sie voneinander lernt und ihre Strategien aufgrund gemachter Fehler in der Vergangenheit anpasst. Und noch etwas ist von zentraler Bedeutung: Die autoritären Angriffe kommen in allen Ländern auch aus der Mitte der Gesellschaft – wir beobachten keine politische Übernahme der Gesellschaft von einem wie auch immer gearteten politischen Rand. Dies gilt für Ungarn, Polen und die USA, wo sich ehemals konservativ-liberale Parteien zunehmend nach rechts radikalisiert haben. Aber auch in Italien wurde eine extrem rechte Partei aufgrund ihres vor-

dergründig staatstragenden und gemäßigten Auftretens in den Mainstream aufgenommen. In allen Fällen sind einzelne Ereignisse wie etwa gewonnene Wahlen oder erfolgreiche Koalitionsbildungen als wichtige Wegmarken herauszuheben. Genauso wichtig ist aber, dass die Prozesse zumeist schon sehr lange andauern und dass wir die Keime der heutigen autoritären Zuspitzung fast überall zumindest schon in den 1980er Jahren ausmachen. Mit Blick auf die eingangs skizzierten sieben Kennzeichen können wir verdeutlichen, wie sich das autoritäre Playbook in der Praxis zeigt.

Politisierung unabhängiger Institutionen

Die Politisierung unabhängiger Institutionen ist in Ländern, in denen die extreme Rechte regiert, sehr ausgeprägt. Je mehr Gewaltenenteilung und andere Formen des politischen Korrektivs versagen, wie etwa die Kontrolle der Regierung durch die Parlamente oder die Justiz, desto stärker ist diese Politisierung ausgeprägt. Dies kann auf unterschiedliche Weise geschehen. In Ungarn war die Zweidrittelmehrheit der Regierung im Parlament entscheidend, um Verfassungsänderungen durchzusetzen. In den USA im Jahr 2025 ist es der Umstand, dass Trump und seine Getreuen in allen Bereichen – Exekutive, Legislative und Judikative – die Macht innehaben und die etablierten Kontrollmechanismen somit schlicht ausgesetzt sind. Der zentrale Hebel ist hier Loyalität und rohe Machtausübung. In Italien ist die Regierung Meloni den demokratischen Prozessen durchaus verpflichtet. Sie versucht jedoch, die Verfassung per Referendum zu ändern, um so ihre Positionen sowie die unmittelbare Beziehung zum Volk zu stärken. Der Staat wird, um es mit den Worten von Levitsky und Way (2025) zu sagen, „als Waffe“ gegen Demokratie und Pluralismus sowie zum eigenen politischen und ökonomischen Vorteil genutzt. Von autoritären Angriffen betroffen sind staatliche Behörden, die mit regierungstreuen Personen besetzt werden, die Justiz, deren

Kontrollfunktion und Freiheit eingeschränkt wird oder deren Urteile missachtet werden, sowie öffentliche und private Medien, die auf Linie gebracht werden, wodurch kritische Berichterstattung erschwert wird.

Verbreitung von Desinformationen

Der zweite Punkt betrifft Desinformation und deren Verbreitung. Auch hier gibt es sehr unterschiedliche Herangehensweisen, wie offen und explizit mit Fake News und Propaganda gearbeitet wird. Orbán und Trump nutzen diese Mittel sehr intensiv, aber auch die PiS-Regierung in Polen bediente sich Verschwörungserzählungen, um ihre Vorherrschaft zu sichern. Insgesamt hat die Bedeutung und Verbreitung von Desinformationen in allen untersuchten Ländern enorm zugenommen, was eng verbunden ist mit der Verbreitung digitaler sozialer Medien (vgl. Fielitz & Marcks 2020; Kumkar 2022). Gerade die Corona-Pandemie war hierbei ein wichtiger Treiber (vgl. Amlinger & Nachtwey 2022; Lamberty & Rees 2021; Reichardt 2021). Stanley (2020: 63) hebt hervor, dass propagandistisch aufbereitete Verschwörungstheorien den paranoiden Elementen der Gesellschaft explizit Vorschub leisten. Rechtsautoritäre Politiker*innen versuchen, die Realität mithilfe von Desinformationen in Zweifel zu ziehen, um die narrativen Beziehungen der Gesellschaft, die essentiell für Vertrauen und Solidarität sind, zu zerstören. Herr Pichler beschreibt im Gespräch mit uns (17.9.2025) die zentrale Rolle, die der Aufbau eigener Kommunikationskanäle für die extreme Rechte spielt, um die eigenen Narrative zu setzen und zu kontrollieren. So wird Misstrauen gesät, um sich selbst als vertrauensvolle und sorgende Führung zu inszenieren (Stanley 2020: 71). Das Ergebnis ist: „Wir können uns nicht auf Wahrheit einigen“ – übrig bleiben Angst und Unsicherheit (ebd.: 57, eigene Übersetzung).

Die Funktion der Desinformation ist nicht per se darin zu sehen, die Zuhörenden von der

Richtigkeit der gesendeten Information zu überzeugen. Das Ziel liegt vielmehr darin, politische Feinde zu markieren (ebd.: 61). Untergraben wird der Anspruch auf Wahrheit. Propaganda zerstört die Grundlage, auf der wir als Gesellschaft über Wahrheit, darüber was Richtig und Falsch ist, streiten und wie wir mit faktenbezogener Evidenz umgehen. Die Propaganda ist kein sachlicher Beitrag zur Interpretation von akademischem Wissen oder gesellschaftlicher Erfahrungen, sondern stellt grundsätzlich in Frage, dass es überhaupt eine geteilte Wissensgrundlage im Ringen um politische und soziale Herausforderungen gibt. So entsteht eine polarisierte Gesellschaft, in der es keine geteilte Basis für die Diskussion gibt, weil wir schlicht über unterschiedliche Dinge sprechen, anstatt über das Gleiche aus unterschiedlichen Blickwinkeln. Hannah Arendt (1945) macht in diesem Zusammenhang eine wichtige Ergänzung, wenn sie mit Blick auf den historischen Faschismus betont, dass Lüge und Desinformation nicht das eigentliche Spezifikum der rechtsautoritären Politik waren, da diese bis zu einem gewissen Grad überall vorkommen. Das Spezifikum liege eher darin, dass die Lüge zur Wahrheit erhoben wird und die extreme Rechte so handelte, als wäre die Lüge wahr:

„Viel zu wenig Aufmerksamkeit wurde bislang einem Kennzeichen faschistischer Propaganda gewidmet, nämlich der Tatsache, dass diese sich nicht mit der Lüge begnügte, sondern es ganz bewusst darauf anlegte, ihre Lügen in die Wirklichkeit umzusetzen. [...] Das Wesensmerkmal faschistischer Propaganda bestand nie in ihren Lügen, denn die Lüge gehörte mehr oder weniger schon immer und überall zur Propaganda. Wesentlich an ihr war, dass sie die uralte vor urteilsvolle abendländische Neigung, Wirklichkeit und Wahrheit durcheinanderzubringen, ausnutzte, und das ‚wahr‘ machte, was bislang nur als Lüge bezeichnet werden konnte. Dies ist der Grund, der jede argumentative Auseinandersetzung

mit Faschisten – die sogenannte Gegenpropaganda – so äußerst sinnlos macht.“ (Arendt 1945: 309f.)

Konzentration von Macht in der Exekutive

Der dritte Aspekt des autoritären Playbook ist die Anhäufung von Macht auf der Seite der Regierung: Über Verfassungsänderungen und parlamentarische Prozesse, wie in Ungarn, Polen und Italien, oder indem in den USA bestehende Regeln schlicht ignoriert werden. Diese Machtkonzentration wird mit einem vermeintlichen Volkswille legitimiert, der unter den einst dominierenden Parteien negiert worden sei und der nun unter der Führung der autoritären Partei wieder seinen zentralen Platz erhalten müsse. Der rechte Autoritarismus behauptet somit eine direkte Verbindung zwischen Führung und Volk und delegitimiert zwischengeschaltete Institutionen wie etwa Parlamente. Meloni, Trump oder Orbán nehmen für sich in Anspruch, unmittelbar im Namen der Menschen im Land zu sprechen. Dabei ist aber, wer zum Volk gehört, in hohem Maße selektiv und erfolgt über ethnisierte, rassistische und patriarchale Normensetzung. So wird autoritäre Politik als Demokratie verkauft. Faktisch handelt es sich hier jedoch um einen vollkommen entleerten Demokratiebegriff. Ihm fehlen so wichtige Pfeiler wie die Gewaltenteilung, der Schutz von Minderheiten, die Garantie von Menschenrechten sowie das demokratische Versprechen auf Teilhabe, Anerkennung, Schutz und Mitbestimmung (Balibar 2012), das nicht nur für jene gilt, die bereits als Teil des demokratischen Raums anerkannt sind, sondern auch jenen offen steht, die um ihre Teilhabe und Anerkennung kämpfen müssen.

Unterdrückung von Kritik

Kritische Stimmen zum Verstummen zu bringen, ist ein wichtiges Element zur Absicherung der autoritären Macht. Dies geschieht

zum einen durch Angriffe auf die unabhängige Presse sowie auf die Arbeit der Justiz. Hinzu kommen Angriffe auf Bildungseinrichtungen, insbesondere Universitäten sowie die dort etablierte Freiheit von Forschung und Lehre. Mit ihrem demokratischen Geist stehen sie dem Anspruch auf autoritäre Führung diametral entgegen (Stanley 2020: 36–56). Besonders besorgniserregend ist darum der vorauseilende Gehorsam, den mehrere unserer Gesprächspartner*innen vonseiten dieser Institutionen schildern. Besonders in den USA gelingt es der Regierung, mit gezielten Einschüchterungen Institutionen zur Kollaboration zu bewegen und kollektiven Widerstand zu brechen.

Parallel werden die Handlungsmöglichkeiten der demokratischen Zivilgesellschaft auf vier Ebenen eingeschränkt. Erstens die Verunsicherung durch mögliche rechtliche Veränderungen oder die Implementierung neuer rechtlicher Rahmen. Ein wichtiges Narrativ, das hier zur Legitimierung herangezogen wird, ist oftmals, dass die Nichtregierungsorganisationen von ausländischen Kräften unterstützt würden. Zweitens Kürzungen von staatlichen Zuwendungen für zivilgesellschaftliche Organisationen, die teilweise seit Jahrzehnten wichtige gesellschaftspolitische Aufgaben übernehmen. Ein drastisches Beispiel aus den USA ist das Ende von US AID, der Entwicklungsbehörde, die weltweit den Kampf gegen Hunger, Armut und andere gesellschaftliche Probleme mitfinanziert hat. Drittens die diskursive Delegitimierung von ehrenamtlichem Engagement. In Deutschland ist etwa oft die Rede von Gutmenschentum, um politische Arbeit bewusst abzuwerten. Die vierte Ebene ist Gewalt, ein Thema, auf das wir unten zurückkommen.

Wir beobachten zwei unterschiedliche Strategien staatlicher Angriffe: Einerseits starten sie unten, indem zuerst gegen jene Individuen, Gruppen oder Organisationen vorgegangen wird, die als einfache Ziele ausgemacht wer-

den. Die Angriffe werden anschließend sukzessive ausgeweitet und ziehen weitere Kreise. Umgekehrt greift zum Beispiel Trump in seiner zweiten Amtszeit sehr gezielt und mit großer Wucht von oben an: angegangen werden große Anwaltskanzleien, die wichtigsten Universitäten des Landes und ganze Ministerien. Dahinter steckt die klare Intention, Widerspruch an der Spitze zu brechen und zu zeigen, dass Größe, Ressourcen und Bekanntheit keinen Schutz vor seiner Macht bieten.

Sündenböcke und die rechte Identitätspolitik

Die Verlagerung von Schuld an sozialen und politischen Missständen auf vermeintliche Sündenböcke gehört zu den prägendsten Merkmalen rechtsextremer Politik. Es ist zudem ein Bereich, in dem der Brückenschlag zu konservativen Kräften oft gelingt. So erstaunt es nicht, dass diese Aspekte des Playbooks oftmals schon sehr früh im Prozess der autoritären Transformation von Gesellschaft zu beobachten sind. Sie entfalten selbst dann schon Wirkmacht, wenn die extreme Rechte noch gar nicht an der Macht ist. Die identitätspolitischen Narrative der extremen Rechten drehen sich in allen von uns betrachteten Ländern um traditionelle Werte wie Nation, Familie und Heimat sowie Christentum. Behauptet wird die Legitimität der Vorherrschaft der Weißen sowie die Allgemeingültigkeit patriarchaler Ordnung, die strikt auf Zweigeschlechtlichkeit und klare Rollenverteilungen zwischen Männern und Frauen setzt. Hieraus entspringt auch das vergiftete Vorgehen der extremen Rechten gegen die LGBTIQ*-Community. Im Kulturkampf von Rechts wird Geschichte selektiv mobilisiert (Stanley 2020: 3–23). Es wird eine heile Vergangenheit heraufbeschworen, die es so nie gab, die aber als Bild in die Zukunft projiziert wird und so propagandistisch nutzbar wird.

Das Angebot von Sündenböcken steht in engem Zusammenhang mit der Verbreitung von

Desinformationen und Verschwörungstheorien und weist enge Bezüge zu menschenfeindlichen Ideologien auf. In den beobachteten Politiken vermischen sich insbesondere Antisemitismus und Rassismus immer wieder auf toxische Weise. Deutlich zu sehen ist dies in der Verleumdung des jüdischen Milliardärs Soros, der sich für demokratische Projekte einsetzt. Aber auch in der Politik aller anderen betrachteten Länder spielen Rassismus und Xenophobie eine zentrale Rolle. Immer geht es darum, politische Herausforderungen mit Migration zu verknüpfen und so zu externalisieren: Sexuell übergriffiges Verhalten wird dann zu einem Problem migrantischer Männlichkeit. Wenn man keine bezahlbare Wohnung findet, sind die Asylbewerber*innen schuld. Wenn Bildungseinrichtungen in der Integration versagen, sind es die Kinder, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, die stören. Soziale Problemlagen in der Stadt werden als Resultat eines migrantischen Stadtbildes umgedeutet. Wenn sich Widerspruch gegen autoritäre Politik formiert, dann ist dieser aus dem Ausland oder gar von der angeblichen jüdischen Weltverschwörung finanziert. Die Liste ließe sich beliebig ergänzen.

Migration ist ein zentrales Thema aller von uns betrachteten rechtsautoritären Projekte – unsere Gesprächspartner*innen aus allen Ländern betonen, wie wichtig Migrant*innen als Feindbild für die autoritären Kräfte sind. Dies hat zum einen mit dem grassierenden Rassismus zu tun. Zum Ausdruck kommt aber auch ein instrumentelles Verhältnis: Das Thema wird aufgegriffen, da es den Brückenschlag in die breite Gesellschaft und zu konservativen Parteien ermöglicht. Ein weiteres geteiltes Feindbild sind Angehörige der LGBTIQ*-Community. Auf deren Rücken lässt sich zum einen der Kampf um die Vorherrschaft der patriarchalen Kleinfamilie bestens austragen, und zum anderen ist auch dies ein Thema, bei dem der Brückenschlag in die Mitte der Gesellschaft gelingt. Weniger beachtet, aber von

wachsender Bedeutung ist, dass gerade arme Menschen immer deutlicher als Sündenböcke adressiert werden. Die Trennung zwischen Wir und den Anderen verläuft in diesem Fall entlang der Kategorien fleißig vs. faul. Als Lösung wird im Extremfall – wie wir das in Italien nach der Abschaffung des Bürgergeldes gesehen haben – der faktische Zwang zur Arbeit propagiert. Die Angriffe dürften sich in den kommenden Jahren verschärfen, da der heutige Autoritarismus von den durch die Neoliberalisierung in der Gesellschaft verankerten Wettbewerbs- und Konkurrenzvorstellungen profitiert (Mullis 2024: 284–296), während seine Führungspersonen die Oligarchisierung der Gesellschaft und die Kleptokratie ausbauen (Applebaum 2025b; vgl. auch Stanley 2020: 191).

Manipulation von Wahlen

Ein zentraler Wesenskern vieler autoritärer Transformationsprozesse, wie sie heute zu beobachten sind, besteht darin, dass die Institutionen und Prozesse, die eine Demokratie ausmachen, nicht unbedingt diktatorisch zerstört, sondern umgedeutet und geschwächt werden. Dies betrifft auch die freie Wahl, die im Gefüge demokratischer Repräsentation von zentraler Bedeutung ist. Einmal an der Macht, versuchen autoritäre Politiker*innen, die Bedingungen der Wahlen zu ihren Gunsten zu verändern. In Italien zielt ein zentrales Reformvorhaben der Regierung Meloni darauf ab, Macht einfacher zu sichern und im Zweifel auch ohne die Mehrheit der Stimmen die Mehrheit der Sitze im Parlament zu erlangen. In Ungarn, Polen und den USA ist zu beobachten, dass Wahlkreise neu zugeschnitten werden oder Menschen die Registrierung als Wähler*innen erschwert wird. Im kompetitiven Autoritarismus (Levitsky et al. 2025) wird folglich zwar noch gewählt und die autoritären Machthaber*innen können Wahlen verlieren, jedoch können die Bedingungen, unter denen Wahlen stattfinden, nicht mehr als fair

betrachtet werden. Dies stellt dann auch ganz grundsätzlich die Frage, inwiefern diese Systeme noch als Demokratien bezeichnet werden können.

Schüren von Gewalt

Siebtens und abschließend ist das Schüren von Gewalt ein wichtiger Aspekt autoritärer Politik. Dies ist zugleich der uneindeutigste Punkt. Die von uns betrachteten autoritären Projekte – mit Ausnahme der USA, wo Trump ICE aufgerüstet und zur Durchsetzung seiner Interessen die Nationalgarde eingesetzt hat – vermeiden explizite Gewalt als Mittel der eigenen Regierungsform. Dies ist auch ein wesentlicher Grund, warum viele Menschen die Prozesse noch immer nicht ernst genug nehmen. Denn im Vergleich zu den 1920er und 1930er Jahren sind die Braun- und Schwarzhemden eben (noch) nicht auf der Straße. Wenn wir uns aber die Definition der Gewaltakzeptanz von Heitmeyer und seinen Kolleg*innen (1992) vergegenwärtigen, die sie neben der Ideologie der Ungleichwertigkeit als zweites zentrales Element zur Definition von Rechtsextremismus heranziehen, dann beginnt diese nicht erst, wenn selbst zugeschlagen wird, sondern bereits dann, wenn Gewalt als probates Mittel zur Lösung gesellschaftlicher Probleme herangezogen wird. Und hier sieht die Sache auch mit Blick auf die von uns besprochenen Regierungen anders aus: In allen betrachteten Ländern gibt es beispielsweise Anzeichen für einen ausgeprägten Law-and-Order-Diskurs, der ein hartes und auch gewaltvolles Durchsetzen gegenüber Devianz einfordert (vgl. Stanley 2020: 109–127). Im Zuge der weltweit zunehmenden militärischen Konflikte und der empfundenen Bedrohung durch Russland kehrt zudem offenkundig eine Logik militärischer Gewalt in die Gesellschaften zurück. Herr Davis beschreibt dies für die USA (1.10.2025): Durch die Umetikettierung von politischen Gegnern zu moralischen Feinden wird der Einsatz militärischer Mittel gegen die

politische Opposition gerechtfertigt. Gewalt spielt aber auch in einer zweiten Hinsicht eine Rolle. Es geht nicht nur darum, was der Staat selbst tut, sondern auch darum, wie frei sich rechtsextreme Akteur*innen entfalten können und mit ihren Gewalttaten ungeschoren davonkommen. Hier sehen wir in vielen der untersuchten Länder, dass extrem rechte Regierungen Räume für gewalttätige rechte Landnahme öffnen, ohne selbst zuzuschlagen. Diese Erfahrung bestätigen auch mehrere unserer Gesprächspartner*innen, etwa Frau Petrović aus Serbien, Herr Kovács und Herr Nagy aus Ungarn und Frau Nowak aus Polen. Frau Nowak (15.9.2025) stellt heraus, dass die Regierung gezielt Rhetorik nutzt, die politische Gegner*innen entmenslicht und somit Gewalt legitimiert. Abschließend ist zudem die zunehmende digitale Gewalt herauszustellen, die Menschen das Leben erschwert, sie einschüchtert, belastet und auch im nicht-digitalen Bereich zur realen Bedrohung werden kann (Strobl 2025).

5.2 Wenn Demokraten Wahlen gewinnen

Bei aller Sorge um die Demokratie und der erheblichen Gefahr, die von der autoritären Rechten ausgeht, sehen wir auch, dass Demokrat*innen weiterhin Wahlen gewinnen können. Ein Beispiel ist der Wahlsieg des Grünen Gergely Karácsony in Ungarn, der 2019 trotz eines manipulierten Wahlsystems und struktureller Angriffe auf die Opposition die Bürgermeisterwahl in Budapest gegen den langjährigen Fidesz-Amtsinhaber gewann. Ein weiteres Beispiel sind die Massenproteste in Polen, die 2023 dazu beitrugen, dass die PiS-Regierung nach acht Jahren abgewählt wurde. Auch Donald Trump wurde nach seiner ersten Amtszeit wieder abgewählt, ebenso Jair Bolsonaro in Brasilien. Allerdings zeigen diese Erfahrungen auch, dass es damit noch nicht vorbei ist und der Rückbau der autoritären Verheerungen eine enorm anspruchsvolle demokrati-

sche Aufgabe darstellt. Auch mit der Abwahl einer extrem rechten Partei ist der Weg zurück in eine liberale, pluralistische Demokratie kein Selbstläufer. Über Jahre angerichtete Schäden an Institutionen und Prozessen können nicht schnell repariert werden.

In Polen zeigt sich exemplarisch deutlich, welche Fallstricke für Gesellschaften bestehen, die sich auf den Rückweg in die Demokratie machen. Erstens gelang die Abwahl der PiS durch eine breite Koalition, die unter anderen Umständen wohl nicht zusammengefunden hätte. Nachdem die Koalition nun gemeinsam regiert, treten die inhaltlichen Differenzen, die durch die gemeinsame Opposition zur PiS vorübergehend überbrückt werden konnten, deutlich hervor. So ist sich die Koalition beispielsweise nicht einig, ob das polnische Abtreibungsrecht wieder liberalisiert werden soll, obwohl Tusk dies zu einem zentralen Wahlversprechen gemacht hatte. Auch in Wirtschaftsfragen und der Haltung zu Europa kamen grundlegende Uneinigkeiten zwischen den Koalitionären deutlich zum Vorschein (Zielonka 2024). Deutlich wird hier die Zwickmühle, in der sich Demokrat*innen befinden, wenn sie in breiten Bündnissen gegen Rechtsaußen vorgehen: Einerseits sind parteiübergreifende Bündnisse notwendig, um der extremen Rechten etwas entgegenzusetzen, andererseits tragen diese fragilen Konstellationen das Risiko in sich, Politikverdrossenheit und Apathie zu steigern, wenn nicht genügend Konsens besteht, um tatsächlich gemeinsam Politik zu machen.

Zweitens hat die PiS durch die zahlreichen Neubesetzungen im Justizbereich und im Mediensektor ein personelles Erbe hinterlassen, das die neue Regierung nicht einfach ignorieren kann. Insbesondere PiS-ernannte Richter*innen können nicht ohne Weiteres entlassen werden, ohne dabei die Rechtsstaatlichkeit zu verletzen, deren Wiederherstellung Tusk versprochen hat. Stattdessen

muss sich die Regierung mit der Alternative arrangieren: Gerichte, die mit politischen Gegner*innen besetzt wurden und wohl weiterhin der Linie folgen werden, für die sie ernannt wurden. Dies führt zu einem dritten Problem: Um trotz des Widerstandes des Präsidenten und der Gerichte Politik durchzusetzen, muss Tusk diese umgehen können. Das wirft grundlegende Fragen zur Legalität des Handelns der neuen Regierung auf. Kann die Rechtsstaatlichkeit angesichts derart mächtiger Gegenspieler überhaupt mit rechtsstaatlichen Mitteln wiederhergestellt werden? Wie kann die neue Regierung in Anbetracht zahlreicher illiberal getroffener Entscheidungen der letzten Jahre eine Grundlage finden, um zu entscheiden, welche dieser Entscheidungen Bestand haben und warum? Konkret: Welche der von PiS-Loyalist*innen gefällten Urteile sind gültig und welche nicht?

Viertens sehen wir, dass Demokratie nur funktioniert, wenn die Verlierer ihre Niederlage akzeptieren (Ziblatt & Levitsky 2024: 24ff.). Das Handeln der PiS, die vor allem über ihren Präsidenten Duda und den neu gewählten Karol Nawrocki die Regierung an jeder Ecke blockiert, deutet jedoch nicht darauf hin. Im schlimmsten Fall könnte sich die PiS durch ihre Verdrängung von der Macht weiter radikalisierten und ihre autokratischen Ambitionen noch offener in den Vordergrund stellen. Hinzu kommt eine tiefe gesellschaftliche Spaltung, die die PiS-Regierung jahrelang befeuert hat. Diese aufzulösen ist noch herausfordernder als die politischen Blockaden. Eine neue Regierung, die außer einem gemeinsamen Feind keine gemeinsame Vision zu bieten hat und in der Umsetzung eigener Politik stark eingeschränkt wird, hat nicht die Kraft und die Mittel, eine gesplante Gesellschaft zu eilen. Dass sich diese Probleme im Laufe einer Legislaturperiode lösen lassen – noch dazu bei fortgesetzter Blockade durch den neuen Präsidenten – ist unwahrscheinlich.

Ob die Wende, die Tusk und seine Regierung versprochen haben, tatsächlich eingelöst werden kann und damit der Weg zu einer langfristigen Re-Demokratisierung Polens bereitet ist, ist daher mindestens fraglich. Die Kombination aus institutioneller Blockade, mächtigen Vetospielern, rechtlichen Dilemmata und gesellschaftlicher Polarisierung könnte sich für die neue polnische Regierung langfristig als unüberwindbare Hypothek erweisen. Dieses Fallbeispiel zeigt, dass auch bei einer Ab-

wahl autoritärer Kräfte gut vorbereitet werden sollte, wie mit den von ihnen eingeführten antidemokratischen Veränderungen umgegangen werden kann. Frau Webber beschreibt (15.10.2025), wie sie und Kolleg*innen schon jetzt versuchen, Strategien für die Wiederherstellung demokratischer Verfahren und Institutionen zu entwickeln, die im Fall einer Abwahl Donald Trumps zum Tragen kommen könnten.

6. Acht Vorschläge für eine demokratische Antwort

Enden wollen wir diese Betrachtung autoritärer Praktiken mit acht Empfehlungen für die demokratische Zivilgesellschaft in Deutschland. Wir hoffen, damit einen Beitrag dazu zu leisten, einen gemeinsamen Kompass im Kampf gegen die extreme Rechte zu entwickeln. Die Vorschläge wurden detailliert bereits im Paper "In die Offensive kommen" des Thinktank Rechtsextremismus veröffentlicht. Wir hoffen, damit zur Diskussion anzuregen und einen Beitrag zur Formierung effektiver Gegenwehr zu leisten.

1. Die extreme Rechte beim Wort nehmen

Die extreme Rechte meint, was sie sagt. Erhält sie die Gelegenheit zu regieren, setzt sie ihre Programme mit Nachdruck und Tempo durch und greift Demokratie und Grundwerte an. Bereits heute verschiebt sich die Gesellschaft in vielen Ländern – auch in Deutschland – deutlich nach rechtsaußen. Wir sehen: Es gibt keine Mäßigung im Amt – und darauf müssen wir uns vorbereiten.

2. Die extreme Rechte hat klare Feindbilder – aber Angriffe können alle treffen

Die extreme Rechte spaltet die plurale Gesellschaft – auf der einen Seite das 'normale' Volk, auf der anderen Seite die bedrohlichen An-

deren. Durch rhetorische Angriffe legitimiert die Regierung die Entrechtung dieser als ,anders' markierten Gruppen, indem sie sie zum Beispiel als ,Ungeziefer' oder ,Terroristen' bezeichnet. Für die so gekennzeichneten ,Feinde des Volkes' bedeutet das eine Gefahr für ihre physische und psychische Sicherheit. Angriffe richten sich in den von uns betrachteten Ländern zunehmend aber auch gegen Institutionen, die bisher als etabliert galten und die nicht damit gerechnet hatten, ins Fadenkreuz zu geraten. Deutlich wird: Niemand kann sich in Sicherheit wiegen.

Die Angriffe führen oft dazu, dass sich diejenigen, die können, konformistisch verhalten, zumal dies oftmals auch belohnt wird. Wegducken passiert aber immer zum Leidwesen jener, die das nicht können. Langfristig gibt es also kein Entrinnen und keine Anpassung. Die extreme Rechte weitet ihre Feindbilder sukzessive und nach Belieben aus, weil sie ohne Feinde nicht existieren kann. Das bedeutet: Es braucht Standhaftigkeit, breite Allianzen und Solidarität – und zwar schon jetzt und nicht erst, wenn man selbst betroffen ist.

3. Staatliche Institutionen schützen – Personal stärken

Autoritäre Parteien machen den Staat und

seine Institutionen zur Waffe gegen die politische und zivilgesellschaftliche Opposition. Dazu bauen sie die Justiz um, politisieren Behörden und Beamt*innen und ändern, falls möglich, die Verfassung. Gleichzeitig werden Kontrollmechanismen abgebaut, die vor Korruption, Vetternwirtschaft und der Selbstbereicherung loyaler Netzwerke schützen. Dagegen hilft starker rechtlicher Schutz: Unabhängige Institutionen und die Verwaltung halten dann besser gegen autoritäre Angriffe stand. Aber jedes Recht ist nur so gut, wie die Angestellten in den Institutionen bereit sind, für dieses Recht auch einzustehen. Die rechtliche und individuelle Ebene muss gestärkt werden – das ist die Aufgabe von Parteien, Gewerkschaften und Berufsverbänden.

4. Jede Position, die verteidigt wird, zählt!

Wenn es hart auf hart kommt, dann kommt es auf jede Auseinandersetzung an. Das heißt nicht, dass wir alle Auseinandersetzungen führen sollen, dafür fehlt es oft an Kapazitäten, aber jede Institution, jedes Gericht, jede Verwaltungseinheit, jeder Verein, jede Schule, die sich den autoritären Prozessen verweigert und widersetzt, ist wichtig. Ob Haupt- oder Ehrenamt, ob Gespräche am Stammtisch oder Mitarbeit in einer Kirchengemeinde oder Gewerkschaft: Jedes Engagement zählt! Dort werden die autoritären Prozesse verlangsamt und sie dienen im besten Fall als Keimzelle für die Organisation von Protest.

Die Angriffe der extremen Rechten abzuwehren und aktiv für eine demokratische Zukunft zu kämpfen, ist anstrengend und kräftezehrend. Unsere polnische Gesprächspartnerin Frau Nowak bringt die Stimmung nach der Machtübernahme der PiS auf den Punkt:

„In den ersten zwei oder drei Jahren kann man die Zivilgesellschaft ziemlich aktiv halten. Das Problem beginnt, wenn es kontinuierlich weitergeht und die Menschen, ich weiß nicht, ihre

Arbeit verlieren, aufgrund ihres Aktivismus Schwierigkeiten haben oder einfach nur sehr erschöpft sind, wenn wir einer Krise nach der anderen folgen.“ (Frau Nowak 15.9.2025)

Darum ist es wichtig, auf individuelle Grenzen und Bedürfnisse zu achten. Gleichzeitig wird diese Auseinandersetzung nicht schnell zu gewinnen sein, wir müssen also mit unseren Kräften haushalten, um dauerhaft engagiert bleiben zu können. Dazu gehört auch, sich eigene Netzwerke zu schaffen, die emotionale Sicherheit und sozialen Halt geben und aus denen wir Kraft schöpfen können.

5. Eigene Themen setzen – nicht allein den Status Quo verteidigen!

Im Kampf gegen die extreme Rechte darf sich eine progressive, demokratische Zivilgesellschaft nicht darauf beschränken, allein den Status Quo zu verteidigen, auch wenn dies immer wieder geboten ist. Es gilt vielmehr, eigene Vorstellungen und Visionen offensiv zu vertreten. Mit eigenen Themen können wir in die Offensive kommen!

Dies betrifft beispielsweise Fragen der demokratischen Teilhabe, der sozialen Gerechtigkeit oder nach ökologischen Zukunftsvorstellungen. Als demokratische Zivilgesellschaft müssen wir uns die Demokratie wieder aneignen. Das bedeutet, dass wir nicht nur die bestehende Demokratie bewahren, sondern auch an ihrer Ausweitung arbeiten. Die extreme Rechte behauptet, im Namen der Demokratie das Volk zu vertreten. Demokratie bedeutet jedoch Auseinandersetzung, Kritik und Teilhabe – all das ist in einem autoritären System aber nicht mehr möglich. Demokratie muss offen sein für alle, die sich einbringen wollen – unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Geschlecht und ihrem Alter. Dafür lohnt es sich einzustehen. Es gibt bereits zahlreiche Ansätze und Initiativen, die genau das versuchen. Diese müssen wir stärker sichtbar machen und

anhand konkreter Projekte zeigen, wie demokratisches Mitgestalten gelingen kann.

Zukunftssorgen basieren oft auf der Angst vor ökonomischem Abstieg. Soziale Gerechtigkeit ist eine Antwort auf diese Angst, die rechten Narrativen entgegensteht. Dies darf aber nicht abstrakt bleiben. Projekte sollten vor Ort spürbare Wirkung entfalten, etwa durch gerechte Besteuerung, bezahlbare Mieten, Zugang zu guter Bildung, Ganztagsbetreuung in sanierten Schulen oder einen bezahlbaren ÖPNV. Die extreme Rechte propagiert einen „Endzeitfaschismus“ (Klein & Taylor, 2025), in dem Grenzen nach innen und außen hochgezogen werden. Eine nationale Scholle soll gegen die Herausforderungen der Zukunft verteidigt werden. Dieses Konstrukt und gerade die Allianz zwischen den Superreichen und den unteren Mittelschichten, die sich in vielen Ländern etabliert hat, in denen die extreme Rechte an die Macht kommt, wird aufbrechen. Hier liegt es an uns, mit sozialen ökologischen Zukunftsvorstellungen präsent zu bleiben und einen Weg aufzuzeigen, der nicht zwangsläufig in die Katastrophe führt, wie jener der extremen Rechten.

6. Gemeinsam sind wir stärker!

Die demokratische Zivilgesellschaft ist das Rückgrat der Demokratie. Sie kann den Kampf gegen die extreme Rechte aber nicht allein gewinnen. Demokratische Parteien müssen die Mittel des wehrhaften Staates gegen die Angriffe der Autoritären nutzen, solange es noch geht. Es gilt, tragfähige Bündnisse zu schaffen, in denen wir über Differenzen hinweg handeln können. Konservative sollten den

Kulturkampf an der Seite der extremen Rechten einstellen. Progressive sollten pragmatisch über ihren Schatten springen, damit gemeinsame Lernprozesse möglich werden.

7. Langfristig handlungsfähig bleiben!

Die demokratische Zivilgesellschaft steht in Deutschland schon heute unter Druck. Wir sollten uns darauf vorbereiten, auch mit weniger öffentlichen Geldern arbeitsfähig zu bleiben. Das heißt konkret: Strukturen sichern, alternative Finanzierungen anstreben und Prioritäten setzen. Für die langfristige Handlungsfähigkeit braucht es sichere Räume für Treffen und gemeinsame Arbeit. Kontinuierliche Arbeit schafft Potenzial, um dann, wenn sich die Möglichkeit bietet, bereit zu sein und Ereignisse zum Vorteil demokratischer Bewegungen zu nutzen. Die Proteste im Hambacher Forst oder die Massendemonstrationen im Anschluss an die Correctiv-Recherchen zeigen, dass sich immer wieder Möglichkeitsfenster öffnen, in denen ein gesellschaftliches Momentum für Veränderung entsteht. Diese Fenster gilt es zu nutzen.

8. Erfolge sind möglich – feiern wir sie!

Angeichts der aktuellen Wahlumfragen und der Angriffe auf die demokratische Zivilgesellschaft ist es manchmal schwer, die Kraft zum Weitermachen zu behalten. Ohne Orte, wo auch mal geweint, gelacht und sich gegenseitig Schutz zugesichert wird, wird der Atem nicht lange genug anhalten. Umso wichtiger ist es, Erfolge bewusst wahrzunehmen und zu feiern – wie klein sie auch zunächst scheinen mögen, sie sind möglich!

Literaturverzeichnis

Abts, Koen; Rummens, Stefan (2007): Populism versus Democracy. In: Political Studies 55 (2), S. 405–424. DOI: 10.1111/j.1467-9248.2007.00657.x.

Adorno, Theodor W. (2017 [1950]): Studien zum autoritären Charakter. 10. Aufl. Berlin: Suhrkamp.

Amlinger, Carolin; Nachtwey, Oliver (2022): Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus. Berlin: Suhrkamp.

Amlinger, Carolin; Nachtwey, Oliver (2025): Zerstörungslust. Elemente des demokratischen Faschismus. Berlin: Suhrkamp.

Applebaum, Anne (2025a): America's Future Is Hungary. In: The Atlantic 31.3.2025. Online verfügbar unter <https://www.anneapplebaum.com/2025/03/31/americas-future-is-hungary/>, zuletzt geprüft am 14.07.2025.

Applebaum, Anne (2025b): Kleptocracy, Inc. In: The Atlantic 14.4.2025. Online verfügbar unter <https://www.anneapplebaum.com/2025/04/14/kleptocracy-inc/>, zuletzt geprüft am 14.07.2025.

Applebaum, Anne (2025c): There's a Term for What Trump and Musk Are Doing. In: The Atlantic 14.2.2025. Online verfügbar unter <https://www.anneapplebaum.com/2025/02/14/theres-a-term-for-what-trump-and-musk-are-doing/>, zuletzt geprüft am 14.07.2025.

Applebaum, Anne (2022): Die Verlockung des Autoritären. München: Pantheon.

Arendt, Hanna (1945): Die Saat einer faschistischen Internationalen. In: ebd. (2021): Wir Juden. Schriften 1932 bis 1966. München: Piper, 301–314.

Ayyadi, Kira (2017): „Der große Austausch“ oder die spinnerte ideologische Grundlage der Neuen Rechten. 26.10.2017. belltower news. Online verfügbar unter <https://www.belltower.news/der-grosse-austausch-oder-die-spinnerte-ideologische-grundlage-der-neuen-rechten-45832/>, zuletzt geprüft am 22.07.2025.

Bachmann, Rüdiger (2025): Quo vadis, USA? Kiel Report Nr. 4 Juli 2025. Kiel: Kiel Institut für Weltwirtschaft (ifw). Online verfügbar unter <https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/quo-vadis-usa-34501/>, zuletzt geprüft am 23.07.2025.

Balibar, Étienne (2012): Gleichfreiheit. Politische Essays 1989-2009. Berlin: Suhrkamp.

Bazydło, Cezary (2025): Zerrissenes Polen: Präsident Nawrocki wird Spaltung vertiefen. In: MDR Online, 4.6.2025. Online verfügbar unter <https://www.mdr.de/nachrichten/welt/osteuropa/politik/polen-wahl-praesident-karol-nawrocki-vergangenheit-spaltung-kommentar-100.html>

Beauchamp, Zach (2024): Make America Hungary Again. In: The Atlantic, 17.6.2024. Online verfügbar unter https://www.theatlantic.com/international/archive/2024/07/why-special-republican-relationship-hungary-so-worrying/679035/?utm_source=feed

Beck, Hannah; Jaschinski, Jannik; Kordt, Klemens; Müller-Elmau, Marie; Talg, Juliana (2024): Rechtsstaatliche Resilienz in Thüringen stärken. Handlungsempfehlungen aus der Szenarioanalyse des ThüringenProjekts. Online verfügbar unter https://verfassungsblog.de/wp-content/uploads/2025/05/240417_Verfassungsblog-PolicyPaper.pdf, zuletzt geprüft am 12.9.2025.

Bellermann, Johannes (2021): Gramscis politisches Denken. Stuttgart: Schmetterling Verlag.
Benson, Robert (2024): Hungary's Democratic Backsliding Threatens the Trans-Atlantic Security Order. In: Center for American Progress, 22.1.2024. Online verfügbar unter

Benson, Robert (2024): Hungary's Democratic Backsliding Threatens the Trans-Atlantic Security Order. In: Center for American Progress, 22.1.2024. Online verfügbar unter <https://www.american-progress.org/article/hungarys-democratic-backsliding-threatens-the-trans-atlantic-security-order/>

Bernhard, Michael (2021): Democratic Backsliding in Poland and Hungary. In: Slavic Review 80(3), S. 585-607.

Biebricher, Thomas (2023): Mitte/ Rechts. Die internationale Krise des Konservatismus. Berlin: Suhrkamp.

Bloom, Emily und Alexander Hudson (2023): Is Poland's democratic backsliding over? History shows it takes more than an election. International Institute for Democracy and Electoral Assistance, 13.12.2023. Online verfügbar unter <https://www.idea.int/blog/polands-democratic-backsliding-over-history-shows-it-takes-more-election>

Boese, Vanessa A., Nazifa Alizada, Martin Lundstedt, Kelly Morrison, Natalia Natsika, Yuko Sato, Hugo Ta und Staffan I. Lindberg (2022): Autocratization Changing Nature? Democracy Report 2022. Varieties of Democracy Institute (V-Dem).

Brockschmidt, Annika (2023): Was ist „Kulturkampf“ und warum ist er so gefährlich? In: Der Volksverpetzer 11.07.2023. Online verfügbar unter <https://www.volksverpetzer.de/analyse/kulturkampf-warum-gefaehrlich/>, zuletzt geprüft am 05.09.2023.

Brockschmidt, Annika (2024): Die Brandstifter. Wie Extremisten die Republikanische Partei übernahmen. Hamburg: Rowohlt.

Brockschmidt, Annika (2025a): Staatsstreich mit USB-Drives: Der digitale Putsch des Elon Musk. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 3/25, S. 59–66.

Brockschmidt, Annika (2025b): Trumps Regime nicht „Faschismus“ nennen ist Realitätsverweigerung (14.4.2025). Online verfügbar unter <https://www.volksverpetzer.de/analyse/trumps-faschismus-nennen/>, zuletzt geprüft am 11.07.2025.

Brown, Katy; Newth, George (2025): ‚Post-fascism‘, or how the far right talks about itself: the 2022 Italian election campaign as a case study. In: Critical Discourse Studies 22 (4), S. 392–412. DOI: 10.1080/17405904.2024.2339858.

Bull, Martin; Polverari, Laura (2025): The Meloni government: consolidation and a return to politics. In: Contemporary Italian Politics 17 (2), S. 130–144. DOI: 10.1080/23248823.2025.2492523.

Camacho, Pedro (2025): Homan Now Calls for 7,000 Daily ICE Arrests, More Than Double Stephen Miller's Latest Target. In: The Latin Times 8.7.2025. Online verfügbar unter <https://www.latintimes.com/homan-now-calls-7000-daily-ice-arrests-more-double-stephen-millers-latest-target-586363>, zuletzt geprüft am 16.07.2025.

Candeias, Mario (2024): Monster verstehen – Eine Chronik des Interregnums. Hamburg: Argument.

Canovan, Margaret (2002): Taking Politics to the People: Populism as the Ideology of Democracy. In: Yves Mény und Yves Surel (Hg.): Democracies and the populist challenge. New York: Palgrave, S. 25–36.

Chiopris, Caterina und Monika Nalepa (2024). Democratic Backsliding in Poland in Light of Rule of Law Accountability to the European Union. Emory Law Journal 73 (5), S. 1291-1316.

Connelly, AJ (2025): Federal Government's Growing Banned Words List Is Chilling Act of Censorship (28.5.2025). Online verfügbar unter <https://pen.org/banned-words-list/>, zuletzt geprüft am 15.07.2025.

Correctiv (2024): Neue Rechte - Geheimplan gegen Deutschland. In: CORRECTIV 10.1.2024. Online verfügbar unter <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/>, zuletzt geprüft am 19.01.2024.

Crouch, Colin (2008): Postdemokratie. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Datta, Neil (2025): The Next Wave: How Religious Extremism Is Regaining Power. Brüssel: European Parliamentary Forum for Reproductive and Sexual Rights.

Daub, Adrian (2022): Cancel Culture Transfer. Wie eine moralische Panik die Welt erfasst. Berlin: Suhrkamp.

Decker, Oliver (2018): Flucht ins Autoritäre. In: Oliver Decker und Elmar Brähler (Hg.): Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft/die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018. Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 15–63.

Decker, Oliver; Brähler, Elmar (2006): Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Donà, Alessia (2022): The rise of the Radical Right in Italy: the case of Fratelli d'Italia. In: Journal of Modern Italian Studies 27 (5), S. 775–794. DOI: 10.1080/1354571X.2022.2113216.

Eco, Umberto (2020 [1995]): Der ewige Faschismus. 1. Auflage. München: Carl Hanser Verlag.

- Engel, Gudrun (2025): Die gespaltenen Staaten von Amerika. In: tagesschau.de 29.4.2025. Online verfügbar unter <https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/trump-100-tage-bilanz-100.html>, zuletzt geprüft am 16.07.2025.
- Fadel, Leila et al. (2025): Hungary inspires U.S. conservatives. Its leader is seen as running a ‚dictatorship‘. In: npr, 29.5.2025. Online verfügbar unter <https://www.npr.org/2025/05/29/nx-s1-5399682/hungary-trump-viktor-orban-cpac>
- Fallend, Franz, Fabian Habersack und Reinhard Heinisch (2018): Rechtspopulismus in Österreich. Zur Entwicklung der Freiheitlichen Partei Österreichs. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 17.8.2018. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/274253/rechtspopulismus-in-oesterreich/>
- Fasola, Nicolò; Lucarelli, Sonia (2024): The ‚pragmatic‘ foreign policy of the Meloni government: between ‚Euro-nationalism‘, Atlanticism and Mediterranean activism. In: Contemporary Italian Politics 16 (2), S. 198–213. DOI: 10.1080/23248823.2024.2335847.
- Friedrich Ebert Stiftung (2019): Too little, too late. Online verfügbar unter <https://www.fes.de/en/displacement-migration-integration/article-page-flight-migration-integration/too-little-too-late>
- Fielitz, Maik; Marcks, Holger (2020): Digitaler Faschismus. Die sozialen Medien als Motor des Rechtsextremismus. Berlin: Dudenverlag.
- Geiselberger, Heinrich (Hg.) (2017): Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit. Berlin: Suhrkamp.
- Gosling, Tim (2025). Das Netzwerk der Rechtspopulisten in Mitteleuropa. In: DW, 9.6.2025. Online verfügbar unter <https://www.dw.com/de/rechtspopulismus-rechtsextremismus-nationalismus-europa-osteuropa-ungarn-slowakei-polen-v2/a-72827353>
- GPAHE (Global Project Against Hate and Extremism), 2024: Mapping the Far Right. The Movement’s Conferences Illuminate Its Growing Transnational Networks. Online verfügbar unter <https://globalextrémism.org/reports/mapping-the-far-right-the-movements-conferences-illuminate-its-growing-transnationalnetworks/>.
- Graham, David A. (2025): Der Masterplan der Trump-Regierung Project 2025: Wie ein radikales Netzwerk in Amerika die Macht übernimmt. 1. Auflage. Frankfurt am Main: S. Fischer.
- Gregosz, David und Thomas Behrens (2023): Polen: Kulturkampf auf Kosten des Zusammenhalts. Konrad Adenauer Stiftung, 13.10.2023. Online verfügbar unter <https://www.kas.de/de/web/geschichtsbewusst/essay/-/content/polen-kulturkampf-auf-kosten-des-zusammenhalts-1>
- Gregosz, David und Piotr Womela (2024): Schwieriger Wandel: Vom PiS-Staat zurück zum Rechtsstaat. Konrad Adenauer Stiftung, Länderbericht Auslandsbüro Polen 2/24. Online verfügbar unter <https://www.kas.de/documents/252038/29447862/Schwieriger+Wandel+Vom+PiS-Staat+zur%C3%BCck+zum+Rechtsstaat.pdf/720ad23c-fb74-9822-afee-c18a2cd2aba0?version=1.0&t=1707143451220>

Greven, Thomas (2024a): Die radikale Rechte in Europa. Transnationale Netzwerke. Friedrich Ebert Stiftung. Division for International Cooperation/Global and European Policy, Dezember 2024.

Greven, Thomas (2024b): Die globale radikale Rechte. Transatlantische Netzwerke. Friedrich Ebert Stiftung. Division for International Cooperation/Global and European Policy, Dezember 2024.

Griffin, Roger (2020): Der „nationale Sozialismus“ des Faschismus. Mussolini sagte ein faschistisches Jahrhundert voraus. Wie falsch lag er? In: Friedrich Burschel (Hg.): Das faschistische Jahrhundert. Neurechte Diskurse zu Abendland, Identität, Europa und Neoliberalismus. Erste Auflage. Berlin: Verbrecher Verlag, S. 25–37.

Hanau Santini, Ruth; Baldaro, Edoardo (2025): Navigating the three circles: the politics of Italy's foreign policy under the Meloni government. In: Contemporary Italian Politics 17 (2), S. 222–236. DOI: 10.1080/23248823.2025.2475619.

Heitmeyer, Wilhelm (2023): „Krisen und Kontrollverluste sind die wirkungsvollsten Treiber“, Gespräch mit David Piorkowski. In: Philo-Mag, 19.6.2023. Online verfügbar unter <https://www.philo-mag.de/artikel/wilhelm-heimmeyer-krisen-und-kontrollverluste-sind-die-wirkungsvollsten-treiber>

Heitmeyer, Wilhelm; Buhse, Heike; Liebe-Freund, Joachim; Möller, Kurt; Müller, Joachim; Ritz, Helmut et al. (1992): Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie. Erste Langzeituntersuchung zur politischen Sozialisation männlicher Jugendlicher. Weinheim/München: Juventa.

Heitmeyer, Wilhelm; Freiheit, Manuela; Sitzler, Peter (2020): Rechte Bedrohungsallianzen. Erste Auflage, Originalausgabe. Berlin: Suhrkamp (Signaturen der Bedrohung).

Henkelmann, Katrin; Jäckel, Christian; Stahl, Andreas; Wunsch, Niklas; Zopes, Benedikt (Hg.) (2020): Konformistische Rebellen. Zur Aktualität des autoritären Charakters. Berlin: Verbrecher.

Hochschild, Arlie Russell (2017): Fremd in ihrem Land. Eine Reise ins Herz der amerikanischen Rechten. Frankfurt: Campus Frankfurt.

Human Rights Watch (2025): „You Feel Like Your Life is Over“. Abusive Practices at Three Florida Immigration Detention Centers Since January 2025. Online verfügbar unter <https://www.hrw.org/report/2025/07/21/you-feel-like-your-life-is-over/abusive-practices-at-three-florida-immigration>.

Hummel, Steven; Taschke, Anika (2023): Hält die Brandmauer? Studie zu Kooperationen mit der extremen Rechten in ostdeutschen Kommunen. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Hunglinger, Stefan (2024): Protest gegen die AfD: Zum ersten Mal Mehrzahl. In: taz 26.1.2024. Online verfügbar unter <https://taz.de/Protest-gegen-die-AfD/!5985428/>, zuletzt geprüft am 18.07.2025.

Jaeggi, Rahel (2023): Fortschritt und Regression. 1st ed. Berlin: Suhrkamp Verlag. Online verfügbar unter <https://ebookcentral.proquest.com/lib/kxp/detail.action?docID=7086429>.

Kalkstein, Fiona; Pickel, Gerrit; Niendorf, Johanna; Höcker, Charlotte; Decker, Oliver (2022): Antifeminismus und Geschlechterdemokratie. In: Oliver Decker, Johannes Kiess, Aylene Heller und Elmar Brähler (Hg.): *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten*. Leipziger Autoritarismus Studie 2022. Gießen: Psychosozial-Verlag (Forschung Psychosozial), S. 245–270.

KAS (2025): Zwischen Abgrenzung, Einbindung und Tolerierung. Fallbeispiele für den Umgang mit rechtspopulistischen Parteien in Europa. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.

Kasparov, Garry; Applebaum, Anne (2025): What Exactly Is Required to Preserve Our Democracy? Podcast, *Autocracy in America* 11.7.2025. Online verfügbar unter https://www.theatlantic.com/podcasts/archive/2025/07/what-exactly-is-required-to-preserve-our-democracy/683492/?gift=hV-ZeG3M9DnxL4CekrWGK38Q8VvDC3WiMWCiU_UGMOyM&utm_source=copy-link&utm_medium=social&utm_campaign=share, zuletzt geprüft am 16.07.2025.

Koch, Austin (2025): US Immigrant Detention System Entering a Period of Unprecedented Growth – 58,000 People Now Held in Over 200 Facilities. 8.7.2025. Online verfügbar unter <https://austin-kocher.substack.com/p/us-immigrant-detention-system-entering>, zuletzt geprüft am 16.07.2025.

Kössler, Till; Steuwer, Janosch (Hg.) (2023): *Brandspuren. Das vereinte Deutschland und die rechte Gewalt der frühen 1990er-Jahre*. Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn: bpb (Schriftenreihe, Band 10899).

Kotarski, Krzysztof (2017): Polens weicher Autoritarismus. *Blätter für deutsche und internationale Politik* 9(2017): S. 13–16.

Krekó, Péter und Enyedi Zsolt (2018): Explaining Eastern Europa: Viktor Orbán's Laboratory of Illiberalism. In: *Journal of Democracy* 29(3), S. 39–51.

Krökel, Ulrich (2024): Rechtspopulismus in Polen: Kaczyński will die ganze Macht. 20.8.2024. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/themen/parteien/rechtspopulismus/239926/rechtspopulismus-in-polen-kaczynski-will-die-ganze-macht/>

Kumkar, Nils C. (2022): *Alternative Fakten. Zur Praxis der kommunikativen Erkenntnisverweigerung*: Suhrkamp.

Lamberty, Pia; Rees, Jonas H. (2021): Gefährliche Mythen: Verschwörungserzählungen als Bedrohung für die Gesellschaft. In: Andreas Zick und Beate Küpper (Hg.): *Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21*. Bonn: Dietz, S. 283–299.

Lang, Kai-Olaf (2015): Ungarn: Demokratischer Staatsumbau oder Autokratie? SWP-Aktuell 6/2015. https://www.swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2015A06_Ing.pdf

Lang, Kai-Olaf (2023): Die Welt der PiS: weltanschauliche Basis und programmatische Leitlinien der polnischen Partei „Recht und Gerechtigkeit“. SWP-Studie 2023/12.

Langowski, Judith (2020): Erinnerungspolitik in Ungarn Wie Viktor Orbán das Stadtbild von Budapest ideologisch auflädt. In: Tagesspiegel, 15.7.2020. Online verfügbar unter <https://www.tagesspiegel.de/kultur/erinnerungspolitik-in-ungarn-wie-viktor-orbn-das-stadtbild-von-budapest-ideologisch-auflaedt-23079.html>

Levitsky, Steven; Way, Lucan A. (2010): Competitive Authoritarianism: Cambridge University Press.

Levitsky, Steven; Way, Lucan A. (2025): Der Staat als Waffe: Trumps kompetitiver Autoritarismus. In: Blätter für deutsche und internationale Politik (3/25), S. 47–58.

Levitsky, Steven; Way, Lucan A.; Ziblatt, Daniel (2025): Der Preis des Widerstands. Wie Trump die Opposition zum Schweigen bringt. In: Blätter für deutsche und internationale Politik (7/25), S. 47–53.

Levitsky, Steven; Ziblatt, Daniel (2019): Wie Demokratien sterben. München: Pantheon.

Lewandowsky, Marcel (2025): Die globale Rechte Geschichte, Erfolgsbedingungen, Auswirkungen Marcel Lewandowsky. München: C.H.Beck (Beck'sche Reihe, 2958).

Liboreiro, Jorge und Vincenzo Genovese: Die radikalsten der Radikalen bilden neue EU-Fraktion - Angeführt von der AfD. In: Euronews, 10.7.2024. Online verfügbar unter <https://de.euronews.com/my-europe/2024/07/10/die-radikalsten-der-radikalen-bilden-neue-eu-fraktion-angefuehrt-von-der-afd>

Livi, Massimiliano (2024): Die (extreme) Rechte in Italien. 10.10.2024. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/themen/parteien/rechtspopulismus/552817/die-extreme-rechte-in-italien/>, zuletzt geprüft am 27.08.2025.

Lührmann, Anna und Staffan I. Lindberg (2019): A third wave of autocratization is here: what is new about it? In: Democratization 26(7), S. 1095-1113.

Lupo, Nicola (2025): The constitutional reform providing for direct election of the Prime Minister: the so-called ‚premierato‘. In: Contemporary Italian Politics 17 (2), S. 192–206. DOI: 10.1080/23248823.2025.2472575.

Mattern, Jens (2023): Polen: Zurück zur Demokratie – aber wie? In: Blätter für deutsche und internationale Politik 12/23, S. 21-24.

Mau, Steffen, Thomas Lux und Linus Westheuser (2023): Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Berlin: Suhrkamp.

Mayer, Iris (2025): Ist das „deutsch“ oder kann das weg?. In: Süddeutsche Zeitung 7.7.2025 Online verfügbar unter <https://www.sueddeutsche.de/projekte/artikel/politik/afd-kulturkampf-tillschneider-hoecke-bauhaus-e597042/> (zuletzt besucht: 8.7.2025)

Mayer, Verena (2025): Es gibt ein liberales und tolerantes Ungarn. Der beste Beweis: Er. In: Süddeutsche Zeitung 25.6.2025. Online verfügbar unter <https://www.sueddeutsche.de/politik/ungarn-budapest-pride-parade-gergely-karacsony-li.3274475>

Meisner, Matthias (2022): Szene der „Querdenker“: Booster für Rechtsextreme. In: taz (26. 4. 2022). Online verfügbar unter <https://taz.de/Szene-der-Querdenker/!5847034/>, zuletzt geprüft am 26.04.2022.

Meuser, Michael; Nagel, Ulrike (2009): Das Experteninterview – konzeptionelle Grundlagen und methodische Anlage. In: Pickel, Susanne, Gert Pickel, Hans-Joachim Lauth & Detlef Jahn (Hg.): Methoden der vergleichenden Politik- und Sozialwissenschaft. Neue Entwicklungen und Anwendungen, Wiesbaden, VS, S. 465–479.

Miklin, Eric, Martin Dolezal und Reinhard Heinisch (2024): Nicht gleich, aber sehr ähnlich! Die Alternative für Deutschland (AfD) und die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ): Gemeinsamkeiten und Unterschiede zweier rechtspopulistischer Parteien. 10/24. Konrad Adenauer Stiftung.
Mudde, Cas (2020): Rechtsaußen. Extreme und radikale Rechte in der heutigen Politik weltweit. Bonn: Dietz.

Müller, Patrick und Charlott Gebauer (2021): Austria and the Global Compact on Migration: the ‚populist securitization‘ of foreign policy. Comparative European Politics 19 (2021), S. 760–778.
Mullis, Daniel (2024): Der Aufstieg der Rechten in Krisenzeiten. Die Regression der Mitte. Ditzingen: Reclam.

Munk, Stephanie (2025): AfD offenbart in US-Blatt ihre größte Sorge bezüglich Merz. In: Frankfurter Rundschau, 1.8.2025. Abgerufen unter: <https://www.fr.de/politik/afd-offenbart-in-us-blatt-ihre-groesste-sorge-bezueglich-merz-zr-93860277.html>

Newell, James L. (2023): The Meloni government one year on. In: Contemporary Italian Politics 15 (4), S. 389–393. DOI: 10.1080/23248823.2023.2272360.

Newell, James L. (2024): Fratelli d’Italia and Giorgia Meloni at the start of 2024. In: Contemporary Italian Politics 16 (1), S. 1–6. DOI: 10.1080/23248823.2024.2303192.

Nord, Marina, David Altman, Fabio Angiolillo, Tiago Fernandes, Ana Good God und Staffan I. Lindberg (2025). Democracy Report 2025: 25 Years of Autocratization – Democracy Trumped? University of Gothenburg: V-Dem Institute.

NYT (2025a): 100 Days Into Trump’s Second Term: What’s Changed With Tariffs, Immigration and More. In: The New York Times 28.4.2025. Online verfügbar unter <https://www.nytimes.com/interactive/2025/04/28/us/trump-100-days-actions.html>, zuletzt geprüft am 16.07.2025.

NYT (2025b): How Trump’s crackdown on universities is affecting the world. In: The New York Times 14.7.2025. Online verfügbar unter https://www.nytimes.com/interactive/2025/07/13/us/2025-06-06-int-science-reaction-index.html?unlocked_article_code=1.WU8.Ne--ekDY-ahVhKMTJ, zuletzt geprüft am 14.07.2025.

Ozsváth, Stephan (2024). Make Hungary Great Again. 15.10.2024. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/themen/parteien/rechtspopulismus/553473/make-hungary-great-again/#node-content-title-1>

Palermo, Francesco (2024): Autoritär reformiert? Zum geplanten Umbau des Staates in Italien. In: APuZ – Aus Politik und Zeitgeschichte 27.09.2024. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/italien-2024/552523/autoritaer-reformiert/>, zuletzt geprüft am 26.08.2025.

Pallaver, Günther; Gärtner, Reinhold (2006): Populistische Parteien an der Regierung - zum Scheitern verdammt? Italien und Österreich im Vergleich. In: Frank Decker (Hg.): Populismus in Europa. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 99–120.

Pető, Andrea (2020): Ein Paradigmenwechsel im Holocaust-Gedenken in Ungarn. Religion & Gesellschaft in Ost und West (RGOW) 9, S. 15-18.

Pirozzi, Nicoletta (2025): The Italian government's relations with the EU and with European and G7 leaders. In: Contemporary Italian Politics 17 (2), S. 179–191. DOI: 10.1080/23248823.2025.2471647.

Priebus, Sonja (2024): Die Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit in Polen nach dem Regierungswechsel, Mission Impossible? Online verfügbar unter https://regierungsforschung.de/wp-content/uploads/2024/07/02072024_regierungsforschung.de_Priebus_Polen.pdf

Protect Democracy (2022): The Authoritarian Playbook. Online verfügbar unter <https://protect-democracy.org/wp-content/uploads/2024/03/The-Authoritarian-Playbook-Updated.pdf>, zuletzt geprüft am 11.07.2025.

Protect Democracy (2024): The Authoritarian Playbook for 2025. Online verfügbar unter <https://www.authoritarianplaybook2025.org/>, zuletzt geprüft am 11.07.2025.

Pytlas, Bartek (2021): Party Organisation of PiS in Poland: Between Electoral Rhetoric and Absolutist Practice. Politics and Governance 9(4), S. 340-353.

Quent, Matthias (2019): Deutschland rechts außen. Wie die Rechten nach der Macht greifen und wie wir sie stoppen können. München: Piper.

Quent, Matthias; Richter, Christoph; Salheiser, Axel (2022): Klimarassismus. Der Kampf der Rechten gegen die ökologische Wende. München, Piper.

Rancière, Jacques (1997): Demokratie und Postdemokratie. In: Riha, Rado (Hg.): Politik der Wahrheit, Wien, Turia + Kant, S. 94–122.

Reichardt, Sven (Hg.) (2021): Die Misstrauensgemeinschaft der „Querdenker“. Frankfurt a.M./New York: Campus.

Renner, Jens (2019): Neuer Führerkult. In: derrechterand 176. Online verfügbar unter <https://www.der-rechte-rand.de/archive/4586/salvini-italien-neuer-fuehrerkult/>, zuletzt geprüft am 25.08.2025.

Roth, Johanna (2025): Die Demokratie stirbt am helllichten Tag. In: Zeit online. 29.4.2025. www.zeit.de/politik/ausland/2025-04/100-tage-trump-usa-demokratie-verfassung-widerstand (besucht 14.7.2025).

Roßmann, Robert (2025): Schwierige Zähmung. In: Süddeutsche Zeitung 17.9.2025. Online verfügbar unter <https://www.sueddeutsche.de/politik/studie-afd-rechtspopulisten-europa-konrad-adenauer-stiftung-cdu-li.3313709?reduced=true>, zuletzt geprüft am 26.09.2025.

Sadurski, Wojciech (2023): Poland's Elections: Free, perhaps, but not Fair. In: Verfassungsblog, 20.9.2023. Online verfügbar unter <https://verfassungsblog.de/polands-elections-free-perhaps-but-not-fair/>

Schäfer, Armin; Zürn, Michael (2021): Die demokratische Regression. Die politischen Ursachen des autoritären Populismus. Berlin: Suhrkamp (Edition Suhrkamp, 2749).

Seeßlen, Georg (2023): Italien als Lehrstück für Europa: Gesellschaft als Beute. 24.8.2023. Online verfügbar unter <https://www.woxx.lu/italien-als-lehrstueck-fuer-europa-gesellschaft-als-beute/>, zuletzt geprüft am 12.08.2025.

Siegmund, Ulrich (2025): Vision 2026. Vision2026.de (zuletzt besucht: 8.7.2025)

Sieradzka, Monika (2023): Poland: Taking stock after eight years of PiS government. Deutsche Welle, 27.9.2023. Online verfügbar unter <https://www.dw.com/en/poland-taking-stock-after-eight-years-of-pis-government/a-66934698>

Shore, Marci (2025): „Amerika geht unter“. Interview geführt von Tania Martini. In: FAZ 12.4.2025. Online verfügbar unter <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/amerika-geht-unter-historikerin-marci-shore-verlaesst-die-usa-alle-infos-im-interview-110412846.html>, zuletzt geprüft am 16.07.2025.

Spier, Tim (2006): Populismus und Modernisierung. In: Frank Decker (Hg.): Populismus in Europa. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 33–58.

Stanley, Jason (2020): How fascism works : the politics of us and them / Jason Stanley. 2020 Random House Trade Paperback edition. New York: Random House.

Strobl, Natascha (2021): Radikalisierte Konservatismus. Berlin: Suhrkamp.

Strobl, Natascha (2023a): Entwicklungslinien des Faschismus für das 21. Jahrhundert. In: *derrechte- rand* 201, 10f.

Strobl, Natascha (2023b): Was ist Faschismus? In: *derrechte- rand* 200, 10f.

Strobl, Natascha (2025a): Kulturkampfkunst. Ein Handbuch. Berlin: Suhrkamp.

Strobl, Natascha (2025b): Wie den Abstieg ins Autoritäre stoppen? Dissens Podcast mit Lukas Ondreka, #305 4.6.2025. Online verfügbar unter <https://podcast.dissenspodcast.de/305-antifa>, zuletzt geprüft am 11.07.2025.

Szelényi, Zsuzsanna (2022): How Viktor Orbán Built His Illiberal State. In: The New Republic, 5.4.2022. Online verfügbar unter <https://newrepublic.com/article/165953/viktor-orban-built-illiberal-state>

Tanács, Gábor (2025): Ungarn: Gesetz über ausländische Agenten nach russischem Vorbild. In: Euronews, 15. Mai 2025. Online verfügbar unter <https://de.euronews.com/2025/05/15/ungarn-gesetz-uber-auslandische-agenten-nach-russischem-vorbild>

Tocci, Nathalie; Goretti, Leo (2023): Giorgia Meloni's Italy and Europe: Ambitions and Realities. IAI commentaries 23/44. Rom: Istituto Affari Internazionali.

Uitz, Renáta (2022): From Shrinking to Closing Civil Society Space in Hungary. In: Verfassungsblog, 10.4.2022. Online verfügbar unter <https://verfassungsblog.de/from-shrinking-to-closing-civil-society-space-in-hungary/>

Vassallo, Salvatore; Vignati, Rinaldo (2023): Fratelli di Giorgia. Il partito della destra nazionale-conservatrice. Bologna: Il mulino (Contemporanea, 316).

Verseck, Keno (2025): Ungarn geht mit Riesenschritten in Richtung Russland. In: DW, 20.3.2025. Online verfügbar unter <https://www.dw.com/de/ungarn-geht-mit-riesenschritten-in-richtung-russland/a-71986927>

Vogel, Steffen (2022): Italien: Der vermeidbare Triumph der Giorgia Meloni. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 11/2022, S. 17–20.

Vogel, Steffen (2024a): Giorgia Meloni und der schleichende Weg in den autoritären Staat. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 1/2024, S. 13–16.

Vogel, Steffen (2024b): Kampf um die Richtung: Europa nach der Wahl. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 7/2024, S. 5–8.

Vorreiter, Paul (2024): AfD aus rechter ID-Fraktion ausgeschlossen. In: tagesschau.de 23.5.2024. Online verfügbar unter https://www.tagesschau.de/europawahl/parteien_und_programme/krahaafd-europaparlament-100.html, zuletzt geprüft am 17.07.2025.

Wolf, Zachary B. (2025): Meet the new national police force. In: cnn 9.7.2025. Online verfügbar unter <https://edition.cnn.com/2025/07/09/politics/ice-cbp-police-los-angeles-immigration>, zuletzt geprüft am 16.07.2025.

Wolkenstein, Fabio (2022): Die dunkle Seite der Christdemokratie. Geschichte einer autoritären Versuchung. München: C.H. Beck.

World Economic Forum Annual Meeting (2025): Davos 2025: Special Address by Javier Milei, President of Argentina. Online verfügbar unter <https://www.weforum.org/stories/2025/01/davos-2025-special-address-javier-milei-president-argentina/>

Wörsching, Mathias (2020): Faschismustheorie. Stuttgart: Schmetterling Verlag.

Zaslove, Andrej; Meijers, Maurits (2024): Populist Democrats? Unpacking the Relationship Between Populist and Democratic Attitudes at the Citizen Level. In: Political Studies 72 (3), S. 1133–1159. DOI: 10.1177/00323217231173800.

Ziblatt, Daniel und Steven Levitsky (2024): Die Tyrannei der Minderheit. München: Deutsche Verlagsanstalt.

Zielonka, Jan (2024): Illiberales Nachbeben. In: IPG-Journal, 4.3.2024. Online verfügbar unter <https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/illiberales-nachbeben-7366/>

Liste der verwendeten Interviews

Da einige unserer Interviewpartner*innen nur anonym zitiert werden wollen, haben wir uns entschieden, ihre Namen zu pseudonymisieren, um alle Erfahrungen aus den Interviews gleichermaßen wiedergeben zu können.

10.9.2025	Lena Steiner ist Geschäftsführerin einer österreichischen NGO.
11.9.2025	Daniel Kovács ist Geschäftsführer einer ungarischen NGO.
15.9.2025	Julia Nowak ist ehemalige Leiterin einer polnischen NGO und aktuell Geschäftsführerin eines internationalen Zusammenschlusses zivilgesellschaftlicher Organisationen.
15.9.2025	Marco Frey ist Investigativjournalist in der Schweiz.
16.9.2025	Wolfgang Pichler ist ehemaliger Leiter eines österreichischen Verbands und aktuell Geschäftsführer eines zivilgesellschaftlichen Bündnisses.
22.9.2025	János Nagy ist Mitarbeiter einer ungarischen Klima-NGO.
29.9.2025	Francesco di Matteo ist Professor für Politikwissenschaft an einer italienischen Universität.
1.10.2025	Matthew Davis ist stellvertretender Leiter eines US-amerikanischen Thinktanks.
2.10.2025	Marija Petrović ist Leiterin einer serbischen NGO.
7.10.2025	Hannah Geller ist Mitarbeiterin einer US-amerikanischen Umweltorganisation.
15.10.2025	Lisa Webber ist Bereichsleiterin eines US-amerikanischen Netzwerks aus Umwelt- und Arbeitgeberverbänden.
31.10.2025	Peter Szabó ist Mitarbeiter einer ungarischen Bürgerrechtsorganisation.

Impressum

CAMPACT!
Bewegt Politik



Der TTRex arbeitet daran, dass das Wissen über das Erstarken der extremen Rechten seinen Weg von der Forschung zu den Menschen findet, die sich unermüdlich für den Schutz unserer Demokratie einsetzen. Darum bringen wir Forscher*innen und Engagierte zusammen und machen wissenschaftliche Arbeiten für die Zivilgesellschaft zugänglich. Zivilgesellschaftliches Engagement braucht fundierte Daten und Fakten, um Ressourcen wirksam einzusetzen und dem Rechtsruck Aktivitäten entgegenzustellen, die demokratische Räume und ein respektvolles Miteinander stärken. Unser Ziel: Eine lebendige und vielfältige Zivilgesellschaft, in der sich Menschen aktiv für unsere Demokratie einsetzen – und dabei die aktuellste Forschung an ihrer Seite wissen.

 @compact.de

 Compact e.V.

 @compact.bsky.social

www.compact.de
www.ttrex.de
ttrex@compact.de

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten des TTRex auch in Auszügen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet. © Compact, 2026

Veröffentlicht im Februar 2026

V.i.s.d.P. Felix Kolb, C/o Friedrichstr. 155, 10117 Berlin

Autor*innen: Victoria Gulde, Dr. Daniel Mullis

Satz und Gestaltung: Jenny Harbauer